

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
repräsentative Scheindemokratie
der
Bundesrepublik Deutschland**

Sonderheft Nr. 35



Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Sonderheft Nr. 35

Die deutsche Scheindemokratie

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland	2-91
Schlußbemerkungen	92-95
Hinweise für den Leser	96
Quellen- und Literaturnachweis	

Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Hüte dich, eine unwahrscheinliche Wahrheit zu erzählen.
Thomas Fuller (1608-1661, englischer Theologe und Philosoph)

Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/...): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenpiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdi-

schem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei.

"Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

>>Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.<<

Angela Merkel, Rede auf dem CDU-Parteitag, 11.11.2002 – x323/52.

>>Ich will Deutschland dienen.<<

Angela Merkels Dankesrede zur Nominierung als gemeinsame Kanzlerkandidatin von CDU/CSU, 30.5.2005 – x323/22.

>>Die überzeugte Europäerin Merkel ist grundsätzlich skeptisch gegenüber Volksentscheiden, egal um welches Thema es sich handelt.<<

Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/110.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 4. November 2010: >>**Debatte über Großprojekte**

Zu viel Volk schadet Deutschland

Er ist die Allzweckwaffe der Protestrepublik: der Volksentscheid. Ob Rente mit 67 oder Stuttgart 21 - bei fast jedem Großvorhaben verlangen die Gegner eine direkte Abstimmung der Bürger. Doch was sich nach wahrer Demokratie anhört, ist ein Irrweg. Deutschland droht der totale Stillstand.

Das hat uns gerade noch gefehlt. Allen Ernstes hat dieser Tage ein Vorstandsmitglied der IG Metall namens Hans-Jürgen Urban gefordert, die Deutschen sollten über die Rente mit 67 eine Volksbefragung durchführen.

Auf den Einwand, im Grundgesetz seien Plebiszite nicht vorgesehen, entgegnete der Vertreter der größten deutschen Einzelgewerkschaft: Es gehe mehr um politische Meinungsbildung als um juristische Fragen. Ach so. Und welche Optionen hätte eine Bundesregierung, die nach

einer heftigen Schlacht um die Rente die Abstimmung erwartungsgemäß verlöre? Das Votum einfach mißachten? Natürlich ist das undenkbar, die Regierung müßte Volkes Wille vollziehen und die Rente mit 67 zurückziehen.

Die IG Metall, wie alle anderen Gewerkschaften heftiger Gegner der späteren Verrentung, will auf einer gefährlichen Stimmungswelle mitschwimmen. Stuttgart 21, Schulreform in Hamburg, Flughafenausbau in Berlin, Nichtraucherschutz in Bayern - allerorten sollen die Bürger direkt entscheiden, sollen die für die politische Willensbildung zuständigen Institutionen kaltgestellt und entmachtet werden.

Die Mehrheiten für mehr Plebiszite sind erstaunlich stabil. 65 Prozent der Bevölkerung, so das Allensbach-Institut, glauben, daß mehr Volksentscheide die Qualität der Demokratie verbessern würden. Negative Auswirkungen auf die politische Ordnung befürchten nur 15 Prozent. Bei einer Umfrage des *manager magazin* unter sogenannten Entscheidern, also den Führungskräften der Wirtschaft, lag die Zustimmung sogar noch leicht höher, bei 67 Prozent.

Was ist los in diesem Land? Wir sind munter dabei, die Grundfesten dieser Republik zu demontieren. Mit wahrlich guten Gründen haben sich die Verfassungsväter 1948 dazu entschieden, so gut wie keine Elemente der direkten Demokratie in das Grundgesetz aufzunehmen. Die politischen Entscheidungen sollen allein den gewählten Vertretern des Volkes überlassen bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als repräsentative Demokratie gegründet und ist mit dieser Entscheidung gut gefahren.

Demagogen würden Minderheitsinteressen durchsetzen

Die indirekte Volksherrschaft ist vor allem eine Erfindung der pragmatischen Angelsachsen. Die "reine Demokratie", die dem französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau als höchste Staatsform vorschwebte, hielten die Engländer wie die Gründungsväter der USA für eine Illusion. Das Volk könne komplexe Sachverhalte nicht bewerten, Demagogen würden für die Durchsetzung von Minderheitsinteressen sorgen. In England wie in den USA gehören Volksentscheide nicht zur politischen Kultur. Es hat beiden Ländern nicht geschadet, ihre Demokratien sind Jahrhunderte alt.

Die Argumente, die in den alten Demokratien vorgebracht wurden, gelten bis heute. Was wäre wohl geschehen, wenn die Regierung Schröder seinerzeit die Hartz-IV-Gesetze einem Volksentscheid unterworfen hätte? Die Wahlniederlage der Rot-Grünen im Jahr 2005 läßt unzweifelhaft darauf schließen, daß diese Reform des Arbeitsmarkts keine Mehrheitschance gehabt hätte.

Die Ablehnung wäre ein Desaster für das Land gewesen. Heute kann Schröder mit Fug und Recht für sich beanspruchen, daß er das Fundament für die wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die derzeit gute Konjunktur gelegt hat. Mit Erleichterungen für Zeitarbeit, mit Befristung für Anstellungsverträge oder mit Minijobs hat seine Regierung endlich mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt geschaffen. Der Lohn: mehr als zwei Millionen Arbeitslose weniger als vor fünf Jahren, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992.

"Kaum eine Reform des Sozialstaats, die Einschränkungen mit sich bringt, hätte eine Chance, bei Volksabstimmungen durchzugehen", schreibt die Allensbach-Chefin Renate Köcher.

Die baldige Staatspleite wäre unvermeidlich

Schon im real existierenden parlamentarischen System haben die Regierenden jedweder Farbe mit ihrer Neigung, regelmäßig Wahlgeschenke zu verteilen, den Sozialstaat an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bugsiiert. Würden die Wähler direkt über solche Wohltaten (oder die Zurücknahme derselben) entscheiden, wäre die baldige Staatspleite wohl unvermeidlich. Die großen Vereinfacher und Populisten, unterstützt von den jeweiligen Interessenverbänden, würden triumphieren.

Parlamente, Regierungen, Parteien sind - bei allen Unzulänglichkeiten - bewährte Einrichtungen, die Konsensbildung auf breiter Grundlage ermöglichen, für ein Mindestmaß an Rationalität bei den Entscheidungen des Gemeinwesens sorgen. Sie zu umgehen bedeutet vor allem

dies: mehr Unberechenbarkeit und mehr Unvernunft. Wer mit ihrer Qualität dauerhaft unzufrieden ist, kann sich ja selbst um ein Mandat bemühen.

Das heißt nicht, daß die Abgeordneten und die Regierenden alles richtig machen. Offenkundig erwarten die Bürger mehr Informationen, mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen. Schröder und die Seinen sind auch deswegen mit Hartz IV auf so breite Ablehnung gestoßen, weil es ihnen nicht gelang, das umfangreiche Gesetzespaket nachvollziehbar zu vermitteln (was schon bei der Namensgebung mit dem nüchternen Begriff "Agenda 2010" und dem noch technokratischeren "Hartz IV" anfang).

Auch bei Stuttgart 21 haben es die Landesregierung und die Bahn nicht geschafft, die Bürger rechtzeitig einzubinden. Aber muß nun deswegen eine Volksbefragung durchgeführt werden, wie es die Grünen und die Sozialdemokraten fordern? Das Projekt wird seit 15 Jahren vorbereitet, der Bundestag, der Stuttgarter Landtag und das Stadtparlament haben zugestimmt, auch seinerzeit die Grünen-Vorleute Renate Künast und Jürgen Trittin im Schröder-Kabinett. Es wurden 60 Alternativen diskutiert, rund 30 externe Gutachten angefertigt, über 11.500 Änderungswünsche von Bürgern, Gemeinden und Verbänden berücksichtigt. Und nun soll eine Befragung des Volkes für eine klügere Entscheidung sorgen?

Das Land wird reformunfähig

Wer das letzte Wort bei diesem Großprojekt per "reine Demokratie" dem Bürger überlassen will, dem sei empfohlen, die "Schlichtung" mit dem Moderator Heiner Geißler bei "Phoenix" zu verfolgen. Er wird dort viel lernen, wie eine moderne Eisenbahn funktioniert, mit eingängigen Schaubildern und pädagogisch gut aufbereiteten Erläuterungen. Er wird Begriffe lernen wie "Verstärkerfahrten", "minimale Haltezeiten" oder "Taktgrundlagen". Aber er wird bis jetzt, so er denn unvoreingenommen die Verhandlung verfolgt hat, immer noch nicht wissen, ob der neue Bahnhof und die Schnellstrecke nach Ulm wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind.

Das, was sich derzeit in Stuttgart abspielt, ist darauf angelegt, das Land unfähig zu Entscheidungen und zu Reformen zu machen. Diese Republik zeichnet sich seit ihrer Gründung schon dadurch aus, daß sie (auf Veranlassung der Alliierten) mit einem Übermaß an Kontrollinstanzen vollgepfropft wurde:

- Wir leisten uns 16 Bundesländer, die via Bundesrat über einen Großteil der fürs ganze Land verbindlichen Gesetze mitbestimmen.
- Wir haben Landtage, Kreistage, kommunale Parlamente;
- dazu eine lückenlose Verwaltungsgerichtsbarkeit, die alle hoheitlichen Akte überprüfen und gegebenenfalls verwerfen kann;
- ein Bundesverfassungsgericht, das alle Gesetze auf die Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüfen kann;
- und schließlich noch einen europäischen Gerichtshof und viele, viele Vorgaben der EU-Kommission.

Und nun auch noch mehr Bürgerbeteiligung via Plebiszite, wie es die Grünen und die SPD fordern? Um beispielsweise ein vor Jahren schon beschlossenes Gesetz über die Rente mit 67 zu killen, wie es die Gewerkschaften gern hätten? Ein Gesetz, das für jeden, der die Grundrechenarten beherrscht, zwingend geboten ist - angesichts einer alternden Gesellschaft mit immer längerer Lebenserwartung; angesichts einer Arbeitnehmerschaft, die, dank günstigerer Lebensumstände, deutlich länger leistungsfähig ist als die früherer Generationen. Absurd.

Der Weg, der mit solchen Volksbefragungen oder -entscheiden eingeschlagen würde, führt weg von der Ratio des Grundgesetzes. Wer ihn geht, der macht das Land noch weniger fähig zu Veränderung als es ohnehin schon ist. Und er schwächt es im internationalen Standortwettbewerb.<<

>>Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität, Rechte an andere ab-

zugeben.<<

Angela Merkel auf dem Evangelischen Kirchentag, 4.6.2011 – x323/93.

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: Wenn die Demokratie zusammenbricht.

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist

übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlamentswahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.

Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der

Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemäßen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmanden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.

Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: *"Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."
(Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.

Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:

"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."

Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der "Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen", also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten*" drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen*". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch for-

mal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.

Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.

Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit* 44/15).

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung

des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es: "*Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären.*" Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertan* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen. Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauterer Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende schein-demokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind

die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siebert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint." ...

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstoffliefe-

ranten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananensrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtet am 3. Januar 2017:

>>Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden

*von Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**

... Recht erfordert Abwesenheit von Willkür

Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschauter Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. ...

Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie

... Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)

Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie

Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung bereits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.

"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatsoberhaupt sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.

Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese ein-

zelen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.

Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.

Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion

Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des 20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.

Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.

Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Allerdings wäre es eingeständenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.

Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.

Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.

Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.

Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.

In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.

Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepu-

blik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).

Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger

Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.

Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt, welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. ...

**Vortrag, gehalten bei den Septemborgesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*

Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/...): >>Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung

"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."

Jean Paul (1763-1825)

Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.

Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*

Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.

Die Frage nach den Ursachen

Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.

Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.

Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.

Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:

"Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."

Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:

"Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache ... ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. ... Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, ... welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. ... Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."

In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwickelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist. Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.

Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zu meist hinter ihnen zurück. Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":

"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".

Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das *"erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit"*, das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.

Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem

ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.

Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", *"die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre *"Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)

Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.

Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen: *"Und solange du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, / Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*

Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.

Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.

Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.

Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, *"daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*

Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. *"Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*

Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird

ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.

Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, *"sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*

Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.

"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."

Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. *"Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*

Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.

Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.

Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.

Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017:

>>Volk außer Kontrolle

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie

uns die Amis Gewaltenteilung lehren

... Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohlthuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, ... Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgende Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinnst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Überprüfung und Ausgleich"? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 9. Dezember 2017 über die geheimen transatlantische Netzwerke (x1.000/...): >>**Fassadendemokratie**

Vortrag von *Hermann Ploppa*

Vortrag: Der Politologe Hermann Ploppa, ein Kenner der westlichen Demokratie, ist Autor des Buches: "Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern." In einem Vortrag beleuchtet Hermann Ploppa Schein und Sein einer westlichen Fassadendemokratie und wer die treibenden Kräfte für schleichende Veränderungen zugunsten multinationaler Konzerne in der Gesellschaft sind.

Ja - schönen guten Abend, vielen Dank für die einleitenden Worte von Herrn Jörg Drews und vielen Dank an die Veranstalterinnen und Veranstalter dieses netten Abends, der hoffentlich nicht nur unterhaltsam ist, sondern auch lehrreich. Ich selber komme aus dem äußersten Norden Deutschlands, aus Flensburg, das sind 2 Kilometer noch bis Skandinavien. Ich freue mich sehr, jetzt sozusagen ganz in den Osten zu kommen, ja - soweit bin ich noch nie gekommen.

Das finde ich aber wunderbar, das freut mich sehr. Und das freut mich auch deswegen: Meine Frau ist in der DDR aufgewachsen, hat in der DDR einen Teil ihres Berufslebens absolviert und wir besuchen jetzt auch hier immer gute Freunde in Thüringen und in Sachsen. Gerade gestern haben wir wieder bei einer guten Freundin übernachtet - heute Nacht in Dresden - und sind jetzt hier rübergekommen und wir beide freuen uns sehr, hier bei Ihnen sein zu dürfen unter diesen netten aufgeschlossenen Menschen.

Ja, was ist jetzt das Thema? Es wurde schon gesagt von Herrn Drews; "Die Macher hinter den Kulissen" heißt mein Buch - ich habe jetzt leider kein Exemplar dabei - mit dem Untertitel "Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern". Das ist ja in sich schon ein Widerspruch: heimlich und Demokratie. Wir alle wissen, daß Demokratie öffentlich ist, es muß alles nachvollziehbar sein.

Alles durchaus in der öffentlichen Diskussion ausgearbeitet und beschlossen und es muß auch nachvollziehbar sein für alle Bürger, wenn es einmal beschlossen ist. Heimlich, das merkt man jetzt an folgendem Tatbestand: daß nämlich immer wieder bei Umfragen herauskommt, daß ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung sich eine Gesellschaftsordnung wünschen, die die Vorteile von Kapitalismus und Sozialismus miteinander vereinbaren und daraus das Beste im Sinne der Menschen machen.

Was passiert tatsächlich? Wir werden immer radikaler in eine immer brutalere Form von Kapitalismus hineingetrieben und irgendwann wird dann wahrscheinlich auch nochmal eine "Atemluftmaut" oder so was eingeführt. Alles wird ökonomisiert. Zum Anderen, was wir auch spüren: zwei Drittel der Bevölkerung sagen immer wieder bei Umfragen: "Wir möchten gerne, daß Deutschland eine unabhängige Außenpolitik führt und Sicherheitspolitik in freundlicher, aber klarer Distanz zu den Mächten dieser Welt: zu China, zu Rußland, zu den USA." Was sehen wir tatsächlich besonders nach der sogenannten Ukrainekrise - die keiner billigen kann - und besonders die Auslandseinsätze in Mali oder Afghanistan?

Dort sind gerade ostdeutsche junge Männer an gefährlichen Fronteinsätzen überproportional beteiligt. Also es ist eine Diskrepanz zwischen dem, was die Menschen möchten, und dem was tatsächlich passiert. Wie kommt denn das?

Das hat vielleicht etwas zu tun mit der Heimlichkeit. Die langjährige Geschäftsführerin der Atlantikbrücke, Frau Beate Lindemann, sagte im Jahre 2003 in kindlicher Offenheit in einer Berliner Zeitung: "Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet!"

Das ist es! Dieses heimliche hinter den Kulissen arbeiten, ist eine enorme Erfolgsformel. Wir sehen, daß sich bei uns auch der Stil der Politik ändert. Angeblich sind wir ja in einer repräsentativen Demokratie. Aber immer öfter leuchten die Augen von jungen Milchbärten von irgendwelchen transatlantischen Seilschafts-Organisationen, wenn das Wort Governance fällt. Governance, das ist die Art, wie wir jetzt regiert werden sollen.

Das heißt: An Runden Tischen sitzen die Meinungsmacher und überhaupt die einflußreichen Menschen aus Medien, Politik, Militär, Geheimdiensten und Wissenschaft zusammen und entscheiden, was für uns gut ist. Das ist Governance und das ist, was in den USA und in England schon seit 150 Jahren gang und gäbe ist. Die Bevölkerung hat das durchzuwinken und zu schlucken, was Lords und andere einflußreiche Leute von Runden Tischen entscheiden. Wir sehen eben nicht nur diese Angleichung.

Wie kommt das? Meine Damen und Herren, ich mache ein kleines Quiz mit Ihnen. Ich nenne jetzt ein paar Namen von Organisationen und sie zeigen mir durch Handzeichen, ob sie die kennen und wenn nicht, dann lassen sie die Hand unten. "Atlantikbrücke": Ja, viele Hände, ein Händewald. Dann natürlich "Bilderberger": (Anmerkung: auch viele Hände zu sehen). Trilateral Commission: Wird schon weniger. Meine Damen und Herren: "Transatlantic Policy Network" (keiner hebt mehr die Hände, Referent lacht) - hmm, man sieht es. Und schließlich noch "European Roundtable of Industrialists" (keiner hebt die Hand- folglich unbekannt), ja. Sie sehen eine Schere: Je weniger bekannt, desto einflußreicher.

Und deswegen müssen wir uns jetzt mit diesen Gruppierungen auseinandersetzen im Laufe der nächsten Stunde. Weil das jetzt ein Import ist aus den USA muß ich kurz mal erklären, wie die USA funktioniert in der Hinsicht: Seit dem Bürgerkrieg von 1864 bis 1866 herrscht in den USA eine handverlesene Elite von wenigen tausend Männern, den "Chosen Few": den erwählten Wenigen.

Das sind eben tausend, ungefähr tausend Leute, Mächtige, Superreiche an der Nordostküste der USA, die WASPs, die White Anglo Saxon Protestants, also die weißen angelsächsischen Protestanten. Und es gab natürlich immer wieder Leute wie Henry Ford, Carnegie, die da mal durchbrechen konnten. Aber im Prinzip sind die in einem selbstreferenziellen Orbit, im eigenen Planeten sozusagen, abgelöst von der gewöhnlichen Bevölkerung und reproduzieren sich über Generationen.

Sie wissen: Henry Vanderbilt IV. Es geht schon fast zu wie bei Königen. Da gibt es Internate wie Groton, wo selbst mittelmäßig begabte Menschen, wie Georg Bush II., zu Herrenmenschen heran gedrillt werden. Es geht weiter an den ultraexklusiven Universitäten, wo ein Semester so viel kostet wie ein Mittelklassewagen. Zehn Universitäten, Harvard, Princeton, Columbia und so weiter, Yale, die sind üppig ausgestattet, Milliarden schwer an Geld und an Latifundien.

Und innerhalb dieser Universitäten wiederum, wo nur die tausend Reichsten sind, gibt es dann noch diese ultraexklusiven Männerbünde, unseren studentischen Burschenschaften nicht unähnlich. Zum Beispiel Skull and Bones in Yale ist, glaube ich, ziemlich bekannt. Wo immer ein Mitglied der Skull and Bones in der US-Regierung ist und wenn die sich reproduzieren, da gibt's den Drehtüreffekt, Revolving-Door-Effekt.

Das heißt, ein Mensch aus dieser Elite wechselt in Führungspositionen unterschiedlichster Branchen hin und her. Er ist mal Dekan einer Uni, ist dann mal Geheimdienst, ist dann mal in der US-Regierung und dann vielleicht wieder Manager in einem Konzern oder Banker. Und damit die sich auch schön - wenige Leute - ausbreiten können, gibt es das Interlocking Directory. Das könnte man mit Ämterhäufung beschreiben. Also eine Person häuft unglaublich viele Aufsichtsratsposten um sich herum und wird natürlich im Laufe dieser Anhäufung auch immer wichtiger, immer vernetzter und immer besser bezahlt.

Das Zauberwort ist ein Fremdwort aus dem französischen "Esprit de Corps". Selbst wenn die Leute sich gegenseitig spinnefeind sein sollten, sie werden sich ewige Treue und Loyalität schwören im Kampf um die Futtertröge. In diesem Sinne gab es die Runden Tische in den USA. Sie wissen ja auch - so manch einer hat es mitbekommen - in England gab es "The Kingdergarden", das waren erlesene Lords - Lord Kitchener und Lloyd George - die dann sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Politik in England bestimmt haben. In den USA gab's das auch.

Und der entscheidende Wendepunkt: 1917 - die US-Banken haben ja bekanntlich England und Frankreich finanziell unterstützt - schon seit August 1914 im Krieg gegen Deutschland. J. P. Morgan war so der Konsortien-Chef dabei. Und die haben natürlich damit gerechnet, daß in einem kurzen Spaziergang Deutschland da niedergerungen wird. Sie wissen alle, 1917 waren dann Frankreich und Großbritannien pleite, weil diese Mega-Kredite aus den USA verbraucht waren. Und jetzt mußten die wieder rausgehauen werden.

Ab dem Zeitpunkt ist die USA selber in den Krieg eingetreten, obwohl sie sich da eigentlich raushalten wollten und erst kommen wollten, wenn es die Beute zu verteilen gab. Und ja, man wußte aber jetzt, wenn man gewinnt - und man muß viele Völkerreiche, wie Österreich-Ungarn oder das Osmanische Reich schön filetieren, in einzelne Mini-Staaten, die man dann beherrschen kann - dann braucht man dafür Experten. Das kann man nicht einfach wie früher aus dem Ärmel schütteln. Da müssen wirklich kluge Leute her.

Das war die Geburtsstunde der Inquiry, der ersten Denkfabrik der Herrschenden in den USA. Und dort waren interdisziplinäre Experten aus Geologen, Geographen, Psychologen, Politolo-

gen versammelt, um möglichst fachkompetent Europa zu filetieren. Nach dem ersten Weltkrieg, nachdem das geklappt hatte, dachte man sich: Gut, da kann man die Runden Tische und die Think Tanks zusammenbinden.

Das war die Geburtsstunde des Council on Foreign Relations in New York 1921. Und viele Leute sagen ja, der Council, also der Rat für Auswärtige Politik, sei eine Geheimloge. Das ist nicht der Fall. Sie haben abgestufte Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Manchmal ganz geheim, manchmal verbreiten sie ihre Kenntnisse über das ganze Volk, über die ganze Welt. Sie haben zwei Zeitungen, Foreign Affairs und Foreign Politics, in denen sie ihre Meinung kundtun, die jeder lesen kann, jeder. Und, ja, sie sind kein Politbüro, kein Vatikan. An diesen Runden Tischen dürfen, muß, soll jeder seine offene Meinung sagen.

Keiner soll aus seinem Herz eine Mördergrube machen. Man diskutiert und kommt irgendwann zu einem Konsens und der wird dann angenommen. Und das wird dann runter gereicht an Wissenschaftler oder Multiplikatoren von der Presse. Auch die New York Times ist Mitglied beim Council oder Lopit, also auch Konzerne sind körperschaftliche Mitglieder.

Ein Beispiel, wie das funktioniert. (Bin ich zu schnell oder geht's? Es scheint zu gehen ...) 1954 erklärte der damalige neue Außenminister der USA, John Foster Dulles, im Gebäude des Council on Foreign Relations im Fernsehen, USA-weit übertragen, die neue Militär-Doktrin der US-Regierung der massiven Vergeltung.

Sie wissen, daß nach den Konferenzen von Jalta die Welt in Interessensphären aufgeteilt war. Und nun machte man ja den kalten Krieg auf und dann - falls jetzt die Sowjetunion in das Revier der USA oder andere Westmächte einbrechen sollte - würden die USA sofort mit einem militärischen, mit einem nuklearen Erstschlag reagieren und Moskau niederbrennen.

Sie wissen alle, das hat nicht geklappt, weil gute Doppel-Agenten wie Erich Fuchs die Formel der amerikanischen Atombomben sofort an die Sowjetunion weitergegeben haben und Wasserstoff-Bomben und so weiter, und die damit sehr schnell in einer Pattsituation waren - es funktionierte nicht.

Man machte sich jetzt lächerlich, wenn man diese Doktrin weiter aufrechterhalten wollte. Also trennt man sich im Council sehr schnell von dieser Geschichte und hat den jungen Historiker Henry Kissinger von der Harvard Universität beauftragt, eine neue Militär-Doktrin auszuarbeiten. Der hat eine Arbeitsgruppe gebildet. Und um Einzelfragen zu erläutern hat man angeschlossene, befreundete Think Tanks, wie Brookings Institution, Rand Corp. (Rand Corporation), beauftragt, Einzelfragen zu bearbeiten.

Diese Expertisen gingen wieder hoch an die Arbeitsgruppe von Kissinger. Wurden dann hochgereicht an den Runden Tisch der Superreichen und Turbo-Intellektuellen. Und das wurde irgendwann abgesehen. 1957 bereits verkündete Henry Kissinger in einem Buch, daß in den USA lanciert wurde, die Strategie der flexiblen Antwort - Flexible Response.

Wenn jetzt also die Sowjetunion in das Revier der Westmächte einbrechen wollte, dann würde man sofort reagieren mit abgestuften Maßnahmen, vielleicht erst mal mit diplomatischem Austausch. Wenn das nicht fruchtet: konventioneller Schlagabtausch, aber auch nuklearer Schlagabtausch war nicht absolut ausgeschlossen.

So funktioniert das. Das ist flexibel und das ist viel schneller und deshalb hat der Council on Foreign Relations die politischen Paradigmen, also die langfristigen Perspektiven der Politik, in einer Weise beeinflußt wie niemand anderes. Weil diese Governance-Institutionen sozusagen schnelle Schnellboote sind, flexible Schnellboote zwischen den schwerfälligen Tankern Diktatur und Demokratie.

Die Diktatur: Da ist ein Diktator, der möchte gerne nur angenehme Nachrichten hören, ein Reformstau staut sich auf bis es platzt und es kommt zum blutigen Putsch. Es ist nicht sehr rationell.

Auf der anderen Seite: Demokratie. Da muß ja auch ein Reformbedarf erst einmal erkannt werden. Der muß durch Parteien hindurch mühsam durch die Gremien laufen bis es dann ei-

nen Beschluß gibt, ein Programm. Dann braucht man, wenn man regierungsfähig ist, noch einen Koalitionspartner. Das kann von der Erkennung des Problems bis zur Lösung 10 Jahre dauern.

Ich denke, diese repräsentative Demokratie kann man durchaus schnittiger machen durch direkte demokratische Maßnahmen wie in der Schweiz, wo das Volk 200 mal im Jahr abstimmen kann über ganz bestimmte Sachfragen. Da ist gar nicht erst dieses große "Herumintrigieren" und Getue mit irgendwelchen Gremien und so weiter. (Applaus)

Das wirklich Bestechende daran ist die Softpower. Die Amerikaner unterscheiden zwischen Hardpower und Softpower. Sie bevorzugen die Softpower, weil sie viel rationeller ist. Nämlich die Eliten der Vasallenstaaten, wie es Brzezinski gesagt hat, zu umschmeicheln, für sich zu gewinnen.

Und die Hardpower wird nur eingesetzt, wenn man meinetwegen Olof Palme über'n Haufen schießen muß, wenn es anders nicht geht, oder in ein Land einmarschieren, wenn sogar die Bevölkerung sich quer stellen sollte, ist unbeliebt.

Das Mittel der Wahl ist die Softpower. Schon die Römer hatten damit irrsinnigen Erfolg, mit ihrer indirekten Herrschaft. Die haben gesagt: Hier, es gibt einen Schlagabtausch! Und da zeigt sich gleich, die anderen haben keine Chance.

Dann sagen die: Keine Angst, wir kriegen das schon hin. Ihr könnt so weiter machen wie bisher - sagen sie zu den Eliten - Hauptsache ihr zahlt eure Tribute regelmäßig und haltet eure Bevölkerung für die Pax Romana fest.

Das haben die Engländer gemacht mit ihrer indirect Rule - indirekte Herrschaft. Hunderttausend Soldaten haben Hundert Millionen Inder in Schach gehalten, dadurch daß sie den Maharadscha umworben haben und gesagt haben: Kann alles so bleiben, keine Angst - Hauptsache Tribut!

Das ist unglaublich kostengünstig, das ist immer das Mittel der Wahl. Das könnte aber womöglich demnächst vorbei sein, wenn wir weiter so widerborstig werden. Aber ich denke, wir kriegen das friedlich hin.

Der Council on Foreign Relations hat mittlerweile Filialen, Filialorganisationen in 170 Ländern dieser Erde, wo man auf diese feinnervige Art ganz sanft ein großes Reich schafft, ohne territoriale Annexionen, Eroberungen vorgenommen zu haben. Und auf interkontinentaler Ebene gibt es eben die Bilderberger, die die Eliten der USA oder Nordamerika und Europa einmal im Jahr in einem Luxushotel zusammenbringen.

Sie werden maßlos überschätzt. Sie sitzen da, engagieren vielleicht Jürgen Trittin mal für ein Referat. Der kommt dann da an und erzählt wie die ökologische Bewegung in Deutschland tickt und fährt mit ein paar tausend Dollar wieder nach Hause. Und er ist deswegen noch lange kein Bilderberger.

Es ist wirklich das A und O bei den angloamerikanischen Eliten: dieses persönliche Kennenlernen, immer noch den Anderen einschätzen zu können über den großen Teich, um zu wissen: der Freund "Soundso" drüben in Amerika tickt so, daß ich den mit einem Telegramm eigentlich so andeuten kann, was wir haben wollen.

Dann gibt es die Trilateral Commission. Im Jahre 1973 nämlich wollten die Japaner auch gerne mitmachen bei den Bilderbergern. Das wollten die aber nicht. Da hat David Rockefeller, der vor kurzem im Alter von 106 Jahren, mit dem glaube ich vierten transplantierten Herz verstorben ist, gesagt: "Kein Problem, wir bilden jetzt einen dreiseitigen Ausschuß."

Das war die Geburtsstunde der Trilateralen Kommission und da sind jetzt die Eliten von Nordamerika, Europa und Ostasien zusammen, treffen sich dort und sind viel fleißiger als die Bilderberger, die sich nur einmal im Jahr treffen.

Die treffen sich viermal im Jahr - nicht immer alle - und besprechen ganz bestimmte Sachthemen. Es ist auch keine Geheimloge. Sie können sie googeln. Sie haben eine eigene Seite: Trilateral Commission - ganz offen.

Sie können dort lesen, wer in Deutschland dazu gehört: nämlich der Chef der DZ Bank, Herr Kirsch, oder eben traditionell ist ein Erbruf bei den Trilateral Commission der Chef der Chemiegewerkschaft von Deutschland. Der ist immer dabei. Das wird immer vererbt. Sie veröffentlichen auch ihre Arbeiten regelmäßig dort - das ist durchaus lesenswert - und auch Bücher, wo sie selber als Herausgeber zeichnen.

Der Sinn all dieser Netzwerkorganisationen von Land zu Land oder interkontinental, wurde von Brzezinski in seinem Buch "The Grand Chessboard", "Die einzige Weltmacht" recht deutlich gemacht und zwar, Zbigniew Brzezinski oder Joseph Nye, oder wie all diese klugen Köpfe heißen, sie sagen ganz offen: Die USA wird irgendwann implodieren wie alle anderen imperialen Mächte der Welt. Dann muß aber das Betriebssystem US-Finanzkapitalismus in den Köpfen der Eliten der Vasallenstaaten so drin sein, daß sie das als ihre eigene Sache betrachten und dann von sich aus weiter führen.

Wir haben jetzt konkret die Situation, wo im Weißen Haus zum ersten Mal ein Präsident sitzt, der nicht zu dieser Netzwerkorganisation gehört. Da mußte sogar neulich der German Marshall Fund of the US aus dem Busch hervorspringen und sich in der Öffentlichkeit zeigen und sagen: "Haltet durch! Unsere Projekte sind nicht aufgegeben. Wir Deutschen müssen das Projekt Amerika jetzt weiterführen, auch gegen den US-Präsidenten."

Da sind wir jetzt an dem Punkt. Das ist doch interessant, meine Damen und Herren, und das ist ja ein richtiger Schnittpunkt! - Wenn wir jetzt mal auf Deutschland kommen:

Atlantikbrücke ist Ihnen allen bekannt, ist in aller Munde, dürfte eigentlich auch schon verbrannt sein - sozusagen fast. Die Atlantikbrücke wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet von Eric Warburg, einem Hamburger Bankier, der - weil er Jude war - bei den Nazis flüchten mußte. Er hat an der Wallstreet in den USA dann viele wertvolle Kontakte geknüpft. Und als er seine Bank dann wieder übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg, wollte er gerne diese Kontakte aufrechterhalten.

Sein Partner - John Mc Cloy - ist der Inbegriff des Drehtürmannes, meine Damen und Herren. Der hatte in den zwanziger Jahren als Wirtschaftsjurist an der Wallstreet angefangen. Er wurde dann von der Anwaltskanzlei Cravath and Partner 1926 an Mussolini ausgeliehen, um für ein Jahr Mussolini zu beraten, wie dieser am gewinnbringendsten mit einem Mega-Kredit der J. P. Morgan Bank von hundert Millionen Dollar wirtschaften sollte.

Dann finden wir ihn wieder auf der Ehrentribüne bei den Olympischen Sommerspielen 1936, neben Göring sitzend. Angeblich, um einen Rechtsstreit irgendwie mit Deutschland aus dem Ersten Weltkrieg zu bereinigen. Tatsächlich ist aber immer deutlicher, daß die Wallstreet Hitler gefördert hat und daß Hitler viele Vorgaben durchgesetzt hat. Dann finden wir ihn aber auf der anderen Seite - man ist immer als Kriegsgewinner auf der richtigen Seite - im Verteidigungsministerium der USA.

Dort ist er zuständig für die Luftwaffe, also auch für die Bombardierung in Deutschland. Eine kleine Begebenheit: Seine Flugzeuge flogen auf die Zwangsarbeiterplantagen von Auschwitz Monowitz von den IG Farben und haben diese bombardiert. Auf dem Überflug, da sind sie über die Brennkammern geflogen, die Gaskammern und über die Gleise, wo die armen Menschen verschleppt wurden nach Auschwitz. Die Bürgerrechtler in den USA haben gesagt: "Laßt doch da auch mal paar Bömbchen runter!" - "Kill it!"

Er hat total patzig darauf reagiert, warum, ist nicht klar, aber es wird wohl diese Begebenheit sogar auf einer Gedenktafel in Auschwitz erwähnt. Nach dem Krieg ist er dann zunächst der erste Präsident der Weltbank, dann finden wir ihn wieder als obersten Kommandanten der deutschen Besatzungsmacht. Und schließlich ist er dann noch einige Jahre Präsident des Council on Foreign Relations. Also eine richtig klassische Drehtürkarriere. Dann haben die beiden noch den American Council on Germany gegründet, den Amerikanischen Rat über Deutschland in den USA.

Die Atlantikbrücke soll die deutschen Eliten anfreunden mit den amerikanischen Eliten. Der

American Council on Germany soll die amerikanischen Eliten anfreunden an die deutschen Eliten. Das alleine ist ja noch nicht die Funktion des Council on Foreign Relations. Dazu kommt ja noch sozusagen der Think-Tank - die Wissensbildung.

Da haben wir in Deutschland die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die 1955 gegründet wurde. Diese heißt im englischsprachigen Raum ganz ungeniert German Council on Foreign Relations. Nur damit der deutsche Michel das nicht merkt, hat es eben im Deutschen diesen Namen Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik erhalten.

Dazu kommt die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Sie sicher aus dem Deutschlandfunk aus Expertendiskussionen usw. schon gut kennen. Die kam eigentlich aus dem Geheimdienstmilieu und ist ja dann mittlerweile immer mehr zu einer eher zivilen Veranstaltung geworden.

Dazu kommt nun seit 1972 der German Marshall Fund of the US. Daran ist aber nur deutsch das Geld und dann das erste Wort da drin: German. 1972 hat Willy Brandt gerade einen Umsturzversuch im Deutschen Bundestag heil überstanden und flog rüber in die USA, um der Gründungsfeier des German Marshall Fund of the US beizuwohnen.

Er hatte als Geschenk für diese Gründung 150 Millionen DM deutsche Steuergelder mitgebracht als Stiftungskapital. Dazu kamen noch einmal 100 Millionen im Laufe der Zeit, und all diese Schenkungen wurden vom Bundestag einstimmig gebilligt.

Der German Marshall Fund of the US ist wichtig. Er ist einerseits eine Denkfabrik, zum anderen aber auch eine Kadenschmiede, d.h. Kader für z.B. den Ostblock. Da hat es eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Also, als der Warschauer Pakt zusammenbrach, hatte man bereits ausgebildete polnische, bulgarische, russische, ukrainische Kader gebildet, die dann in dieses politische Vakuum hinein gestiegen sind. Das ist so der Kern der US-amerikanischen Softpower in Deutschland.

Das gemeinsame daran ist, daß man dort nicht Mitglied werden kann, keinen Mitgliedsantrag stellen kann. Sondern Talentscouts suchen, wo sind Leute, die vielversprechend sind: Die können wir für uns gewinnen. Dann werden die angesprochen und dann werden diese Nachwuchskräfte sicher einsehen, daß die eigene Karriere schneller vorangeht, wenn sie sich dieser starken Gemeinschaft anschließen. Und zum anderen, sie werden alle aus deutschen Steuergeldern bezahlt, ohne daß der Steuerzahler sie kennt. Ich habe erst 2007 damit angefangen, diese Szene genauer zu beobachten.

Ich habe längst den Überblick verloren über alle diese Metastasen und Tochter-Metastasen und Tochter-Tochter-Metastasen. Nur ein paar Namen mal so schlaglichtartig: Deutsche Atlantische Gesellschaft, Körber-Stiftung, Atlantische Initiative, Aspen Institut, Stiftung Neue Verantwortung, American Academy, American Institut for Contemporary German Studies, Council on Public Policy, Goldman Sachs Foundation, Hertie School of Governance usw.

Kurzer Überblick über die Geschichte: In den 50er Jahren war das noch ein kleines Häuflein und relativ einflußarm. Man zog aber jetzt neue Kräfte heran. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Scheel um nur ein paar Namen zu nennen.

Dann gab es in Deutschland schon den ersten Machtkampf. Und zwar zwischen den Gaullisten und den Transatlantikern. Konrad Adenauer hatte vor, mit den Gaulles - also mit Frankreich zusammen - ein Gegengewicht gegen die US-amerikanische Hegemonie zu bilden. Strauß war ja sein Atom-Minister, zuerst einmal Verteidigungsminister. Man hatte also vor, so eine eigene Atom-Nuklear-Macht zu bauen. Und im Hintergrund durchaus mit der Sowjetunion, mit Chruschtschow.

Ja und dann passierte etwas, was die dann doch sehr schnell völlig lahm geschossen hat. Und zwar war das so üblich, daß der BND (Bundesnachrichtendienst), welcher ja auch eine Filialorganisation der CIA ist und ein eigenes Büro in Hamburg hatte: Also dann haben die mit dem Verbindungsoffizier dort regelmäßig die Chefredaktion des Spiegels besucht. Man hat dann so die inhaltliche Linie des Spiegels diskutiert. Und dann hat der Verbindungsoffizier

auch mal ein nicht schmeichelhaftes Protokoll über ein Manöver der Bundeswehr mitgebracht und das wurde dann im Spiegel sofort getitelt: "Bedingt einsatzbereit", "Fallex 62": Bedingt einsatzbereit". War eine große Blamage.

Und das, was man vorausberechnet hatte, passierte: Strauß sah Rot, hat alle rechtsstaatlichen Wege übersehen und hat dann den Herausgeber Rudolph Augstein und Konrad Ahlers, den Chefredakteur ins Gefängnis gebracht. Es gab einen Riesenskandal, die Spiegel-Affäre. Das können Sie nachlesen bei Hans Höhne, Polar intern. Und damit waren die Gaullisten dann eigentlich lahm geschossen. Strauß mußte zurücktreten. Adenauer ging zum Rosen-Züchten nach Rhöndorf und der Transatlantiker Erhardt wurde dann neuer Kanzler.

1969 ist dann der Totaltriumph der Transatlantiker gekommen - so paradox das für uns Ältere klingt, weil wir haben uns ja gefreut über die Entspannung und den Wandel durch Annäherung usw. Tatsächlich aber war ja diese von Brandt und Scheel. Brandt war Mitglied der Atlantikbrücke und Walter Scheel war später 5 Jahre Präsident der Bilderberger. War nichts besonderes, war kein deutscher Sonderweg. Kissinger und Nixon in den USA waren viel öfter in Moskau und Peking als Brandt und Scheel. Ganz einfach:

Der Kapitalismus war so heiß gelaufen, daß man so neue Märkte erschließen mußte oder er wäre zusammen gebrochen. Also hat man die Ostblockstaaten als billige Rohstofflieferanten gewonnen und als Abnehmer von westlichen Fertigprodukten. Und so hat man die Krise dann erst mal vertagt. Dann in den 70er Jahren gab es mal eine Krise in dieser Szene wegen dem Vietnamkrieg. Die Tassen flogen ziemlich tief. Außerdem war die Jugend nicht mehr bereit, diesen Weg mit zu tragen. Und dann haben die eine eigene Subkultur entwickelt und die Transatlantiker drohten irgendwie auszusterben an Überalterung.

Man reagierte darauf flexibel. Die Haare wurden länger im Council und die Bärte wuchsen und sogar Frauen durften nicht nur mitreden, sondern jetzt Vollmitglied sein. Die wichtigste Erneuerung - theoretische Erneuerung - in den 70er Jahren war die Interdependenz-Theorie. Interdependenz heißt: "Alles ist von allem abhängig." Und zwar durch die Weltordnung von Bretton Woods war jetzt sozusagen der Welthandel freigemacht, durch die Organisationen UNO, IWF, Weltbank und damals GATE, die Welthandelsorganisation, oder heute: WTO heißt das Ding. Und durch diese erleichterten Welthandelsbedingungen, waren jetzt globale Konzerne so mächtig geworden, daß sie mit ihrem Umsatz mit dem Bruttoinlandsprodukt mittlerer Staaten schon konkurrieren konnten.

Die Nichtregierungsorganisationen wie UNO, IWF usw. haben die nationalen Grenzen ignoriert und sich sozusagen völlig in einer globalen Logik bewegt. In dieser Situation hat die Trilateral Commission gesagt: Es muß die Welt neu geordnet werden. Der Wildwuchs muß neu geordnet werden. Neu hierarchisiert werden und es muß an Runden Tischen Governance eingeführt werden. Das heißt: Neben den Nationalstaaten müssen jetzt Konzerne (Globalkonzerne) und Nichtregierungsorganisationen mitregieren. Die Nationalstaaten haben sich zurückzunehmen und in Zukunft sind sie dann nur noch einer von vielen Playern.

Das war so die wesentliche Auffassung. Ich hab in meinem Buch noch geguckt: Sind transatlantische Orientierungen, also die Orientierung konzentrisch um Council on Foreign Relations immer schon marktradikal gewesen, wie es heute ist, oder war es mal anders? Es war mal anders: Unter Kennedy und Johnson war ein keynesianisches Projekt vorherrschend und das wurde auch mitgetragen in Deutschland. Die große Koalition hatte eben auch in dieser Zeit einen starken Staat gefördert, der in die Wirtschaft eingreift und stärkend wirkt und antizyklisch.

Also wenn da Konjunkturdellen sind, wird das durch Staatsausgaben wieder vorangebracht und Geld wieder zurückgezogen aus dem Markt, wenn die Konjunktur zu überhitzen drohte. Aber es entwickelte sich erstens in Deutschland der Neoliberalismus. Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Ehrenwerte Leute, die einfach keine Planwirtschaft für alle Bereiche wollten und die eine gerechte sozialausgewogene Politik

wollten. Und das führte nun dazu, daß wir sehr glückliche Zeiten im Westen gehabt haben, wo die soziale Schere nicht so auseinandergeklafft ist, wie heute. Die wurden aber wegge-mobbt. Wenn wir jetzt von Neoliberalismus reden, ist das völliger Quark.

Den gibt es nicht mehr. Den hat es in Deutschland gegeben. Was jetzt vorherrscht ist der Marktradikalismus. Die österreichische Schule von Friedrich von Hayek und die amerikani-sche: die Chicago Schule von Milton Friedman. Deren Theorie ist: Jede wirtschaftliche Schwierigkeit in der Wirtschaft kommt von daher, daß der Staat sich eingemischt hat. Der Staat muß sich aus allem raushalten und muß nur die Sicherheit des Vertrages, die Sicherheit der Verkehrswege aufrechterhalten und sonst sich da raushalten. Die Sicherheit des Eigen-tums ja, aber ansonsten gestalterisch muß er sich völlig raushalten. Alles andere machen kluge Konzernherren. Milton Friedmann hat seine Theorie gleich sozusagen in die Praxis umge-setzt mit seinen Chicago-Boys.

Das heißt, es wurde schon mal exemplarisch in Ländern der Dritten Welt ein Laborexperi-ment auf nationaler Ebene gemacht, ob es funktioniert. In Indonesien der Putsch 1965 wo der demokratisch gewählte Präsident Sukarno durch den General Suharto ausgetauscht wurde, wo 500.000 bis 3 Millionen Indonesier ermordet worden sind, die diesem neuen Modell im Wege standen.

Dann ging es weiter, am 11. September 1973 in Chile. Allende wurde gestürzt. 30.000 Gegner des Marktradikalismus wurden ins KZ gesteckt und es kam dann zu der Situation, daß dann die Chicago-Boys, also Milton Friedmans Schüler jetzt ausprobierten: Wie funktioniert dieser Marktradikalismus? Das kam dann noch zusätzlich in Argentinien und in Uruguay zum Tra-gen. Ende der 70iger Jahre stellt man fest: Aha, der Kollateralschaden ist zwar bedauerlich, aber die Ökonomie existiert weiter. Daraufhin wurde das auf die Weltbühne gehoben.

Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in England haben das dann durchgezogen mit entsprechender Kaltschnäuzigkeit und Sicherheit mit diesen Laborexperimenten. In Deutsch-land 1982 das Lambsdorff-Papier - Sie haben vielleicht neulich nochmal in der Anstalt (An-merkung: deutsche Satiresendung) davon gehört- forderte eine solche Kurskorrektur auch für Deutschland. Das klappte aber nicht. Und zwar ganz einfach:

Helmut Kohl wäre sicher gerne der deutsche Ronald Reagan geworden, aber das klappte nicht: Weil, wir haben in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, in Skandinavien tradi-tionell eine Dreiteilung der Wirtschaft. Da ist auf der einen Seite die genossenschaftliche Wirtschaft. Dann auf der anderen Seite die öffentlich-rechtlich-staatliche Wirtschaft.

Und nur da, wo Profitwirtschaft nicht allzu viel Schaden anrichtet, war traditionell seit Preu-ßen auch privatwirtschaftliche Tätigkeit erlaubt. Das hielt sich auch, bis dann ein Dambruch von außen die Sache durcheinander gebracht hat, nämlich der Zusammenbruch des Ostblocks, des Comecon, des Warschauer Paktes, der Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Länder im Osten gerieten in eine Leere, in ein Vakuum hinein.

In dieses Vakuum sind dann die Eliten vom German Marshall Fund of the US und der Soros-Stiftung hinein gekommen und haben dort ein neues marktradikales Modell aufgebaut. Dieses neue Europa brachte das alte Europa total ins Wanken. Die Löhne sind im Westen dann in den Keller gesackt. Die Sozialstandards wurden geschleift. Die DDR war ein Sonderfall. Die DDR fiel nicht in ein Vakuum, sondern sie wurde ja - verpackt in neuen Bundesländern - ein-verleibt der Bundesrepublik Deutschland.

Und das, meine Damen und Herren, war die Geburtsstunde jenes Elends, an dem wir jetzt heute halbwegs zugrunde gehen. Es war die Stunde einer neuen Kaste von Privatisierungsge-winnern, die heute ihr Unwesen in ganz Deutschland treiben. An einem Beispiel: Kombinate, wie Sie wissen, sind staatliche Betriebe gewesen, die ihre Überschüsse an den Staat DDR überwiesen haben. Das waren größere Einnahmequellen als die Steuern. Da die Kombinate, wie Sie ja wissen, vielfältige Aufgaben hatten: Sozialbereich, Kulturbereich und so weiter, wurde ein Teil dieses Gewinnes zurückgeführt zu den Kombinat.

Das wurde geschleust über DDR-Banken. Aber es waren keine Kredite, sondern eben eine "Rüberschleusung" (im Sinne von Transfer). Aber dummerweise wurden sie in diesen DDR-Banken, die keine Banken im kapitalistischen Sinne waren, als Kredite verbucht. Als jetzt der Zusammenbruch der DDR vor der Tür stand, haben das schlaue Köpfe im Westen mitbekommen und haben sich dann für einen "Apfel und ein Ei" über die "Veruntreuhand" (Anmerkung: Treuhand: Anstalt des Öffentlichen Rechts, die DDR-Betriebe privatisieren sollte) dann diese Banken gekauft und haben dann diese Kreditmittel gehabt, diese angeblichen Kreditmittel und haben die gefordert auch von kerngesunden Kombinat plus 10 % Zinsen.

Sie haben dann gesagt: "Das wollen wir jetzt sofort zurück haben, ihr schuldet uns das." Obwohl jeder gesagt hat: Quatsch, Blödsinn das sind ja überhaupt gar keine Anleihen. Das sind lediglich Gewinnrückführungen. Klugerweise war im Westen eine Instanz errichtet worden durch das Bundesfinanzministerium: der Erblastentilgungsfond. Das im Schweiß erarbeitete Volksvermögen der DDR war eine Erblast. Bei diesem Erblastentilgungsfond sollten aus Steuermitteln von Ostdeutschen und Westdeutschen die Verluste von Investoren - westlichen Investoren - im Osten ausgeglichen werden.

Jetzt sind die dahingegangen und haben gesagt: "Unser Kombinat hier, wo wir die Kreditmittel gekauft haben, ist leider auf Grund dessen Pleite gegangen. Wir wollen jetzt das Geld von euch zurück haben." Auf diese Tour, durch diese angeblichen Kredite, haben die Steuerzahler in Ostdeutschland, in Westdeutschland gleichermaßen diesen Abenteurern, diesen Freibeutern 200 Milliarden DM geschenkt.

Während man in der DDR alle Menschen unter Pauschalverdacht gesteckt hat, sie seien alle Stasi-Spitzel und sie dann aufeinander losgegangen sind und während man die Ostdeutschen dann mit diesem schönen Titel Ossi versehen hat und sie damit sozusagen unfähig machte für die wirkliche Wiedervereinigung von Deutschland, sind die Gangster dann unbemerkt weggelaufen. Das erinnert mich an Komödien aus den 50iger Jahren, wo so ein Markt ist. Da stiehlt einer etwas von einem Marktstand und dann entsteht auch schon Aufregung. Und dann geht jemand anderes weg und der Dieb ruft dann: "Haltet den Dieb!"

Alle rennen hinter dem "Dieb" her. Und er selber kann dann unbehelligt weglafen. So sind diese Leute dann weggelaufen, unbehelligt. Andererseits haben ja Absolventen von westdeutschen Universitäten in Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre im Osten Privatisierer gespielt. Sie haben sich pro Stunde 1.000 DM aufschreiben lassen, was unter anderem dann von der Treuhand anstandslos überwiesen wurde.

Sie haben da ihr Unwesen in den Kombinatbüros getrieben und es mußten die Steuerzahler in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen im Jahre 1993 450 Millionen D-Mark an diese Milchbärte bezahlen, meine Damen und Herren. Das war prima. So gestärkt hat man sich gesagt: "Wow, wenn das so völlig ungestört abgeht, dann machen wir das doch in ganz Deutschland." Und das ist die Geburtsstunde dessen, was wir jetzt hier erleiden.

Nämlich eine ganz neue Dimension der Privatisierung und eine Gehirnwäsche, um uns diese Dreiteilung der Wirtschaft vergessen zu machen. Hurra, wieder eine Landesbank aufgelöst, schon wieder was privatisiert. Wir brauchen doch keine Landesbanken! Wir brauchen doch keine Sparkassen! Neue Akteure: hier wurde so viel Geld angehäuft, daß das dann abgelaicht wurde in Stiftungen. Stiftungen sind Steuerbefreiungsmodelle, wo man ein Kapital hat, das ist steuerbefreit und auch die Zinserträge sind steuerbefreit.

Wir hatten im Jahre 2000 10.000 Stiftungen. Heute haben wir rund 22.000 Stiftungen, die schätzungsweise ein Vermögen von 100 Milliarden Euro bei sich horten. Wir haben also jetzt bei uns die Situation, daß Stiftungsherren, wie dereinst Könige oder Fürsten in selbstherrlicher Manier bestimmen, wer in den Genuß von irgendwelchen Wohltaten gerät. Ich nenne das neofeudale Bakschisch-Wirtschaft. Es ist kein Rechtsanspruch mehr da. Über das Geld stimmt nicht die demokratische Gemeinschaft ab, wer in den Genuß kommen soll, sondern irgendwelche dubiosen Stiftungsherren teilen jetzt aus ihrem Füllhorn aus. "Danke!"

Steuerflucht, Steuerbetrug, Steuervermeidung ist Volkssport. Geschätztes Steuerfluchtgeld: aktuell 190 Milliarden Euro im Jahre 2014. Der Bund nahm damals ungefähr 250 Milliarden Euro ein. Das macht zusammen 440 Milliarden Euro aus. Wir könnten alles finanzieren: zufriedene Beamte, unbestechlich, gut bezahlt, ausgeschlafen; einen guten Sozialbereich; einen guten Kulturbereich. Man bräuchte sich nicht zu profilieren als Politiker, daß man jetzt wieder irgendwo einen Kulturetat gestrichen hat.

Welch ein Staatsvermögen wäre das? Der Staat ist nicht handlungsunfähig. Es ist so als wenn man jemanden ins Bein schießt und sagt dann: "Guck' mal, der kann ja gar nicht gehen, der kann das doch gar nicht machen." Ja, und eine Stiftung ist Staat im Staate Bertelsmann. Das ist die Kraft der zwei Herzen. Das eine Herz ist die Bertelsmann-Stiftung, das andere Herz ist der Medienkonzern Bertelsmann. Sie arbeiten sich prima gegenseitig zu.

Auf der einen Seite, wenn die Bertelsmann-Stiftung irgendwelche Ideen ausgeheckt hat, die dann den Menschen draußen im Lande vermittelt werden sollen, dann macht das eben der Bertelsmann Konzern mit seinen Medien RTL, Spiegel, Stern. Und wenn der Konzern jetzt irgendwie steuerbefreit ein Kostenersparnis-Modell entwickeln lassen will, dann macht das die Stiftung - wunderbare Arbeit! Die sind so wichtig und mächtig, daß Gunter Thielen, der langjährige Präsident der Bertelsmann Stiftung, gesagt hat: "Es ist uns egal wer regiert."

In der Tat, sie haben damals, als Kohl ihre Vorgaben damals nicht schnell genug umgesetzt hat, dann eben Schröder und Fischer eingesetzt, die nicht nur den ersten völkerrechtswidrigen Angriff auf ein anderes Land seit Hitler zustande gebracht haben, nämlich auf Jugoslawien, sondern auch eine beispiellose Enteignungswelle in Deutschland losgetreten haben. Sie arbeiten mit dem Zentrum für Hochschulentwicklung sehr dezent daran, das auch hier zehn Exzellenz-Universitäten mit allen Mitteln ausgestattet sind und alles forschen dürfen und alles denken dürfen.

Darunter tausende von (Anmerkung: eventuell Versprecher: für?) KLIPS-Universitäten, wo dann das Wasser durch die Aula rieselt, so wie es in den USA gang und gäbe ist. Das Projekt Schule & Co. in Nordrhein-Westfalen: Dort sind 250 Schulen. Die werden als betriebswirtschaftlich autonome Einheit geführt, kapitalistisch-profitorientiert. Sie sind natürlich noch nicht an der Börse, aber es ist in Arbeit. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sogar 200 Lehrer neu eingestellt, nicht um den Lehrermangel zu beheben, sondern um für diesen Vorgang staatlich bezahlte Controller zu haben. Für diesen Privatisierungsgang.

Und Sie wissen, kurz vor Ende der letzten Wahlperiode hat die Bundesregierung noch ein Gesetz durchgebracht, das genau diese Sachen möglich macht. Klingt so alles sehr selbstlos: Das Volk, der Staat, der Bund soll die armen Länder unterstützen und die Kommunen. Aber um den Preis, daß jetzt der Bund ganz anders mitarbeiten und mitreden kann. Mit der Möglichkeit, daß auch Konzerne an Schulen mitarbeiten.

Ich lebe ja mit meiner Frau in Marburg, da haben wir hautnah mitbekommen, was es heißt, Krankenhäuser zu privatisieren - auch von Bertelsmann unterstützt. Das Universitätsklinikum Gießen hatte rote Zahlen geschrieben, das Universitätsklinikum Marburg hatte schwarze Zahlen geschrieben. Damit das zusammen, sage ich mal, attraktiv über den Ladentisch gehen kann, wurden die Beiden zwangsfusioniert, ein Riesenunsinn, dann als Nächstes an die Börse gebracht und über den Ladentisch an Rhönklinikum - einer privaten, profitorientierten (ich glaube sogar, es ist eine Aktiengesellschaft, keine Ahnung) und dann an Fresenius-Medical-Care.

Die Leute haben da fürchterlich zu leiden. Menschen haben demonstriert, haben Institute besetzt. Es hat alles nicht interessiert. Auch Verwaltungsakte werden privatisiert. Es gibt den Unterkonzern Arvato. Der arbeitet in England schon nach dem Modell, in Würzburg soll das durchgesetzt werden. Die Gewinnquelle dafür ist die Automatisierung und die Personaleinsparung. Und das ist so die Basis, wie man dann Geld verdienen will.

Dann werden Sie in Zukunft nicht mehr eine Person antreffen, der Sie den Wunsch um Erhö-

hung des Wohngeldes vortragen und vielleicht noch jemand in die Augen gucken können, sondern Sie werden das alles online machen. Terror des Qualitätsmanagements kommt auch dazu, ist Vorbereitung der Privatisierung. Es geht nicht darum, eine neue Kaste von Schmarotzern zu alimentieren in erster Linie, sondern es geht darum, alles bereit für die Börse zu machen. Um quantitativ vergleichbar zu machen, was eigentlich qualitativ nicht zu vergleichen ist.

Also die Skalpellrotation eines Herzchirurgen mit der Schlüsseldrehung eines Hausmeisters irgendwie quantitativ vergleichbar zu machen. Auch wenn das Hokusfokus ist, es ist unerlässlich, um das Ganze in Wert zu setzen. Der Dokumentationszwang der Krankenschwestern, das wissen Sie alle, sie sind ja hauptsächlich damit beschäftigt, jeden Furz, der in der Station passiert ist, aufzuschreiben, anstatt sich jetzt noch um die Patienten zu kümmern. Die Automatisierung ist die Grundlage, daß das Ganze rentabel wird und an die Börse kommt. Automatisierung hatten wir nach der industriellen Revolution.

Jetzt haben wir die Automatisierung von so anspruchsvollen Dingen wie Dienstleistungen. Man weiß natürlich auch, auf den Faktor Mensch kann man darin nicht ganz verzichten, aber bitte schön, er soll nichts kosten. Das ist die Stunde des Ehrenamtes, des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das Beste im Menschen, seine Hilfsbereitschaft, seine Liebe, seine Empathie, wird hier mißbraucht, um diese Kalkulation der Privatisierung und des gewinnbringenden Geschäftes zu realisieren.

Natürlich muß auch der Sterbende von irgendeinem Menschen betreut werden und wenn die Krankenschwester Dokumentationen schreiben muß, dann muß es eben ein Ehrenamtlicher machen. 23 Millionen Deutsche sind angeblich ehrenamtlich tätig, da ist natürlich auch der Bursche mit drin, der im Squash-Center Klo putzt, um 2 Stunden kostenlos Squash spielen zu können. Es gibt in jeder größeren Stadt eine Freiwilligenagentur. Da sitzt meistens ein hauptamtlich Beschäftigter. Das ist irgendein lokaler Grüner, der endlich mal regelmäßig Geld verdient. Bundesweit gibt es eben einen Dachverband der Freiwilligenagenturen, dessen Geschäftsführer war bis vor kurzem Michael Kellner, der jetzt für die Grünen die unsäglichen Jamaika-Verhandlungen managt.

Im Vorstand sitzen nicht nur ganz oben die Vertreter der Sozialverbände, der Kirchen, der Kommunalen-, Länder- und Bundesebenen, sondern natürlich an noch exponierterer Stelle privater Banken und Unternehmensberatungsstellen. Das war jedenfalls, als ich das Buch geschrieben habe, aus dem Internet noch eindeutig zu ersehen. Heute haben die sich auch hinter wohltätigen Stiftungen versteckt. Wahrscheinlich aufgrund dessen, daß ich das mal so ein bißchen skandalisiert habe.

Das Ehrenamt ist eben unverzichtbar. Ich hab das hier mal etwas ausführlicher gesagt, weil ich weiß, daß viele von Ihnen in genau diesen Bereichen arbeiten und daß Sie mal sehen, wo der Grund für Ihre Schlaflosigkeit und Ihr Zähneknirschen und Ihre Magengeschwüre herkommt.

Die Außenpolitik wird auch privatisiert, sie werden es kaum glauben. Es gab dieses Papier von der German Marshall Fund of the United States und der Stiftung Wissenschaft und Politik: "Neue Macht und neue Verantwortung" von 2013, daß auch in der Anstalt schon mal skandalisiert wurde im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz.

Ein Aspekt ist da nicht beachtet worden: In diesem Gremium, was das Papier vorbereitet hat, saßen eben auch Ministerialbeamte aus dem Außenministerium und Politiker aus dem Außenministerium aber auch unser lieber Herr Stefan Liebich von der Linkspartei.

Dort heißt es in diesem Papier programmatisch im Originalton, ich hab jetzt nichts hier satirisch überzogen: "Außenministerien haben schon lange kein Monopol mehr über die Definition und Umsetzung der Außenpolitik. Sie werden sich entwickeln müssen zu Impulsgebern und Netzwerkmanagern, die Meinungs- und Entscheidungsprozesse organisieren."

Meine Damen und Herren, die von uns gewählten Außenpolitiker haben jetzt nicht mehr die

Aufgabe unseren Willen durchzusetzen, nicht einmal auf dem Papier, wenn das durchkommt, sondern sie müssen dann Entscheidungsprozesse moderieren. Das ist Governance an Runden Tischen von Konzernen, Banken usw. und Politiker sind auch ein Teil davon. Medienmacht, noch ganz kurzes Schlaglicht: Es gibt ja keinen einzigen Top-Journalisten in ganz Deutschland mehr, der seine Karriere nicht dem Transatlantischen Netzwerk verdankt.

Nur ein paar Namen: Theo Koll, Werner Sonne, Tom Buhrow, Gerd Ruge, auch dieser nette Herr Ulrich Wickert, dieser ganz nette Herr Thomas Roth, Ulrich Wilhelm, Rolf Clement, der mit der knarrenden Stimme beim Deutschlandfunk, Peter Frey, Elmar Theveßen, Michael Kolz, Matthias Naß und bei dem letzteren, der jetzt noch kommt, brauch ich dann mit Sicherheit nichts mehr zu erzählen: Claus Kleber, der wurde ja vorhin schon mal erwähnt. (Applaus) Finden Sie das gut? (lacht)

Ich komme jetzt zum Ende meines Vortrages und zwar noch mal kurz zu Europa. Europa, also diese EU meine ich jetzt (Europa ist etwas Großartiges), also die EU, diese europäische Krake namens Europäische Union ist ja nicht, wie behauptet wird, aus dem Wunsch der Völker entstanden, nach dem 1. Weltkrieg sofort zu einem großen Volk zu verschmelzen. Man hatte erst mal andere Probleme: sein Haus wieder aufzubauen, sich etwas zu essen zu holen etc.

Das wußte auch die US-Regierung, deswegen hat sie über den CIA eine Tarnorganisation aufmachen lassen, das American Committee for United Europe (Amerikanisches Komitee für ein Vereinigtes Europa), die dann Geld an scheinbare Massenorganisationen in Europa kanalisiert haben. Der Zweck war zunächst eine geostrategische Flurbereinigung der noch sehr schwächlichen westeuropäischen Staaten, daß die nicht den USA entgleiten und womöglich den Schmeicheleien der Sowjetunion verfallen.

Die Funktion hat sich mittlerweile geändert, die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Mittlerweile geht es darum, ohne demokratisches Mandat marktradikale Diktate auszudrücken von oben nach unten. Und die entscheidenden Dinge passieren auch nicht in der EU, sondern auch da sind die Macher hinter den Kulissen, die ich ihnen kurz vorstellen möchte:

Da gibt es zum Beispiel den Business Roundtable in den USA, ein aggressiver Verein von CEOs (Chief Executive Officers) - das sind die Konzernlenker, die über die Tagespolitik hinausdenken und gucken, wie sie ihren Megakonzern langfristig weltweit plazieren können.

Dieser Verein hat seit seiner Gründung 1972 jede vernünftige Maßnahme im Weißen Haus und im Kongreß zu Fall gebracht. Europäischerseits: Business Europe, der Dachverband europäischer Unternehmerverbände. Da sind BDI (Anmerkung: Bundesverband der Deutschen Industrie) und BDA (Anmerkung: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) deutscherseits dabei. Da sind 1.200 Mitarbeiter ständig beschäftigt, hauptamtlich bezahlt, Vorgaben dieser Verbände zu formulieren, zu lobbyieren und zu gucken, wenn sie dann Gesetzeskraft gewonnen haben.

Dann auch noch mal zu überprüfen, ob das korrigiert werden muß. Kann aber nicht so aggressiv auftreten, weil er sehr unterschiedliche Unternehmer vertritt. Und was beachtlich ist, meine Damen und Herren: TTIP, alle sprechen von TTIP. TTIP ist auf der Ebene der Unternehmerverbände bereits Realität.

Seit 2013 gibt es einen Dachverband nordamerikanischer und europäischer Unternehmerverbände. TTIP hat hier schon stattgefunden, er heißt Transatlantic Business Council. Der Andere ist Transatlantic Policy Network. Es gibt ja nebenbei noch, dümpelt ja noch ein Europaparlament im verschlafenen Straßburg im Elsaß vor sich hin. Das spricht schon mal Bände, daß die nicht auch in Brüssel sind. Die Legislative soll ja die Executive, also das Parlament soll ja die Regierung überprüfen. Wie sollen die das denn von Straßburg aus machen?

Dort im Europaparlament gibt es ebenfalls eine transatlantische Organisation, die ihre Kollegen dafür gewinnen sollen, sich dieser transatlantischen Linie anzuschließen. Da sind deutscherseits dabei: Elmar Brok von der CDU aus Gütersloh. Das liegt nahe, denn er ist einer der

heftigsten Lobbyisten von Bertelsmann. Dann natürlich unser lieber Freund Reinhard Bütikofer, dessen krauses, graues Haupthaar man neulich betrachten durfte bei den Jamaika-Verhandlungen. Dann haben wir noch Jo Leinen von der SPD.

Aber der wichtigste Vertreter, nach meiner Meinung und auch nach seiner eigenen Einschätzung, ist der European Round Table of Industrialists. Die haben auch eine Webseite, wo er sagt: Wir haben alle wichtigen Vorhaben der EU geschrieben und die wurden dann Eins zu Eins übernommen. Also da treffen sich jedes Jahr 50 handverlesene CEOs aus Europa, immer vier Mal im Jahr in dem Land, das immer gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Um ein Beispiel zu geben, wie es gelaufen ist oder wie es funktioniert:

Im März 2013 zitierte Frau Merkel den damaligen französischen Staatspräsident François Hollande und Herrn Barroso, den damaligen EU-Präsidenten ins Kanzleramt. Dort saßen bereits rein zufällig fünfzehn Herren vom European Round Table of Industrialists. Die hatten einen Wunschkatalog dabei, den sie dann diesen Herrschaften und Damschaften vorgetragen haben, und da entwickelte sich wie ein Pfingstwunder eine Working Group on Competitiveness von deutscher und französischer Regierung.

Also eine Arbeitsgruppe in Wettbewerbsfähigkeit. Ich dachte eigentlich, daß Länder sich solidarisch gegenseitig helfen. Die Ideologie der Marktradikalen geht aber dahin, daß jedes Land das andere kaputt konkurriert. Das sieht man jetzt auch wie Deutschland die südeuropäischen Staaten, bis ihnen nur noch die Augen zum Weinen bleiben, niederdrückt. Diese Competitiveness und das Regierungspapier, was da entstanden ist, das war damals noch im Internet. Jetzt hat man das entfernt, nach Veröffentlichung meines Buches.

Das (Anmerkung: Regierungspapier) fordert: "Die Europäische Union soll davon absehen, neue Gesetzesvorschläge einzubringen, die für Investitionen schädlich sind. Die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben muß zu jeder Zeit strenger Überprüfung unterliegen. Das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen muß dem Wettbewerb durch Initiativen und Vorschlägen aus dem Privatsektor ausgesetzt werden. Es muß ein erstrangiges Ziel werden, öffentliche Ausgaben in Frankreich und Deutschland zu verringern."

Ganz einfach mal so, warum wird nicht begründet. "Öffentliche Ausgaben und öffentliche Regulierungen müssen solche Investitionen bevorzugen, die Wachstum erzeugen." Egal, wachst dich zu Tode. "Erweiterung der öffentlich-privaten Partnerschaften kann die Effizienz im Bereich der Verkehrsplanung beträchtlich erweitern." Und jetzt denken Sie mal daran, was gerade mit den Autobahnen in Deutschland so angedacht wird: die Privatisierung. Und was da gerade gesetzlich durchgezogen wurde. Über TTIP müssen wir jetzt im Moment nicht so deutlich sprechen, weil:

Der German Marshall Fund of the United States ist ja aus der Deckung gegangen und hat in einem öffentlich annoncierten Artikel in der "ZEIT" und anderen transatlantischen Kampfblättern geschrieben:

Wir müssen leider alle unsere Vorhaben für 4 Jahre auf Eis legen. Zumindest solange wie der Trump regiert, können wir das jetzt nicht durchziehen. Halte durch, wir machen dann weiter. Wir haben jetzt mal eine kleine Pause, in der wir uns darüber Gedanken machen können, was wir dem jetzt entgegen setzen, diesem transatlantischen Druck.

Zum einen möchte ich daran erinnern, und ich möchte, daß Sie das alle auch mit nach Hause nehmen und überall sagen, wir müssen unser Erbe in Ehren halten. Unsere Altvorderen haben sich abgeschuftet unter widrigsten Bedingungen damit es uns einmal besser geht. Aber nicht dafür, daß wir dieses Vermögen an den Roulette-Tischen der Börsen verjuxen. (Beifall der Zuhörer)

Wir müssen öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Wirtschaft und staatliche Wirtschaft in Ehren halten. Sparkassen zum Beispiel, ja, Sparkassen sind wichtig, um Geld, was in der Region erzeugt worden ist, in der Region zu halten und den Menschen wieder zugute zu kommen zu lassen und nicht das irgendwo verjuxen zu lassen, in irgendeinem Staudamm-

Projekt von Brasilien.

Und Landesbanken haben auch eine Funktion. Das ist sozusagen ein Schutzwall gegen die feindliche Übernahme von ganzen Regionen durch Globalkonzerne. Und da wird jeden Tag gefeiert: Ah, jetzt haben wir wieder die Landesbank abgeschossen und die Landesbank wird jetzt privatisiert.

Wehren Sie sich mit allen Kräften dagegen, allein im Namen ihrer Vorfahren, die sich abgeschuftet haben. All diese wunderbaren Sachen: Arbeiterbewegung und Bildungsbürgertum gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das war eine wunderbare Leistung.

Das kann man verbinden, wir haben gute Chancen, man kann das verbinden mit weltweiten Bewegungen. Schon jetzt arbeiten Achthundert Millionen Menschen auf dieser Erde in Genossenschaften, haben sich aus dem Hamsterrad des Marktradikalismus befreit. Damit müssen wir uns kurzschließen.

Und schließlich noch, tut sich auch was, wo ich dachte, ob ich das noch erleben darf. Ja, ich darf es erleben. Es ist wohl eine Götterdämmerung dieses Systems jetzt in Sicht. Nämlich, China und Rußland reichen uns die Hände und sagen, wir können zusammen ein schönes, wohlhabendes Eurasien aufbauen.

Das Seidenstraßen-Projekt ist sehr wichtig und es wird, muß ich Ihnen sagen, intern schon längst in den Banken und so weiter, abgesprochen. Nicht daß wir schon wieder draußen stehen und aus dem Besitz der US-Amerikaner gleich in den Besitz der Chinesen übergehen, sondern wir müssen uns kreativ einbringen.

Wir müssen sagen, was wir dabei haben möchten bei dem Deal. Dazu müssen wir aufgeklärt sein und wissen, worum es geht. Ich wünsche mir, daß wir alle nicht länger aus der Froschperspektive gucken, sondern jeder von uns ist jetzt ein Staatsmann und überlegt, wie kann man weltweit das Ganze voranbringen. Es gibt Zukunft und Hoffnung und in diesem Sinne, vielen Dank meine Damen und Herren. (Beifall) ...

Interview und Vortrag mit Hermann Ploppa vom 17.11.2017 in Bautzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pen-

tagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher.

Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag."

Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage be-

legt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 18 berichtete am 31. Juli 2018: >>**Der souveräne Staat ist unverzichtbar - besonders in einer globalisierten Wirtschaft**

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Mit dem Begriff "Nationalstaat" tun sich manche Zeitgenossen schwer: Das Festhalten am eigenen Staat in einer "globalisierten", entgrenzten Welt wird heute zuweilen mit Engstirnigkeit, Abschottung nach außen bis hin zur Ablehnung anderer Nationen und Kulturen verknüpft. Eine solche negative Besetzung des Begriffs wird jedoch der tatsächlichen Bedeutung des Nationalstaates in keiner Weise gerecht. Wir können ihn übrigens auch "souveräner Staat" nennen, dann wird die Abneigung gewisser Kreise dagegen klarer durchschaubar.

Einem Kleinstaat wie der Schweiz zum Beispiel, dessen Bevölkerung mit starken direkt-demokratischen Instrumenten an der Souveränität, der größtmöglichen außenpolitischen Unabhängigkeit und der optimalen Freiheit der Bürger festhält, können Großmächte wie die USA und die EU nur schwer ihre Machtpolitik beziehungsweise die Interessenpolitik ihrer Konzerne aufzwingen.

Peinlich wird es, wenn Schweizer Politiker, Rechtsprofessoren, Diplomaten und Think tanks die Souveränität des eigenen Landes in einer "globalisierten Welt" für obsolet erklären, also den Ast, auf dem auch sie komfortabel sitzen, absägen wollen.

Um so erfreulicher ist es, daß vermehrt auch andere Stimmen zu hören sind, die dem souveränen Nationalstaat gerade in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zumessen, so der Schweizer Sozialwissenschaftler und Publizist Beat Kappeler und der Harvard-Ökonomiprofessor Dani Rodrik im *Schweizer Monat* vom März 2018, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehr ähnlichen Resultaten kommen.

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaat überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch. Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt." (Beat Kappeler)

"Die Freiheit und der Fortschritt hängen an der Ordnung des Nationalstaats"

Beat Kappeler definiert den Staat als "Regelbindung einer Einwohnerschaft durch Geschichte und Willen, auf umgrenztem Territorium". Dies entspricht den drei klassischen Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt als Voraussetzungen des Staates: Eine Bevölkerung, die auf einem Territorium mit festen Grenzen lebt und sich - im Falle der Schweiz jedenfalls - "durch Geschichte und Willen" (oder einen "Gesellschaftsvertrag", wie Jean-Jacques Rousseau es nannte) einer Staatsgewalt unterstellt, deren oberste Kontrolle im demokratischen Staat das Volk selbst, der Souverän ausübt.

Die Notwendigkeit des Nationalstaates erklärt Kappeler so: "Der Nationalstaat ist Garant der Grundrechte, der Durchsetzung vor Gerichten, der Rechtssetzung sowie der Renten, der Organisation des Territoriums, der Sozialpolitik, der Bildung, der Infrastrukturen und deren Versorgung und Entsorgung."

Vordringlichste Aufgabe des Staates ist demnach der Schutz der rechtlichen und sozialen Sicherheit seiner Bevölkerung - und nicht etwa der Interessen ausländischer Mächte und Konzerne. Der souveräne Rechtsstaat entscheidet im weiteren selbst, welche Verträge er mit anderen Staaten abschließen will: "Er (der Nationalstaat) leistet, was keine übernationale Organisation zu leisten vermag. Übernationaler Regelungen bedarf es nur dann, wenn der eine souveräne Staat auf andere Nationen einwirkt."

Warum der Kleinstaat Schweiz einem Großgebilde wie der EU überlegen ist

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Klein-

staaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch.

Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt. Zu einem gedeihlichen Zusammenleben gehört nach Kappeler auch die "Solidarität" der Bürger, womit nicht eine "wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung" gemeint sein darf, sondern, daß "jeder nach seinen Kräften beizutragen hat, und nicht, daß einige nur beziehen, andere nur bezahlen".

Auch das so verstandene Solidaritätsprinzip funktioniert im kleinräumigen Gemeinwesen, insbesondere in den Gemeinden, weit gerechter und kontrollierter als beim Verteilen mit der großen Kelle aus Milliarden-Fonds in Brüssel. Aber auch in der Schweiz muß zum Beispiel die Berechtigung zum Bezug sozialer Leistungen wie Invalidenrenten oder Arbeitslosengelder zunehmend strenger kontrolliert werden, um Mißbräuche auf Kosten der Steuer- und Versicherungsprämienzahler möglichst zu verhindern. In einem zentralistischen Großstaat oder einem bürokratischen Koloß wie der EU ist dies kaum möglich.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fortschritt hängt eng mit dem Nationalstaat zusammen

Besonders erfreulich ist die klare Stellungnahme von Dani Rodrik in derselben Ausgabe des *Schweizer Monat* - für einen Ökonomieprofessor an der Harvard University und der London School of Economics and Political Science keine Selbstverständlichkeit. Er vertritt die überzeugende Meinung, daß der Nationalstaat gerade in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftswelt unverzichtbar ist. Er werde zwar "innerhalb der Intelligenzija ... mehrheitlich als untauglich abgetan - moralisch irrelevant, ja reaktionär -, den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu begegnen".

Dies ist für Dani Rodrik ein fataler Fehler: "Eine solide begründete Verteidigung des Nationalstaates würde mit der Annahme beginnen, daß Märkte Regeln brauchen. ... Alles, was über einen einfachen Austausch zwischen Nachbarn hinausgeht, braucht Investitionen in Transport, Kommunikation und Logistik, braucht Durchsetzung von Verträgen, Bereitstellung von Informationen und Vorkehrungen gegen Betrug, braucht ein stabiles und verlässliches Tauschmittel, braucht Arrangements für eine sozialkonforme Verteilung der Erträge und vieles mehr."

Märkte benötigen nach Rodrik auch Institutionen, welche "kritische Funktionen hinsichtlich Regulierung, Umverteilung, monetärer und fiskaler Stabilität und Konfliktregelung erfüllen. Diese Aufgaben wurden bislang im wesentlichen von Nationalstaaten getragen".

Wenn diese Anforderungen durch die einzelnen souveränen Staaten nicht erfüllt werden oder nicht durchgesetzt werden können, kann dies, wie wir wissen, schreckliche Folgen für die Bevölkerung haben, und lokale Unternehmen können nicht überleben, weil es nicht möglich ist, ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaften.

"Wo Nationalstaaten scheitern, sind wirtschaftliche Einbrüche und Bürgerkriege die Folge"

Wenn wir diesen Gedanken Rodriks weiterspinnen, heißt das umgekehrt: Großmächte, die vorsätzlich gut funktionierende Staatswesen mit Kriegen und Chaos überziehen, haben nicht einen prosperierenden internationalen Handel von gleich zu gleich zum Ziel, sondern verfolgen andere Interessen (Rüstungs- und Drogenhandel, Zugang zu begehrten Ressourcen, Land grabbing usw.).

Auf dem Territorium von Staaten, deren Regierungen, Parlamente und Gerichte durch paramilitärische Banden und Warlords geschwächt sind und ihr Recht nicht durchsetzen können, besteht viel Raum für ausländische Mächte und Konzerne, um sich im Widerspruch zu Landes- und Völkerrecht und in Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte selbst zu bedienen. Wirtschaftliche Unternehmen dagegen, die von Land zu Land und von Kontinent zu

Kontinent ehrlichen Handel betreiben wollen, sind auf starke Rechtsstaaten angewiesen.

"Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse. Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." (Dani Rodrik)

Vorteile einer uneinigen Weltgemeinschaft

Professor Dani Rodrik weist darauf hin, daß die einzelnen Nationalstaaten nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte und des Handels verschieden angehen, sondern auch die Herstellung wichtiger sozialer Kompromisse: "Die Welt ist sich nicht einig, wie Gleichheit und Chancen gegen einander abzuwägen sind, Volksgesundheit und Umweltrisiken gegen technologische Neuerung, Stabilität gegen Dynamik, Profite gegen gesellschaftliche und kulturelle Werte." Eine uneinige Weltgemeinschaft "ermöglicht Experimente und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen institutionellen Konzepten sowie gegenseitiges Lernen".

Hier denkt der Leser unwillkürlich an die grundlegenden Unterschiede zwischen dem direkt-demokratischen, föderalistischen Kleinstaat Schweiz und der zentralistisch geregelten und autoritär geführten EU. Im Wettbewerb der institutionellen Konzepte schneidet die Schweiz praktisch auf jedem Gebiet besser ab, zum Beispiel bei der Staatsverschuldung oder den Arbeitslosenquoten und ganz besonders in bezug auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund ihrer starken Mitentscheidungsrechte.

Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse

Schließlich kritisiert Rodrik die Kreise, welche Kritik an internationalen Handelsabkommen damit abtun, die Kritiker seien zu wenig weltoffen, um sich einer offenen Diskussion zu stellen: "Sich (aber) hinter Weltoffenheit zu verschanzen, ist nur ein schwacher Ersatz dafür, politische Debatten auf der Sachebene für sich zu entscheiden." Sein Fazit: "Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse.

Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." ...

Verbundenheit mit dem eigenen Land

Der souveräne Staat - besonders in der direkten Demokratie - lebt durch die aktive Beteiligung von uns Bürgern. Unsere Jugend an diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe heranzuführen, ist Sache von uns Erwachsenen, den Eltern und Lehrern. ...

Gleichberechtigte souveräne Staaten als Grundlage für eine friedliche Welt

Die größte, ja, für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe der souveränen Staaten ist ihr Beitrag zum Frieden in der Welt. Jeder Staat ist durch die Uno-Charta dazu verpflichtet, auch gegen außen Ordnung zu halten, sich gegen Übergriffe anderer Staaten zu verteidigen, Angriffe gegen diese zu unterlassen und sich auch nicht ungebeten in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Auftrag der Uno ist es, alle notwendigen und möglichen Schritte zur Erhaltung des Friedens einzuleiten und zu begleiten. Dazu wäre allerdings die in der Charta festgelegte Behandlung aller souveränen Staaten als gleichberechtigte Glieder der Weltgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzung.

Dem steht heute der fundamentale Fehler im System der Vereinten Nationen im Wege: die Sonderstellung der fünf Vetostaaten. Die Großmächte China, Frankreich, Großbritannien,

Rußland und die USA können mit diesem Instrument zum einen völkerrechtswidrige Angriffskriege absegnen und zum anderen die Verurteilung von ihnen nahestehenden Aggressorstaaten verhindern, weil das Uno-System ihnen keine Verpflichtung zur Stimmenthaltung auferlegt.

Nur eine fundamentale Revision des Uno-Systems kann diese stoßende Ungleichbehandlung der Staaten beheben. Zur Förderung des Friedens und damit zum Wohle aller Völker muß eine gerechtere Weltordnung angedacht und überall diskutiert werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 8. Oktober 2018 (x954/...): >>**Die Scheindemokratie.**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"

von Rainer Mausfeld ...

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.

Mit dieser orwellischen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam ma-

nipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.

Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. ...

Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.

Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern.



Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte. Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten?

Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch

die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.

Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.

Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.

Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.

Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.

In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu

wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.

Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.

Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.

Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitendemokratien.

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 13. Oktober 2018 folgender Bericht über Strategien zur gesellschaftlichen Erneuerung (x1.014/...): >>**Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 3)**

... Die gewaltlose Massenbewegung und die politische Machtfrage

Von Heinz Kruse und Gunther Sosna

Die Parteienbürokratie hat erhebliche Legitimationsdefizite. Sie ist in zentralen Fragen der Gestaltung einer modernen Gesellschaft praktisch handlungsunfähig, was sich in Krisen und einem Verlust der Zukunftsfähigkeit äußert.

Im Angesicht von Militarismus, Umweltzerstörung und sozialer Erosion stehen die Menschen in Deutschland vor einer grundsätzlichen Entscheidung: Entweder sie lassen die Politik und das enthemmte Finanzkapital weiterhin gewähren, dann ist eine dunkle Zukunft zu erwarten, die im Zusammenbruch der Zivilisation enden kann, oder sie nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände und bauen sich auf der Grundlage der Selbstbestimmung eine menschliche, soziale, ökologisch verantwortliche und freie Gesellschaft auf.

Eine politische Strategie zur gesellschaftlichen Erneuerung

Eine notwendige demokratische Erneuerung stößt auf Hemmnisse, die in den Strukturen aus Parteienfilz und Bürokratie stecken und vor allem in den verdeckten Interessen des Finanzkapitals. Einzelaktionen, Petitionen, Demonstrationen, empörte Proteste und selbst konstruktive Kritik prallen an diesen Strukturen ab und machen sie letztlich sogar stärker, weil das Erlebnis des permanenten Scheiterns in der breiten Bevölkerung das Gefühl von Zerrissenheit und Ausweglosigkeit befördert.

Ein Umstand, der den herrschenden Parteien ins Kalkül paßt. Ihre Gleichförmigkeit wird kaum noch wahrgenommen, die Diskussionen und Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, werden gegenüber der Öffentlichkeit auf unerhebliche Meinungsäußerungen, Hörensagen und verbale Entgleisungen des "Spitzenpersonals" verkürzt. Geschwommen wird im Flachwasser der politischen Beliebigkeit. Koalitionen werden gewechselt wie ein dreckiges Hemd. Die Fahrtrichtung ändert sich dadurch nicht.

Auswege aus der Demokratiekrise können nur durch eine handlungsfähige Zivilgesellschaft gefunden und erarbeitet werden. Vorausgesetzt, dieser gelingt es, durch Kontinuität Strukturen aufzubauen. Die Zivilgesellschaft muß sich im Sinne politischer Emanzipation positionieren. Erst durch die "Abnabelung vom Alten" entsteht Raum für ein völlig neues Verständnis von Demokratie und Gesellschaft.

Die Grundlage bildet das Recht auf Selbstbestimmung. Aber die Zivilgesellschaft ist zersplittert, in Abertausende von Gruppierungen segmentiert und daher politisch passiv. Diese Trümmerteilchen können keine politische Macht abbilden. Deshalb ist es unstrittig erforderlich, daß sich die vereinzelt Teile und Initiativen - unabhängig von ihrer thematischen Ausrichtung - auf wenige gemeinsame übergeordnete Ziele verständigen und sich zu einer Einheit formieren.

Diese Einheit wird keine neue Partei oder Organisation sein, sondern eine Bürgerbewegung, die durch gemeinsame Ideen und vor allem durch gemeinsames Handeln zusammengehalten wird. Für diese neue zivilgesellschaftliche Kooperationsform bilden lokale und vor allem regionale Plattformen, wie sie zum Beispiel durch Regionalkonferenzen abgebildet werden können, die Orte der verbindenden Kommunikation sowie zur Abstimmung von Handlungsprogrammen.

Denn es gilt, wirksame Aktionen einzuleiten, um politische Positionen nicht nur zu besetzen und zu formulieren, sondern gegen die handlungsunfähige Parteipolitik durchzusetzen, die ihre seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland angehäuften Pfründe gegen die Interessen der Bevölkerung verteidigt.

Aus dem Menschenrecht auf personale Souveränität leitet sich das Recht auf eine Verfassung ab, die sich die Bevölkerung in Deutschland selbst geben kann. Auf der Basis einer Verfassung vom Volk können gemeinsam die Grundlagen einer zukunfts offenen Gesellschaft geschaffen werden: Die politische Kraft der Menschen, die geprägt ist durch Vielfalt, Kreativität und die getragen wird von dem Wissen, daß die Demokratie jedem Einzelnen gehört.

Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Position

Politik und Medien behaupten, daß die herrschende Demokratie aus Parteien und freien Wahlen besteht, flankiert durch zahllose Meinungsumfragen und eine angeblich freie Presse. Diese Melange würde demnach völlig ausreichend sein, um Demokratie abzubilden. Diese Sicht ist nicht nur eine unerträgliche Verkürzung der Realitäten, sondern der gezielte Versuch, den Diebstahl der personellen Souveränität zu verschleiern.

Konsequent wird unterschlagen, daß die Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen - also die personale Souveränität - die Grundlage einer jeden demokratischen Regierungsform ist. Selbstbestimmung ist nicht nur ein Grundrecht, das vor anderen Rechten steht, sondern auch Grundvoraussetzung von Meinungs- und Entscheidungsfreiheit.

Im praktischen Vollzug stellt sich die Selbstbestimmung als notwendige und unverzichtbare Korrektur politischen Handelns dar. Politische Entartungen, die zumeist in totalitären Formen enden, so wie es tendenziell bereits in den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern der Europäischen Union zu beobachten ist, haben ihre letzte Ursache im Fehlen und/oder der Nichtbeachtung dieses Grundrechtes.

Alle Menschen in Deutschland, die in ihrer Vielfalt und Gesamtheit "das echte Wir" der Bevölkerung abbilden, haben das Recht, sich eine Verfassung nach eigenem Willen zu geben. Es ist sogar eine zwingende Notwendigkeit, da der Eintritt in eine durch digitalen Fortschritt geprägte und von Katastrophen bedrohte neue Welt die Einbindung ausnahmslos aller Individuen in die politischen Entscheidungen auf allen Handlungsebenen erfordert.

Die handelnde Position hat in der Demokratie grundsätzlich der Souverän einzunehmen. Aber dieser Souverän, entmündigt durch eine Feudalherrschaft der Parteien, muß sein Recht beanspruchen und einfordern. Mit einem öffentlich gestellten Macht- und Legitimationsanspruch muß der Souverän seinem Recht auf politische Gestaltung Geltung verschaffen. Denn darauf,

auf die Gestaltung der Gesellschaft, kommt es in der Demokratie an: Wie wollen wir leben? Diese Frage ist zentral.

Presseberichte, Kommentare in den Medien und Meinungsumfragen sind lediglich zweitrangig. Es geht im Kern ausschließlich darum, wer die Macht in Händen hält: der Souverän oder ein elitäres Parteienkonstrukt.

Aufhebung der Isolation und Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich klarmachen, daß der einzelne Mensch lediglich Wachs in den Händen der Mächtigen ist. Wirkmächtig werden die Einzelnen dann, wenn sie sich zusammenschließen und zu einer Gemeinschaft vereinigen: Aus gemeinsamem Handeln entsteht soziale Macht.

Soziale Macht muß sichtbar sein. Sie benötigt Strukturen, die als zivilgesellschaftliche Institution erkennbar sind und sie benötigt formale öffentliche Positionen der Zivilgesellschaft. Eine formale Position nehmen Menschen ein, wenn sie sich gemeinschaftlich als Zivilgesellschaft öffentlich positionieren und eine Meinung zum Ausdruck bringen, die erkennbar nicht Einzelmeinung, sondern Meinung einer sichtbaren Gemeinschaft ist.

Die bisher offene Frage ist zu beantworten, wie die Menschen eine gemeinschaftliche Position erreichen können. Durch neue zentralistische Organisationen, wie sie schon x-fach durch Parteien oder Nichtregierungsorganisationen abgebildet werden, ist dies nicht möglich. Der Weg führt über die sich selbst organisierende Massenbewegung:

Die Menschen sollen und müssen ihre Vielfalt erhalten und damit die notwendige Breite einer echten Bewegung - mit all ihrem Wissen und ihrer Kreativität. Denn die Stärke der Zivilgesellschaft liegt in ihrer Dezentralität und damit in ihrer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Beides ist für eine neue Politik und für den Eintritt in die kommende Wissensgesellschaft unerlässlich.

Der Plattform-Gedanke, der die digitalisierte Wirtschaftswelt immer deutlicher prägt, ist als Lösungsform für das Politische zielführend. "Wir" wollen eine dezentrale beziehungsweise regionale Organisation der Zivilgesellschaft. Dieser basisdemokratische Ansatz soll den traditionellen Ansatz der Regionalisierung mit der Digitalisierung verbinden. Die klassische Form des dezentralen Widerstandes soll mit den digitalen Möglichkeiten der Vernetzung und der Kampagnenführung verbunden werden.

Die Idee einer Massenbewegung geht von dezentral agierenden Gruppen aus, die durch Absprachen, gemeinsame Zielsetzungen und koordiniertes und gebündeltes Handeln miteinander verbunden sind. Sie bilden - trotz fachlicher und sachlicher Unterschiede - eine gemeinschaftliche Gruppe, eine Bewegung.

Die Form dieser Verbindungen läßt sich in Deutschland durch Regionalkonferenzen der Zivilgesellschaft darstellen. Sie sind die Plattformen für die Bildung politischer Alternativen, seien sie fachlicher Art - wie zum Beispiel im Umweltschutz oder der Sozialpolitik - oder seien sie politischer Natur - wie beispielsweise in einer digitalen direkten Demokratie.

Regionalkonferenzen - Moderne Plattformen und Institutionen der Zivilgesellschaft

Regionalkonferenzen sind eine politische Plattform für die Bürgerinnen und Bürger eines definierten Raumes. Sie sind flächendeckend umsetzbar und im Selbstverständnis Einrichtungen der Zivilgesellschaft: regional gegliedert, formal vergleichbar und eigenständig gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden.

Regionalkonferenzen können in einer künftigen Bürgerdemokratie die offiziellen Vertretungen der Zivilgesellschaft sein und gegenüber politischen Entscheidungsgremien eine mitwirkende und kontrollierende Funktion einnehmen. Sie ersetzen keine unmittelbaren Volksabstimmungen, sind aber an die Ergebnisse von Volksabstimmungen gebunden, soweit sie davon betroffen sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer abgehoben agierenden Parteienherrschaft sind Regionalkonferenzen als Vorgriff auf die künftige Selbstorganisation der Zivilgesellschaft zu

verstehen und einzurichten. Deshalb sind sie von Anfang an gebunden an demokratische Formen bei der Themenauswahl, der Meinungsbildung und der politischen Entscheidung. Im Hinblick auf politische Reformen fungieren Regionalkonferenzen als dezentrale Plattformen, die nach innen in die Region wirken und nach außen mit anderen Regionen kommunizieren und kooperieren.

Sie sollen:

- die Meinungsbildung zu Sachfragen und politischen Themen befördern,
- aus politischer Sachkenntnis und Erfahrung Positionen formulieren,
- diese Positionen veröffentlichen und durch Meinungsbefragungen und demokratisch organisierte Entscheidungsverfahren als Bürgerposition in den öffentlichen Raum stellen und damit eine von den gelenkten Medien unabhängige und unverwechselbare Position begründen und verbreiten.

Sie sollen zudem:

- Reformansätze politisch stärken und Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und aktiven Personen schaffen und zur Formierung einer neuen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Bewegung führen
- Zu neuen Verbindungen anregen,
- Zukunftslösungen und politische Positionen vertreten und erarbeiten und Grundlagen für eine zukunftsorientierte Bürgerdemokratie schaffen.

Schon in der Startphase einer politisch handlungsfähigen Zivilgesellschaft wird strategischen Aspekten einer zukunftsorientierten Bürgerdemokratie entsprochen. Von Anfang an wird die traditionelle Konferenzform mit Beratungen und Entscheidungen und mit neuen Formen einer digitalen Demokratie ausgestattet.

Diese Formen sollen über reine Abstimmungsfragen, die sich traditionellen Ja-Nein-Entscheidungsmustern bedienen, deutlich hinausgehen, um eine digitale Mitwirkung bei der Themensstellung und den Entscheidungsverfahren sicherzustellen.

Die nötigen Werkzeuge liegen wortwörtlich auf der "virtuellen Straße", wie das Beispiel der Democracy App zeigt. Auf dieser Plattform kann nicht nur eine Debatte über politische Themen stattfinden, in die sich jeder mit Pro- und Contra-Argumenten einbringen kann, sondern, sofern die technische Umsetzung fortschreitet, sollen Anträge bis zur Abstimmung gebracht werden können.

Zusätzlich soll durch die Öffentlichkeit der Sitzungen und Beratungen und durch offene Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten die Transparenz der formell protokollierten Beschlüsse sichergestellt werden. Es gilt: ein Mensch, eine Stimme. Nur Menschen zählen. Verbände, Vereine, Firmen und Interessensorganisationen können bei Beratungen angehört werden. Sie haben weder Sitz noch Stimme in den Regionalkonferenzen.

In weiteren Stufen sind Wahlen erforderlich, die durch neue Verfahren der direkten Teilnahme zu ergänzen sind. Eine hohe fachliche Qualifikation der Beratungen und Entscheidungen soll durch die themengebundene Entsendung von fachlich qualifizierten Bürgerinnen und Bürgern erfolgen.

Damit keine Verfälschungen auftreten, so wie es in den existierenden hierarchischen Organisationsstrukturen der Parteien praktisch unvermeidlich ist, müssen diese "Delegierten" nicht nur transparent handeln, sondern durch die Basis auch jederzeit abrufbar sein.

Regionalkonferenzen sind - neben ihren politisch weiterführenden Aufgaben - als Kern einer Bürgerdemokratie wichtig, um der politischen Auseinandersetzung eine qualifizierte neue Basis zu verschaffen. In der gegenwärtigen Phase der politischen Auseinandersetzungen haben sie insofern auch eine wichtige strategische Funktion. Die Verbindung von Regionalkonferenzen mit den Ansätzen digitaler Meinungsbildung und damit digitaler Demokratie eröffnet in strategischer Perspektive völlig neue Dimensionen von Demokratieentwicklung und Gemeinschaftsbildung.

Strategische Bedeutung haben ferner:

Die Formulierung eines Selbstbestimmungsanspruches, bei dem automatisch die Legitimation der Parteien in Frage gestellt wird, es wäre der erste wirkungsvolle Kontrapunkt zur Parteienherrschaft.

Die Verknüpfung politischer Positionen mit der Erfahrungswelt der Menschen.

Ein Teilschritt zur Erlangung der Diskurshoheit und dadurch die Möglichkeit der Thematisierung politischer Problemstellungen, die sich aus der Lebenswirklichkeit der Menschen ergeben und deren Antworten evident und plausibel sind.

Ein Ansatz, um der medialen Zerstörung von Realitäten entgegenzuwirken und eine neue Form von Öffentlichkeit zu schaffen.

Das Erreichen der Diskurshoheit in wichtigen Lebensfragen und das Führen des praktischen Beweises, daß politische Fragen dezentral und lösungsorientiert von der Zivilgesellschaft aufgeworfen, diskutiert und angegangen werden können.

Die Möglichkeit neuer Politik- und Lebensformen wird wahrnehmbar.

Regionalkonferenzen sind außerdem geeignet, taktische Vorteile in der politischen Auseinandersetzung zu erreichen:

Alternativen Medien werden Inhalte für eine lebensnahe Berichterstattung gegeben. Sie werden lebendiger und nachhaltiger in der medialen Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dies stärkt den Zusammenhalt, weil gezeigt wird, daß Stärke aus Kooperation und nicht aus Konkurrenz erwächst.

Die Menschen können gemeinsam die Themen setzen, die für sie von Bedeutung sind. Die thematische Führung liegt also in den Händen der Zivilgesellschaft.

Die politische Auseinandersetzung erfolgt dezentral. Der unmittelbare Selbstbezug aller Menschen der Gesellschaft überwindet den Schwachpunkt der ehemaligen Volksparteien, sie nicht angemessen wahrzunehmen und/oder zu repräsentieren.

Die zerstörerische Wirkung bisweilen gelenkter Nichtregierungsorganisationen durch Themensteuerung und Verhinderung von Einigkeit wird eingeschränkt, indem ihnen diese Themenhoheit streitig gemacht oder ganz entzogen wird.

Die Regionen, die mit Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen beginnen, bilden die strategischen und taktischen Kerne einer wissensorientierten Bewegung. Sie setzt im ersten Schritt nicht auf Masse, sondern geht von politischen Handlungszentren aus, die im Sinne von Wissens- und Aktivierungszentren soziale Kristallisationskerne für einen politisch-sozialen Neubeginn sind.

Selbstbestimmung und Selbststeuerung

Die Installation und erfolgreiche Umsetzung von Regionalkonferenzen als politisches Instrument der Zivilgesellschaft setzt auf den Gedanken sozialer Selbststeuerung. Jeder neue Zentralismus birgt die Gefahr dogmatischer Einseitigkeit. Doch die Lösung von Zukunftsaufgaben und die künftige Gestaltung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aufgaben gehört in die Hand der Menschen. Die neue Gesellschaft wird damit aus einer menschlichen Perspektive gestaltet.

Ausgedient haben ideologische Vorgaben, wie die der Unterordnung von Mensch und Natur unter ökonomische Gesetze. Damit wird die Zukunft weder den Parteien und Organisationen überlassen noch entsteht ein neuer Personenkult. Denn das neue Verständnis von Politik mißt sich an fachlichen Aufgaben.

Abgelöst wird somit jede Form der personellen Überhöhung - wie es bei Ex-Kanzlern, Fast-Kanzlern oder sogenannten Spitzenpolitikern erlebt wurde und wird, deren Bedeutung sich in der Hauptsache eben nicht aus fachlicher Kenntnis und Fähigkeit speist, sondern aus medialer Präsenz.

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind Menschen und ihre Umwelt das Maß aller Dinge. Deshalb sind sie selbst die Lösung und nicht das entmenschlichte Finanzkapital oder ähnlich

geartete lebensferne Interessen! Und deshalb ist auch vom Selbstbestimmungsrecht einer jeden Person auszugehen, der personalen Souveränität, die sich in der Kooperation entfaltet. Beginnend bei der Grundidee der dezentralen Selbstverantwortung erscheint die Bildung möglichst überschaubarer Gruppen ("Hives", Bienenstöcke), die durch Absprachen, wechselseitige Beteiligung und regelmäßige Information miteinander verbunden sind, logisch.

Die Organisation in einer Wabenstruktur, in der die einzelnen Teile selbstständig und selbstorganisatorisch aktiv, dabei aber durch gemeinsame Ziele und Aktionen miteinander verbunden sind, verspricht Stabilität in der Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Flexibilität, die sich an regionalen Bedürfnissen orientiert. Dies bedeutet auch, daß der Erfolg einer so aufgebauten Bewegung weder von einzelnen Organisationen noch von Personen abhängig ist: Es gilt das Prinzip der Austauschbarkeit.

Im Ergebnis sind die Regionalkonferenzen einerseits eine Plattform für die notwendige Auseinandersetzung mit der Parteienbürokratie und den Systemmedien. Sie sind andererseits aber auch der konstruktive Einstieg in neue Politikmuster und -verfahren, die das Zentrum und die Basis einer zukunftsorientierten zivilgesellschaftlichen Demokratie bilden. Dabei folgt das System ausdrücklich keiner politischen Ideologie.

Durch die offene Verknüpfung von Personen und Gruppen entsteht auf regionaler und überregionaler Ebene ein flexibles, wissensbasiertes System der politischen Erneuerung - aufgebaut auf einem Fundament aus Freiheit und Selbstbestimmung. Seine Attraktivität erhält es deshalb nicht durch Zuordnung zu bestehenden oder überholten Parteien und Politikmustern (LINKS oder RECHTS) oder sonstigen politischen Uniformitäten, sondern durch eine offene Kultur des ökologisch-sozialen Fortschritts. Diese Offenheit ist von Anfang an mit einer Bürgerinnen- und Bürgerpolitik jenseits klassischer Partei- und Differenzierungsmuster zu praktizieren.

Zivilgesellschaft und Regionalkonferenzen als Kraft und Werkstatt für politische Reformen

Regionale Konferenzen sind eine Plattform für die Entwicklung und Durchsetzung strategischer Ziele. Sie werden perspektivisch als Institution der Zivilgesellschaft eingerichtet und sie erfüllen die Funktion als demokratische Form der Beratung und Entscheidung in einer künftigen Bürgerdemokratie. Sie dienen dem zentralen Zweck der Erfüllung des grundlegenden Menschenrechtes auf Selbstbestimmung.

Regionalkonferenzen sind aber auch das Instrument, um im Hinblick auf die Herausforderungen einer neuen Welt als dezentrale Orte der politischen Entscheidungsfindung so weit wie möglich moderner Selbstbestimmung zu entsprechen. Sie haben also auch eine der digitalisierten Wissensgesellschaft entsprechende Werkstattfunktion.

Im Hinblick auf die überragende Bedeutung für Wissen, Wissenssysteme und Wissenstransfer binden sie das Wissen der Bevölkerung, ihre Erfahrungen, Wünsche und Ideen in Beratungen und Entscheidungen der Politik ein.

Es ist sinnvoll, die Zeit des angebrochenen politischen Umbruchs zu nutzen, um neue Wege der Politik experimentell zu erproben und umzusetzen. Denn die Einrichtung und Etablierung von Regionalkonferenzen steht im Gegensatz zu allen Forderungen nach revolutionären Umbrüchen. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit, Neues im gesellschaftlichen Raum zu erproben und einzuführen und damit friedliche Übergänge zu schaffen, die im Interesse der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sind.

Der Staat der Zukunft, ob er ganz oder teilweise in vorhandenen nationalen Grenzen oder auf europäischer Ebene stattfindet, hat seine konsequent dezentrale Grundlage in den Regionen. Dort wird der gesamte Bereich der bürgernahen Politik verankert, der einer zentralistischen Bürokratie nicht zugänglich ist. Der Staat wird zur Gemeinschaftseinrichtung von Regionen, die sich in wesentlichen Feldern auf Koordinierungs- und Bündelungsaufgaben zu beschränken hat.

Als künftige Einrichtung der Zivilgesellschaft sind Regionalkonferenzen zudem ein Instrument für die Erreichung und Durchsetzung strategischer Ziele. Die Zivilgesellschaft kann sie als Plattform nutzen, um Kompetenzen für die Demokratie selbst und für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln und diese praktisch darzustellen. Die Themenstellung der Regionalkonferenzen kann mit der gezielten Ansprache von kompetenten Gruppen und Verbänden verbunden sein, die ihren Sachverstand in die Plattformen einbringen. Auf dieser Ebene sind Barrieren zu überwinden, um Verbündete zu finden und sie über gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in ein Netz von Reformgruppen zu integrieren.

Als freies Forum für Kommunikation und Willensbildung lassen sich in ihnen die drängenden Fragen und wichtigen Bereiche jederzeit thematisieren und für eine gemeinsame Medienpolitik formulieren. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Erlangen von Diskurshoheit. Den öffentlichen Raum politisch zu füllen bedeutet, die Medien als Transportmittel für formulierte Forderungen und zu diskutierende Anliegen zu nutzen.

Als Plattform bieten Regionalkonferenzen allen Gruppen, Personen und Initiativen die Möglichkeit, politische Arbeit mit sachlicher Reformarbeit zu verknüpfen. Es bedarf keiner bindenden Vereinsstrukturen und sie bieten keinen Platz für verkleisterte Hierarchien - insofern kommen Regionalkonferenzen dem Lebensgefühl einer durch Plattformen funktionierenden Gesellschaft entgegen. Unabhängig und frei erfolgt die politische Arbeit je nach eigenem Selbstverständnis.

Arbeitskontinuität ist dann gegeben, wenn Regionalkonferenzen in bestimmten, den regionalen Gegebenheiten angepaßten Formen durchgeführt werden und vor allem, wenn ihre Ergebnisse verbindlich und formal festgehalten, protokolliert und veröffentlicht werden. Sie sind damit Plattformen, die die neuen Informationssysteme nutzen, ohne sich ihnen auszuliefern. Der Mensch bleibt im Zentrum des Geschehens.

Durch die Kooperation der Vielen entsteht "das echte Wir" und soziale Macht - der Schlüssel zur Veränderung.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten. <<

Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtete am 30. Oktober 2018: >>Warum schweigen die Lämmer?

Um die Demokratie zu retten, muß man erst verstehen, woran sie krankt.

Milosz Matuschek

Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er lebt in Paris. In seiner Kolumnen zerrt er am Nerv der Zeit. Besonders interessieren ihn Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter.

Tucholsky meinte einmal sinngemäß, daß die Masse der Menschen zwar nicht im Detail versteht, was im Staat vor sich geht, aber oft gefühlsmäßig damit richtig liegt, was falsch läuft. Um dem Volk diese intuitive Erkenntnis - heute gerne Populismus genannt - auszureden, braucht es auch in der Demokratie bestimmte Tools, nämlich Meinungs- und Empörungsmangement. Wie kann das sein, wo doch zum Beispiel im deutschen Grundgesetz schwarz auf weiß steht, daß alle Staatsgewalt vom Souverän, dem Volk, auszugehen hat?

Die Demokratie hatte schon für Aristoteles einen Konstruktionsfehler: Wenn alle Menschen die gleiche Stimmgewichtung haben, wie verhindert man dann, daß das Heer der Besitzlosen die wenigen Reichen enteignet? Die Antwort der amerikanischen Gründerväter, wie Madison,

darauf war klar: Es braucht eine Demokratieform, die es de facto denjenigen erlaubt zu herrschen, die das Land besitzen, ohne daß dies der besitzlosen Masse auffällt: Die "repräsentative Demokratie" war geboren und sie hat sich bis heute im Kern nicht verändert.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten.

Für die Beschreibung dieses Umstands hat sich seit der Antike ein Bild etabliert: Die Menschen sind strukturell auch in der Demokratie immer Lämmer, die einem Herdenbesitzer gehören - egal ob sie das im Alltag spüren oder nicht. Ihre Freiheit besteht darin, aus dem politischen Personal diejenigen Hirten (Politiker) auszusuchen, die sie sympathisch genug finden, um von ihnen für ein paar Jahre im Glauben belassen zu werden, daß sie doch eine Art Kontrolle haben. Das Bild der Lämmerherde findet sich als roter Faden bei Platon, Hume, Madison, Friedrich II., Tocqueville, Russell und Lasswell, ohne daß jemals detailliert beschrieben worden wäre, wie sich dieses Verhältnis konkret im Alltäglichen artikuliert.

Diese Lücke schließt nunmehr der Kognitionspsychologe Rainer Mausfeld ("Warum schweigen die Lämmer?") mit einer so schmerzhaften wie brillanten Endoskopie des gegenwärtigen politischen Systems. Mausfeld ist ein Volksaufklärer in der Denktradition Humboldts, Deweys und Chomskys, der minuziös dechiffriert, was sonst viele Bürger nur als Grundgefühl hegen: Etwas ist hier faul.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten: Meinungs- und Empörungsmanagement, Denunziationsbegriffe zur Kanalisierung der öffentlichen Meinung, Soft-Power-Techniken und Nudging, um die Details der Umverteilung von unten nach oben zu verbergen.

Massenmedien, so Mausfeld in Anlehnung an Paul Lazarsfeld, seien daran mit schuld, hätten sie doch eine narkotisierende Wirkung und vermittelten die Illusion der Informiertheit. Skandale blitzen hier und dort allenfalls noch kurz auf, bleiben aber letztlich folgenlos. Hat sich die Demokratie tatsächlich längst in eine Plutokratie mit demokratischer Fassade verwandelt, ist die Refeudalisierung längst im Gange?

Egal ob es um das gelockerte Datenschutzrecht für Big-Data-Firmen, den Cum-Ex-Skandal, das gegenwärtige Herumeiern bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien oder den großangelegten Betrug der Autoindustrie an den Diesel-Kunden geht: Die Bilanz der letzten Jahre in Sachen Gleichheit vor dem Recht sieht verheerend aus.

Mausfelds Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit: Der Demokratie laufen die Demokraten davon, während die Termiten unter den politischen Kräften begeistert an ihren morschen Rümpfen nagen. Die Zeit zur umfassenden Renovierung des Systems wird knapp. Dank Mausfeld wird nun endlich klar, wo jeder ansetzen kann, um die Demokratie zu retten: bei sich selbst. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>**Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten**

Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? ...

Von *Tanjev Schultz*

... Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwisserie, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.

Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen.

Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die "*Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.

Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.

Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...

Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/...):

>>Gezielte Zersetzung

Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen ... dienen der Herrschaftssicherung.

von *Rainer Mausfeld* ...

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.

Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar ...

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.

Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.

Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr

erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienen, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".

Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.

Da humanitäre Anliegen in der Öffentlichkeit eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechnete humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.

Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.

Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.

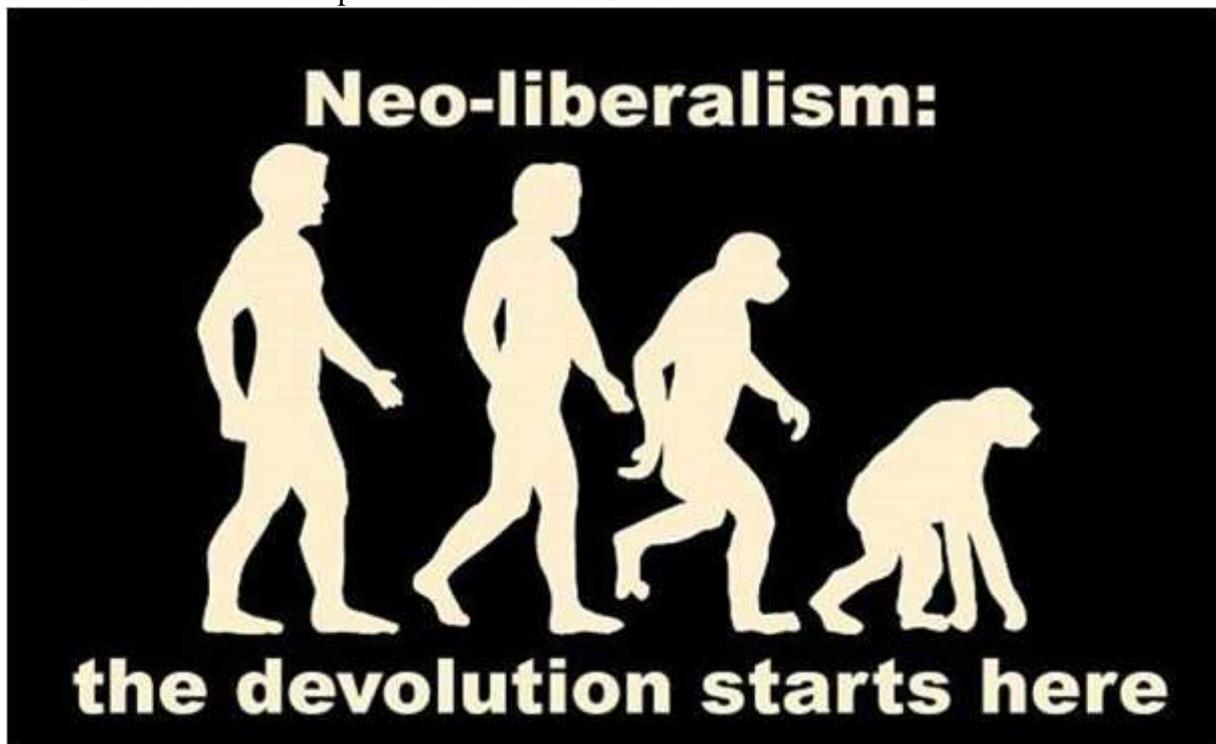
Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international ope-

rierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.

Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 14. Dezember 2018 (x950/...):

>>Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert

Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.

von Marcus Klöckner im Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfindet. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

Marcus Klöckner: Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

Rainer Mausfeld: Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

Marcus Klöckner: Was bedeutet denn Macht?

Rainer Mausfeld: Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?

Marcus Klöckner: Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.

Rainer Mausfeld: Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.

Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.

Marcus Klöckner: Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

Marcus Klöckner: Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.

Rainer Mausfeld: Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.

Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.

Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlentscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.

Marcus Klöckner: Wie gestaltet sich nun die Realität?

Rainer Mausfeld: Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politikologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.

Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.

Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?

In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.

Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.

Marcus Klöckner: Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?

Rainer Mausfeld: Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.

Marcus Klöckner: Das ist eine ziemlich harte Aussage.

Rainer Mausfeld: Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den

Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.

Marcus Klöckner: Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.

Rainer Mausfeld: Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdecken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.

Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.

Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.

Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.

Marcus Klöckner: Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.

Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und "Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.

Marcus Klöckner: Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzel-

fälle stehe im Grund politisch alles bestens.

Marcus Klöckner: Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Rainer Mausfeld: Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alternative zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Marcus Klöckner: Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Marcus Klöckner: Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?



Rainer Mausfeld: Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.

Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.

Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.

Marcus Klöckner: Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.

Rainer Mausfeld: Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.

Marcus Klöckner: Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?

Rainer Mausfeld: Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für

viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.

Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Marcus Klöckner: Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?

Rainer Mausfeld: Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.

Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.

Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.

Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.

Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehreren Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. ...

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/...): >>>**Der**

Parteien-Staat

Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier

Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert

von Jochen Mitschka

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber,

wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!

Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.

Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterscheiden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.

Die Justiz

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht gesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.

... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehemals Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite gewaltenteilung.de einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgegeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Hol-

ding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.

Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."

Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).

Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.

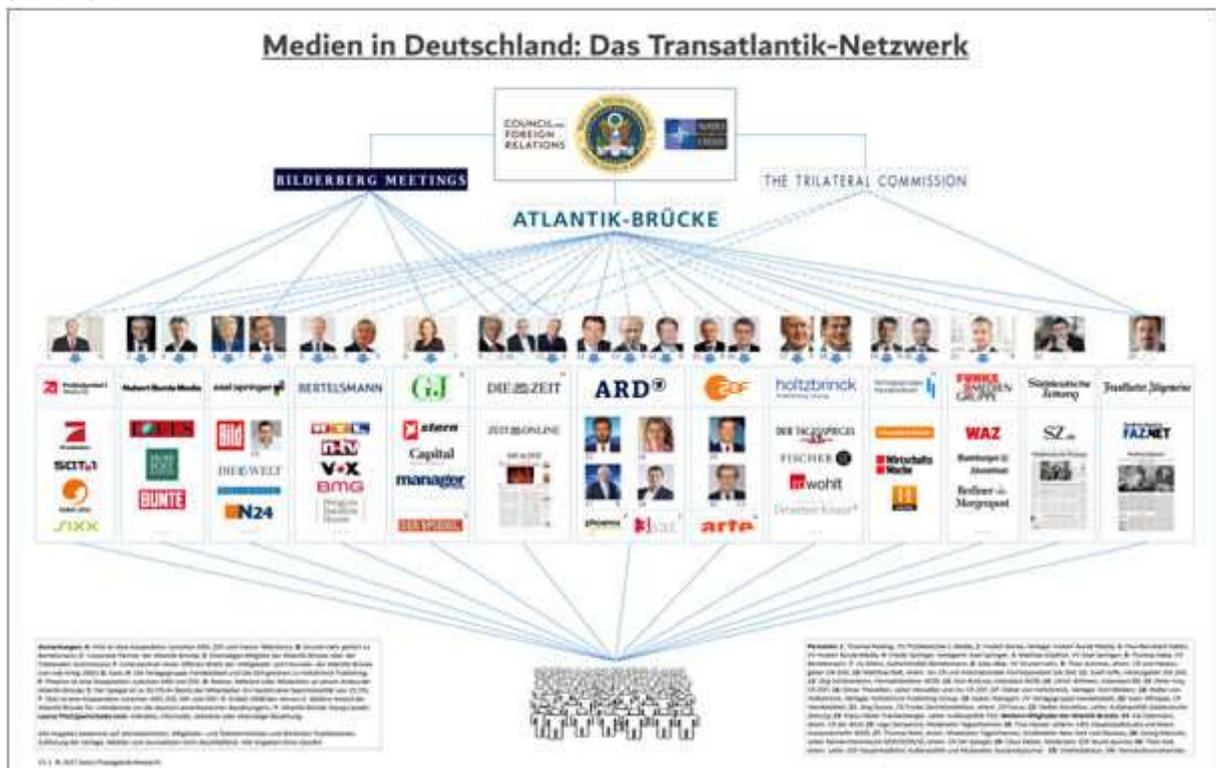
Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".

"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".

Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.

Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Über-

blick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © SWISS PROPAGANDA RESEARCH.

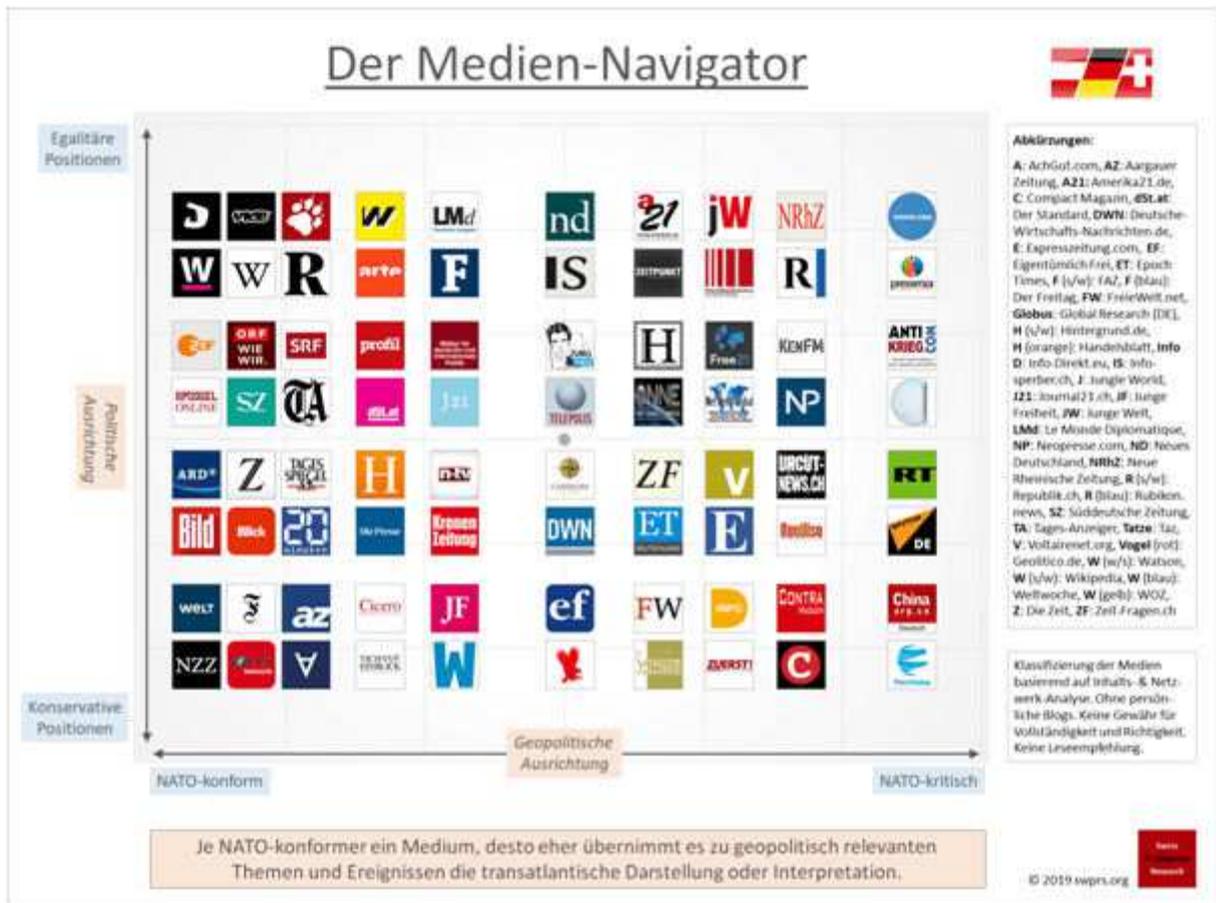


Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".

Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.

Der Medien-Navigator 2018: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © SWISS PROPAGANDA RESEARCH.



Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:

Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.



Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. ... Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er ... Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 24. April 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>**STANDPUNKTE - Das Primat der politischen Parteien oder wie die "repräsentative Demokratie" nur elitäristische Politik verschleiert**

Von Jochen Mitschka

Wie in meinem Essay "*Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren*" beschrieben, haben die politischen Parteien längst das Grundgesetz nach ihren Vorstellungen ausgehöhlt, den Staat in ihre Gewalt gebracht und "Gewaltenteilung" zu einem Witz verkommen lassen. All das sekundiert von der inzwischen durch Kapitalinteressen geleiteten Medienindustrie. Ein Freund hat mich nun auf eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel aufmerksam gemacht, in der genau diese These bestätigt wird - daß nämlich der Konsens, oder besser gesagt das Kartell der politischen Parteien in Deutschland die Politik bestimmen und nicht der Wähler. Zwar wurde die Rede aus dem Archiv der Bundesregierung gelöscht, aber noch gibt es alternative Links zu dem Text.

Die Bundeskanzlerin hielt diese Rede anlässlich der Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie "Die Berliner Republik" am 3. März 2010 in Berlin. In dem Text wird deutlich, daß die Demoskopie keineswegs ein Mittel für die politischen Parteien ist, den Willen des Volkes, des Souveräns zu ermitteln, und die Politik danach abzustellen. Vielmehr wird sogar mit einer gewissen Abscheu gesprochen, gegenüber der "*Aufgeregtheit des Augenblicks*", den anscheinend die Wähler, nicht natürlich die Politiker, umtreibt.

Und so erkennt man, daß die Parteien nicht bemüht sind, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und zu bekämpfen, sondern nur versuchen, aus den Umfragen zu ermitteln, welche Überzeugungskraft notwendig ist, um die Bedenken der Menschen wegzudiskutieren. Merkel sagte:

"Die Politik kann allerdings lernen, welche Sorgen und Hoffnungen mit einem bestimmten Projekt verbunden sind. Man kann erahnen, wie viel Überzeugungskraft gegebenenfalls notwendig ist, um ein wichtiges, notwendiges Projekt durchzusetzen."

Aber es geht noch besser. Merkel erklärte, daß die Parteien die Aufgabe haben zu herrschen, und dafür von der repräsentativen Demokratie den Auftrag bekommen, und dann vier Jahre Zeit haben, diese Herrschaft gegenüber dem Wahlvolk zu erklären. Sie sagte explizit:

*"Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, daß es richtig ist, daß wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und daß uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern. **Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, daß all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden.***

*Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluß, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt - **fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.** Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, daß sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden."* (wie vor)

Mit anderen Worten: Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland erklärte, daß wichtige Beschlüsse der Parteien, die das Parlament und die Regierung kontrollieren, im Gegensatz zum Willen des Wahlvolkes gefällt worden waren. Auch Beschlüsse, die über Krieg und Frieden entschieden. Sie erwähnt explizit die Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan, der nach fast 18 Jahren wohl bald als verloren angesehen werden muß. Es ist ein Angriffs-

krieg, an dem Deutschland auf Grund des Drucks der Grünen teilnehmen wollte, ohne Notwendigkeit bzw. Aufforderung durch die USA. Ein Angriffskrieg, der angeblich dann dank der Überzeugungskraft der Parteien vom Wahlvolk akzeptiert worden wäre.

Ebenso gibt die Vorsitzende der größten Partei Deutschland zu, daß "*die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt*" gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen durch die politischen Parteien durchgesetzt wird.

Angeblich wäre auch hierzu im Nachhinein das Volk bereit gewesen, die Entscheidung der politischen Elite zu legitimieren. Da die Wähler tatsächlich immer wieder Parteien wählen, die eigentlich das Gegenteil von dem tun, was sie, die Wähler wünschen, ist dieser Schluß nicht von der Hand zu weisen.

Und schließlich erklärt sie deutlich, daß es ein "Primat der Politik" gäbe. Gemeint ist, daß die politischen Parteien Deutschlands die Politik des Landes bestimmen, ohne Rücksicht auf den Wunsch und Willen der Wähler.

Merkel bestätigt hier also in der Rede meine These, daß wir von einer neuen Aristokratie beherrscht werden, einem System, das man früher als Herrschaft einer "*wohlwollenden Aristokratie*" bezeichnet hätte. Wobei die Aristokratie ja nur der Vermittler und zeitweise Moderator zwischen dem eigentlichen Herrscher und dem Untertanen ist. Daraus ergibt sich aber eine wesentliche Frage, nämlich die nach der Verantwortung für Fehler.

Wer trägt die Verantwortung

Nehmen wir das Beispiel des Afghanistan-Krieges. Was passiert, wenn die Welt erkennt, daß die Unterstützung des Angriffskrieges Deutschlands gegen Afghanistan letztlich lediglich das Land zerstörte und unglaubliches Leiden und Not über die Menschen gebracht hat, statt "Brunnen und Mädchenschulen", und daß der Krieg nun nach fast 18 Jahren als verloren angesehen werden muß?

Wenn die Menschen begreifen, daß der Krieg lediglich die organische Entwicklung der Gesellschaft unterbrach, Flüchtlingsströme verursachte und das Land weiter spaltete, wodurch 18 Jahre ungenutzt blieben, ja sogar noch durch die Zerstörungen wie 30 Jahre Rückschritt wirken? Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn die politischen Parteien im Konsens, entgegen dem Willen der Wähler (!) diesen Krieg führten? Wer trägt die Verantwortung, wenn Afghanistan uns eines Tages auf Schadenersatz verklagt, wegen der dem Land zugefügten Kriegsschäden?

Oder schauen wir uns ein weiteres Beispiel an: ... *das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro*". Wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Euro-Einführung mit Tricks, Täuschungen und falschen Versprechungen entgegen des Willens der Mehrheit der Deutschen erfolgte, und daß dies nun zu einem Grundproblem der EU wurde, wer wird dafür zur Verantwortung gezogen?

Und als letztes Beispiel betrachten wir die "*die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt*", mit der nach Angaben der Bundeskanzlerin auch eine Mehrheit der Deutschen nicht einverstanden war. Wer trägt die Konsequenzen der Politik, die zum Beispiel durch immer weiter gesteigerte Rüstungsausgaben, zu Lasten der sozialen Entwicklung und Infrastruktur gehen? Wer trägt die Konsequenzen und die Verantwortung, wenn diese Politik zu immer größeren Spannungen mit anderen Ländern, insbesondere Rußland führt, weil deutsche Politiker glauben, sie müßten wieder Panzer an die Ostfront verlegen?

Und um es auf die Spitze zu treiben: Mit dieser Politik ist auch die Stationierung von Kernwaffen der USA auf deutschem Boden verbunden, gegen die auch ein Vorbehalt in der Bevölkerung besteht. Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn es tatsächlich durch Versehen oder Absicht zu einem Atomschlag gegen diese Stationierungsorte kommt. Weil diese Standorte im Rahmen einer immer größeren Spannung aufgrund der irren Rüstungsausgaben der NATO, nur als Bedrohung aller Nicht-NATO-Staaten angesehen werden kann, und von Rußland und anderen Staaten als unmittelbare Bedrohung angesehen werden?

Tatsache ist, daß wir von einer selbsternannten Elite beherrscht werden, die die Gewinne (im weitesten Sinn) privatisiert und die Verluste sozialisiert. Und so ist es eben auch mit der Verantwortung.

Pensionen der Aristokratie gesichert, Zeche zahlt die Masse

Schauen wir uns die Politik der Bundesregierung gegenüber Syrien an. Deutschland war aktiv am Versuch beteiligt, bewaffnete Gruppen in Syrien zu unterstützen, die die legitime Regierung des Landes stürzen wollten. Als Folge entstand ein verheerender Krieg, bei dem bis heute Teile des Landes durch NATO-Truppen als Folge des Angriffskrieges, an dem Deutschland schließlich über die "Koalition" beteiligt war, besetzt sind.

Nach dem Krieg wird Syrien ohne Zweifel Reparationsforderungen gegen Deutschland richten. Und in einem ähnlichen Fall waren die USA bereits einmal zu vielen Milliarden Dollar Schadenersatzzahlungen an Nicaragua verurteilt worden. Sie hatten, ähnlich wie in Syrien, im Contra-Krieg die Rebellen unterstützt und auch aktiv durch Minen in den Bürgerkrieg eingegriffen. Während die USA als allmächtiger Hegemon darüber lacht und einfach zur Tagesordnung übergeht, wird Deutschland diese Forderung nicht so einfach ignorieren können. Wer trägt dann dafür die Verantwortung?

Während die neue Aristokratie, bedingt durch "Nebenbeschäftigungen", welche die Mandatsträger dank der Bekanntheit und Einflußmöglichkeiten ausüben, aber auch die opulenten Abgeordnetenpensionen, keinerlei Zukunftsangst haben müssen, drohen für den normalen Rentner und Arbeitnehmer Renten- und Gehaltskürzungen, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und eine vernachlässigte Infrastruktur und gekürzte Sozialleistungen, um die Pläne der Aristokratie durchzusetzen.

Elitarismus

Die Definition von Elitarismus in Wikipedia, also des Gedankengutes, das aus der Rede der Bundeskanzlerin deutlich wurde, sagt:

"Elitarismus oder Elitismus ist eine Ideologie, die vom Bewußtsein getragen ist, einer Elite anzugehören, und sich in einer elitären Haltung manifestiert. Sie definiert sich im Gegensatz zum Pluralismus."

Während die neue Aristokratie also ständig von Pluralismus, Buntheit der Kulturen und Meinungsfreiheit redet, realisiert sie in Wahrheit eine elitaristische, ja absolutistische Herrschaft, die sich in Begriffen wie "Alternativlos" oder "müssen wir der EU folgen" oder "haben wir der NATO versprochen" wiederfinden. Eine Herrschaft, die dann mit Hilfe der Medien den Menschen so dargestellt wird, als ob es eine Herrschaft im Sinne und zum Nutzen der Gesamtheit der Wähler wäre.

Man kann ja durchaus der Meinung sein, daß die Herrschaft einer Elite für ein Land von größerem Nutzen sein kann, als eine Regierungsführung, die davon abhängt, welche gesellschaftliche Gruppe gerade in der Lage ist, seine Interessen vor die anderer zu stellen. Oder anders gesagt, eine Regierungsführung die auf ständigem Ausgleich der Interessen verschiedener Strömungen im Land beruht. Vor allen Dingen für jene, die die Herrschaft ausüben, ist eine elitaristisch absolutistische Herrschaft natürlich viel einfacher. Man kann eine solche Form der gesellschaftlichen Ordnung durchaus positiv sehen. Aber eine solche Ordnung bedingt, daß jene, welche diese Art der Herrschaft ausüben, auch dafür die alleinige Verantwortung tragen!

Es muß ja nicht gleich die Guillotine sein, wie in Frankreich, oder die Versklavung wie im Mittelalter, oder der Seidensack, auf den man mit Sandelstöcken schlug, bis sich der Inhalt nicht mehr bewegte, wie in Thailand. Es würde schon reichen, den Protagonisten der Elite, die den Schaden verursacht haben, ihre Mindestrente zu begrenzen, oder bei offensichtlichen Regelbrüchen, auch mit Gefängnisaufenthalt zu bestrafen.

Im deutschen System der sogenannten repräsentativen Demokratie aber trägt ganz alleine der Wähler die Folgen der Entscheidungen, die durch das "Primat der Politik" gefällt werden, und

nicht selten zu katastrophalen Ergebnissen führen. Und der Wähler hat keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, denn schließlich hat er durch die Abgabe seiner Stimme bei der Wahl die Herrschaft der Elite legitimiert. Man könnte sagen, analog zur Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, bei welcher der Vorstand "entlastet" wird, entlastet der Wähler das System des Parteienkartells durch Abgabe seiner Stimme am Wahltag.

Pluralismus

Ganz klar aber dürfte nun sein, daß es nicht richtig ist, daß wir in Deutschland in einer pluralistischen Gesellschaft leben. Denn die Definition laut Wikipedia für Pluralismus lautet:

"... Der wesentliche Aspekt des Pluralismus, daß die Macht nicht zentral gebündelt, sondern auf verschiedene, voneinander relativ unabhängige Gruppen der Gesellschaft verteilt ist, steht im Gegensatz zu einer Herrschaft oder Hegemonie einer jeweils bestimmten sozialen Klasse oder Elite."

In Deutschland haben wir aber die Macht gebündelt auf den Parteienkonsens, auf das Parteienkartell. Schauen wir uns an, als Bundeskanzler Schröder mit SPD und Grünen den Sozialabbau in Deutschland in Gang brachte. Natürlich wurde er nicht wiedergewählt, aber die dann die Regierung übernehmende CDU verstärkte den Trend sogar noch. Parteienkonsens könnte nicht deutlicher gezeigt werden. Und wer die letzten großen Koalitionen beobachtete, der kann sich kaum des Eindrucks verwehren, daß hier etwas zelebriert wurde, das nicht selten an gesellschaftliche Systeme erinnert mit einer einzigen erlaubten Partei. Auch dort gibt es natürlich "pluralistische Strömungen" innerhalb der Partei.

Die Tatsache, daß die Parteien sehr bemüht sind, innerhalb der eigenen Klasse der Aristokratie, also der Parteien, möglichst viele Teile der Gesellschaft aufzunehmen ist lediglich Makulatur. Sie soll vortäuschen, daß die Gesellschaft pluralistisch organisiert ist, tatsächlich aber werden nur jene Teile der Gesellschaft aufgenommen, die mit dem Konsens innerhalb der Partei und dem Parteienkartell insgesamt, übereinstimmen.

So haben die "christlich sozialen" Parteien sicher auch Muslime und Mitglieder anderer Religionen in ihren Reihen, aber das beherrschende Element ist die Ideologie der Partei, nicht die Religion. Ebenso hat die AfD sicher Migranten in ihren Reihen, aber diese vertreten eine ebenso restriktive Migrantpolitik wie die ganze Partei. Und natürlich hat die FDP auch Arbeitnehmer als Mitglieder, aber die sind, wie die Partei der Meinung, daß alles für Arbeitnehmer gut ist, was für die Arbeitgeber gut ist.

Pluralismus ohne plebiszitäre Politik ist nicht möglich. Nur wenn die Gesamtheit der Menschen eine Entscheidung fällen kann, kann man von Pluralismus sprechen. Der Grund liegt darin begründet, daß jeder Mensch unterschiedliche gesellschaftliche Rollen ausübt. Der Muslim ist ebenso Arbeitnehmer oder Rentner wie der Christ. Der Arbeitgeber ist auch Teil einer Familie. Der Lehrer ist auch Vater. Der Rentner ist möglicherweise auch Hauseigentümer. Und immer wird die Person abwägen müssen, welche dieser Rollen für eine Entscheidungsfindung wichtiger ist.

Fazit

Deutschland wird durch eine selbst ernannte Elite verwaltet, die sich als neue Aristokratie gebärdet, aber die Verantwortung für von ihr verursachter Politik der Gesamtheit der Bevölkerung zuschiebt. Begründet mit "Demokratie". Sie verweigert sich plebiszitären Elementen, aus der Befürchtung heraus, nicht mehr die Politik betreiben zu können, die diese Aristokratie für richtig hält. Und so lange die Wähler alle paar Jahre dieser Aristokratie durch Abgabe der Stimme die "Entlastung" erteilt, wird sich auch nichts daran ändern. Und so werden wir alle die Folgen von Aufrüstung, Kriegen, Verkauf von Allgemeingut, Abbau von Sozialleistungen und Verfall der Infrastruktur tragen müssen.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 28. Juni 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>**Dysfunktion der Macht um Acht: Die Bundespressekonferenz als Abbild unserer Scheindemokratie** von *Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam*.

Die Bundespressekonferenz (BPK) in Berlin ist ein untypischer Verein von Journalisten. Er lädt Kanzler, Minister, Regierungssprecher sowie die Spitzenvertreter von Wirtschaft und Gesellschaft dazu ein, auf seiner Bühne Rede und Antwort zu stehen.

Während im Ausland Medienleute üblicherweise von den politisch Mächtigen einberufen werden und deren Informationen in Empfang zu nehmen haben, sollte es in Deutschland genau andersrum vonstatten gehen: Journalisten erfragen eigenständig Auskünfte von ihren Gästen, Nachrichten werden offen erarbeitet, nichts wird "off the records" durchgestochen, nichts im Hinterzimmer gekauft oder als Auftragsbotschaft vergeben. Falls dieses Konzept je funktioniert hat, so kann heute davon keine Rede mehr sein. Die BPK ist zum Demonstrationssort programmierter Regierungsverlautbarung und journalistischer Rückgratlosigkeit gekommen.

Die versammelten Repräsentanten von Presse, Funk und Fernsehen - wenige Ausnahmen bestätigen die Regel - lassen sich in der BPK Woche für Woche von Politikern und speziell von den Regierungssprechern ebenso abpeisen, wie man quengelnde Gören mit Gummibärchen abwimmelt.

Das verbale Manna des Staatssekretärs Steffen Seibert und seiner Gefolgschaft aus den Presereferaten der Ministerien besteht meist aus einem Gemisch von Halbwahrheiten, Desinformation, Schönfärberei, faulen Ausreden und Auskunftsverweigerung, dargereicht in bleiernen Floskeln und in einer verklemmten, steifen Atmosphäre. Die Auftritte der beamteten Sprechautomaten sind an Schamlosigkeit und Arroganz kaum zu überbieten. Spürbar reden sie oft wider besseres Wissen und letztlich daran interessiert, sich ihre Posten zu erhalten.

Ein Blick auf den gepflegten Rahmen: Die BPK hat ihren Sitz im Pressehaus am Schiffbauerdamm 40 in Berlin. Die Etage ist angemietet, das Gebäude gehört der Allianz Versicherung AG. Um recht zu bewerten, was sich dreimal wöchentlich im Raum 0103 abspielt: Da sind bei weitem nicht alle rund 920 BPK-Mitglieder versammelt, sondern üblicherweise höchstens zwei Dutzend Personen, meistens Reporter der Nachrichtenagenturen und der Neuen Medien. Die Stallwache eben. Die Funkhäuser, auch das ARD-Hauptstadtstudio, sind per Standleitung zugeschaltet, ihre Mitarbeiter selten persönlich anwesend. Diese benutzen lieber die eigene Kriechspur zu den Regierenden und bedürfen selten des Umwegs über die BPK.

Rein formal betrachtet könnte die Bundespressekonferenz ein Garant für gelebte Demokratie und Grundgesetzlichkeit sein. Ihre Journalisten könnten als eingetragene Mitglieder des BPK-Vereins realisieren, was Verfassungsrechtler als entscheidend hervorheben:

"Die unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie bildet daher eine jedem Bürger zugängliche Berichterstattung über alle politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entscheidungen, die dem Einzelnen seine individuelle politische Partizipation und Urteilsbildung erst ermöglicht. Diese verantwortungsvolle Aufgabe wird von den Massenmedien wahrgenommen, deren demokratischer Hauptauftrag es ist, jedem Bürger die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft zur Kenntnis zu bringen und transparent zu machen."

Noch mal zum Nachschmecken: "Verantwortungsvolle Aufgabe, von den Massenmedien wahrgenommen" ist es, "die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft transparent zu machen"? Ja freilich, schön wär's!

Politische Urteilsbildung und Teilhabe bedürfen nicht nur der Vermittlung aller interessierenden Fakten, sondern auch eines funktionsfähigen Debattenraumes. Nachrichtenanbieter wie ARD-aktuell hätten der Öffentlichkeit nicht nur zu vermitteln, was offiziell - beispielsweise in der BPK - verlautbart wird. Sie müßten ihr Publikum auch über die zugehörigen unterschied-

lichen Meinungen informieren, damit es die jeweiligen Positionen gegeneinander abwägen kann:

Durch die Veröffentlichung der politischen Debatten in Parlamenten, Parteien und Interessensgruppen, aber auch durch eigene Kommentierung derselben, sollen die Medien zur Meinungsbildung der Bürger beitragen. Denn nur solche Themen, die in den Massenmedien diskutiert werden, können in einer breiten Öffentlichkeit wirksam werden und im Idealfall - so die urdemokratische Grundidee der Pressefreiheit - der vernünftigsten Meinung zum Durchbruch verhelfen.

Trefflicher läßt sich nicht beschreiben, woran es der Tagesschau und ihren Geschwistern im Geiste fehlt: am diskussionsoffenen Horizont. Unsere Medien verzichten auf Eigenständigkeit, sie driften im Mainstream, sind Teil desselben und verbreiten Einheitskost. Sie prägen uniformierte Denkmuster im Sinne der vorherrschenden Politik. Nicht nur die Tagesschau-Sendungen sind darauf ausgerichtet, das Empfinden und Denken ihres Publikums zu uniformieren

Die Nachrichtensendungen sind Produkte eines Konglomerats von journalistischen Institutionen, Verlagen, Sendeanstalten, politischen Gremien, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessengruppen, die sich allesamt selten oder nie für die gesellschaftliche Aufklärung ihrer Adressaten engagieren. Vielmehr stützen sie ein krisenanfälliges, ungerechtes, aggressives, der Mitwelt schädliches kapitalistisches System, das einer ausschließlich am privaten Gewinn orientierten Zielsetzung dient. Die Methodik: Informationen auslassen, beschönigen, Feindbilder aufbauen, Scheindebatten anstoßen und führen, den Mächtigen eine Plattform bieten und als ihre allenfalls scheinkritischen Meinungsmultiplikatoren agieren.

Was sich als Informationswesen tarnt, ist tatsächlich eine eingefahrene, reibungslos funktionierende Anlage für sanfte, aber permanente und wirksame Gehirnwäsche. Die Quittung dafür ergibt sich aus Umfragen, die von den kritisierten Medien selbst in Auftrag gegeben werden. Sie erkennen den Mainstream-Medien nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung noch einige Glaubwürdigkeit zu. Wer die demoskopisch ermittelten Ergebnisse allerdings unter die Lupe nimmt, stellt fest: Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hält die Medien für unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Ein Offenbarungseid wäre fällig.

Am ehesten wird noch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den überregionalen und regionalen Tageszeitungen so etwas wie tradierte Glaubwürdigkeit zugebilligt. Aber auch dabei sind 60 Prozent der Befragten der Ansicht, daß unerwünschte Meinungen in der Berichterstattung ausgeblendet werden. Ebenso viele gehen davon aus, daß Vorgaben für die Berichterstattung gemacht werden - vor allem von Seiten der Regierung oder staatlicher Stellen, von der Wirtschaft oder von führenden Parteien.

65 Prozent, also zwei von drei Befragten, sind der Ansicht, daß Journalisten nicht immer sagen dürfen, was sie wirklich denken (ein Manko, das stromlinienförmige deutsche Journalisten gern ihren russischen Kollegen ankreiden). Zwei Drittel fordern eine tiefergehende Berichterstattung: In ihren Augen sollten die Medien Sachverhalte nicht zu sehr vereinfachen oder stereotyp darstellen (66 Prozent) und mehr auf die Folgen der Entscheidungen von Politikern eingehen (61 Prozent). Die Mehrheit wünscht sich zudem mehr Transparenz in den Medien - die sollten die Herkunft ihrer politischen Informationen kenntlich machen. Die Hälfte der Deutschen wünscht sich, daß die Medien ihnen und ihren Alltagsorgen mehr Aufmerksamkeit schenken. (ebd.)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht mit seiner Berichterstattung nicht besser da als die kommerziellen Sender. Substantielle Abweichungen zeigen sich nicht. Die rundfunkbeitragspflichtigen Angebote unterscheiden sich allenfalls dank seriöserer Präsentation, geschmackvollerer Krawatten ihrer Selbstdarsteller - und dank ihrer jahrzehntealten Darbietungsriten (Tagesschau-Gong), die gleichzeitig das Signal zum Öffnen des Sechserpacks oder der Weinflasche liefern.

Noch bietet die BPK Journalisten beide Möglichkeiten: Sie können mittels Fragen und Nachfragen an politische Spitzenvertreter sowohl ein realistisches als auch ein illusionäres Bild von politischen Prozessen einholen und verbreiten. Wer diese Chance nutzen will, muß lediglich Mitglied im Verein "Bundespressekonferenz e.V." sein. Der Mitgliedsbeitrag ist erschwinglich. Geleitet wird die BPK e.V. von bekannten Profis der Mainstream-Medien, u.a. von Stephan Detjen, Chefkorrespondent im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks; der Mann fiel nur selten wegen kritischer Distanziertheit gegenüber der Regierung auf.

Untrennbar verbunden mit der BPK und gleichzeitig wichtiges finanzielles Standbein des Vereins ist der "Bundespresseball", ein gesellschaftliches Großereignis, das seit fast 70 Jahren von den Journalisten organisiert wird. Rund 2.500 namhafte Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur werden dazu eingeladen. Machthaber, Prominente und Journalisten feiern buchstäblich Arm in Arm bei Sekt, Wein und lockerem Geplauder. Das erzeugt Nähe und gegenseitiges Verständnis.

Die Big Band der Bundeswehr sorgte 2018 für den musikalischen Unterhaltungsrahmen. Für die BPK kostenlos konnten somit die Promis im Dreivierteltakt schwofen: NDR-Intendant Lutz Marmor, WDR-Chef Tom Buhrow, ARD-Aktuell-Sternchen Caren Miosga oder der bourgeoise Flügel der Linkspartei mit Arrivierten wie Katja Kipping und Caren Lay. Mit auf dem Parkett: Altbundeskanzler Schröder, der Grüne Cem Özdemir, Entwicklungshilfeminister Müller, Hessens Ministerpräsident Bouffier - alle, alle kommen gern zum Wohlfühlfest der Meinungs-Mafia.

Gesponsert wird das "Event" vom deutschen Geldadel: "Platin-Partner" Daimler, "Gold-Partner" und mächtiger Finanzdienstleister BNP, "Silber-Partner" Deutsche Post, Facebook, Krombacher. Zum Dank posiert auch schon mal Regierungssprecher Seibert vor den Werbeplakaten dieser Partner und ermöglicht reklameträchtige Pressefotos.

Davon gibt es reichlich, und alle Beteiligten haben etwas davon, jeder auf seine Weise. Der Ball wird traditionell von zwei Paaren eröffnet: mit einem Tänzchen der Bundespräsidenten-Gattin, geführt vom obersten BPK-Journalisten; der Bundespräsident schwenkt derweil die Gattin des BPK-Vorsitzenden übers Parkett.

Ein harmloses Vergnügen mag das nennen, wer sich selbst gern in die Tasche lügt und die Symbolkraft und Bindewirkung solcher Ereignisse unterschätzt: Exponenten von Politik und Medien Arm in Arm. Gehobenes Gesellschaftsleben in einer Atmosphäre von Geld und Geltung. Chapeau! Prösterchen! So sieht sie aus, die Unabhängigkeit unserer Journaille von Politik, Wirtschaft und Kapital: Man kennt sich, man schätzt sich, man amüsiert sich miteinander. Weit abgehoben vom Volk, dem man ja dienen sollte, und das die ganze Chose letztlich bezahlt.

In der steuerbefreienden Satzung der BPK wird in § 3 als Zweck des Vereins vorgegeben, Pressekonferenzen zu veranstalten und seinen Mitgliedern Möglichkeiten einer umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit zu verschaffen. Soweit es dazu erforderlich erscheint, vertritt der Verein auch die Interessen seiner Mitglieder. Er verfolgt jedoch keine eigenwirtschaftlichen Interessen.

Viele BPK-Verläufe zeigen allerdings nur die Unvereinbarkeit von Willen und Wirklichkeit. Entweder sind die Regierungsvertreter nicht zu sachdienlichen Auskünften und Antworten bereit - der Hausherr und gastgebende Vorstand der Bundespressekonferenz duldet in aller Regel auch ihre dreisten Unverschämtheiten - oder die versammelten Medienvertreter geben wichtige Informationen nicht an die Öffentlichkeit weiter, weil sie dem Tendenzvorbehalt ihrer Auftraggeber entgegenstehen. Manchmal liegt das informationelle Defizit auch daran, daß es der Reporterschar an sachdienlichem Vorwissen für geeignete Nachfragen mangelte.

Hinzu kommt das häufig geringe Interesse der Mitglieder am Angebot der BPK. Das hat den vormaligen Sprecher des Außenministeriums, Dr. Martin Schäfer (er ist heute Botschafter in Südafrika), sogar schon mal zu der Bemerkung veranlaßt:

Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, würde ich zunächst erst einmal gern sagen, daß es jedenfalls mich persönlich - ich spreche nur für mich - ganz schön traurig macht, vor welcher leerer Kulisse wir hier sitzen. Wenn ich es richtig sehe, ist hier noch nicht einmal mehr eine Nachrichtenagentur vertreten.

Der spürbaren Wechselwirkung zwischen substanzfreier Verlautbarung der Regierungsvertreter und fehlendem journalistischen Engagement in solchen Pressekonferenzen brauchen wir wohl nicht auf den Grund zu gehen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß sich spannende Informationen und Rückschlüsse gerade dann ergeben könnten, wenn unnachgiebig und treffsicher fragende Journalisten keine aufrichtigen Antworten von den Regierungsoffiziellen bekommen, ein sichtbarer Ausdruck der Mißachtung des Informationsanspruchs der Öffentlichkeit. Solche Momente haben ihren ganz eigenen Informationswert.

Als in dieser Hinsicht vorbildlich sollen hier die hartnäckigen Fragen der Kollegen Tilo Jung (Jung & Naiv) und Florian Warweg (RT Deutsch) genannt sein. Gäbe es diese beiden und die Videoübertragungen ihrer Aktivitäten nicht, würde kaum jemand die Verbalakrobatik erkennen, mit der die Politvertreter die Mainstream-Journalisten verladen und den Informationsanspruch des Publikums ignorieren. Auch die ARD-aktuell schweigt sich vornehm über ... (diese) Schweinereien aus. Den Nachrichtengehalt, der solchen Vorfällen innewohnt, übersieht sie geflissentlich.

Warweg und Jung - jeder auf seine Weise und mit eigener Präferenz - scheuen sich nicht, Leerformeln, Verlogenheit und Arroganz der staatlichen Repräsentanten öffentlichkeitswirksam bloßzulegen. Wie bedeutsam ihre Arbeit für die Meinungsbildung der Bürger ist und auf welches große Interesse sie stößt, haben zum Beispiel die Millionen-Klicks des Rezo-Videos "Die Zerstörung der CDU" gezeigt; in dem Streifen spielt auch die BPK ihre übliche Rolle.

Davon drei Kostproben.

Am 19. Mai hatte Donald Trump dem Iran per "Twitter" die Vernichtung angedroht:

Wenn der Iran kämpfen will, dann wird das das offizielle Ende Irans sein. Drohen Sie nie wieder den Vereinigten Staaten!

Mehrere Journalisten fragten in der BPK die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes, ob es zu dieser Drohung eine deutsche Stellungnahme gebe. Der Sprecher des Außenministeriums verneinte und rechtfertigte die erstaunliche Zurückhaltung so: Man wolle den Konflikt zwischen dem Iran und den USA nicht weiter anheizen, außerdem kommentiere man keine Tweets des US-Präsidenten.

Auf die naheliegende Frage, warum die Bundesregierung sich in diesem Fall zahm gebe, während sie bei vergleichbaren iranischen "Vernichtungsdrohungen" gegenüber Israel unverzüglich mit harscher Verurteilung reagiere, blieb der Sprecher des Auswärtigen Amtes die Antwort schuldig und wiederholte lediglich:

"Wir sind gegen verschärfende Rhetorik". Und die Sprecherin des Kanzleramts echote ebenfalls nur: Man kommentiere die Trump-Tweets nicht.

Erst auf erneute Nachfrage des RT-Reporters ließ sich die Frau zu der "Erklärung" herbei, die Situation sei im Hinblick auf Israel nicht vergleichbar: Der Aufruf zur Vernichtung Israels sei für die Bundesregierung völlig inakzeptabel und zu verurteilen. Auf den Einwand, die Staatsführung des Iran habe nie von einer Auslöschung Israels gesprochen, sondern immer nur - man kann das werten, wie man will - von der "Vernichtung des zionistischen Regimes", während Trump tatsächlich die Vernichtung eines Staates androhe und damit auch das Leben der Bevölkerung Irans meine, erwiderte die Sprecherin der Kanzlerin inhaltlich nichts.

Spätestens in diesem Moment hätte der gastgebende BPK-Leiter einhaken und deutlich machen müssen, daß es auf einer Sitzung der BPK üblich sei, auf sachliche Fragen auch sachlich zu antworten. Er unterließ es jedoch, gegen die regierungsamtliche Arroganz einzuschreiten. Es bleibt der peinliche Eindruck: Den BPK-Herrschaften geht es nicht in erster Linie um eine "umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit" (§ 3 der BPK-Satzung), sondern eher um das

Wohlwollen der Regierungsvertreter.

Nicht minder die Reaktion der ARD-aktuell: Zwar wurde über den Trump-Tweet in der Hauptausgabe der Tagesschau berichtet, aber mit keinem Wort die doppelzüngige Stellungnahme der Merkel-Regierung in der BPK erwähnt. Das offenkundige Motiv: Chefredakteur Dr. Gniffkes regierungsfremde Qualitätsjournalisten wollten "Mutti" Merkel vor öffentlicher Kritik schützen und ließen zu diesem Zweck Doppelstandards gelten.

Ergebnis: Gedanklicher Nachvollzug der regierungsüblichen Rektalvisiten bei US-Präsident Trump sowie Kritiklosigkeit gegenüber der Regierung Israels einerseits, andererseits Hinnahme des passiven, teilnahmslosen Schweigens angesichts der verbalen US-Attacke auf den Iran.

Wie wenig selbstkritisch Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten sind, wird im Vergleich ihrer Berichterstattung über die deutsche BPK mit der über die Pressekonferenzen des russischen Staatspräsidenten Putin deutlich. "Bloß keine Nachfrage!" höhnen sie über ihre Moskauer Kollegen und bezichtigen sie konformistischer Berufspraxis und fehlender Courage. Volksweisheit: Wer anderen in der Nase bohrt, ist auch ein Schwein.

Am 17. Juni 2019 problematisierten "die üblichen Verdächtigen" in der BPK deutsche Waffenexporte an die Jemen-Kriegsverbrecher Ägypten und Vereinigte Arabische Emirate, VAE. Der Hintergrund: Waffenlieferungen in Konfliktregionen und an nicht zur NATO gehörende Kriegsbeteiligte sind nach deutschem Recht unzulässig. Fragen an den Regierungssprecher Steffen Seibert:

"Waffen im Wert von 800 Millionen Euro an Ägypten sowie im Wert von 200 Millionen Euro an die VAE: Kann es sein, daß Ägypten und die VAE aus Sicht der Bundesregierung einfach keine 'unmittelbar Beteiligten' sind, Herr Seibert? Dann würde das alles ja Sinn ergeben. (ab 25:05")

- Kann uns ein Ministerium sagen, wer die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind?
- Werden wir jemals erfahren, wer aus Sicht der Bundesregierung die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind? Ich frage das hier seit anderthalb Jahren, Herr Seibert; das wissen Sie.
- Sie sagten, daß die Antwort mit den unmittelbar Beteiligten unter anderem in Kleinen Anfragen beantwortet worden wäre. Könnten Sie uns die nachreichen? Könnten Sie sagen, wo wir das finden können? (ab 36:07")

Ich würde gerne wissen, ob es in den letzten zwölf Monaten überhaupt einen Einzelfall gab, in dem negativ entschieden wurde, was das Thema 'Jemen-Krieg/Beteiligte/Waffenexporte' angeht."

Seibert behauptete wider besseres Wissen eine restriktive Praxis bei der Waffenexport-Genehmigung und verwies im Übrigen auf seine Geheimhaltungspflicht. Der gastgebende BPK-Veranstaltungsleiter schwieg dazu, anstatt festzustellen, daß eine so umfassende Geheimhaltungspflicht hinsichtlich der Waffenexporte nicht besteht und rechtlich auch nicht zu begründen wäre; er forderte Seibert nicht dazu auf, seine Antwortverweigerung zu überdenken.

Immerhin zeigte diese Pressekonferenz besonders anschaulich, wie mit beharrlichen und nicht beantworteten Journalisten-Fragen indirekt aufschlußreiche Informationen vermittelt werden können, was der Regierungssprecher sicher gern ausgeschlossen hätte. Nicht nur, wenn es um die blutigste und schmutzigste Art von Geschäften geht, nämlich um den Verkauf von Massenmordwerkzeug ans Ausland, erweisen sich führende Repräsentanten der Politik als Vertuscher, Lügner, als Auskunftsverweigerer und als unseriöse Weißwäscher.

Der Musterfall demonstriert darüber hinaus, wie wenig BPK-Vorstandsvertreter bereit sind, die Bemühungen ihrer kritischen Journalisten zu unterstützen:

Herr Jung, ich verstehe, daß Sie die Antwort möglicherweise nicht zufriedenstellt, das müssen Sie leider so hinnehmen.

Ach ja? Mußte er? Oder hätte der Konferenzleiter und Gastgeber nicht vielmehr dem Regie-

nungssprecher erklären müssen: "Herr Seibert, Sie sind hier zu Besuch, ich muß Sie bitten, sich entsprechend zu benehmen?" Und: "Wenn Sie nicht die Absicht haben, begründete Fragen sachlich zu beantworten, dann sitzen Sie im Augenblick auf dem falschen Platz!"

Jung & Naiv ließ allerdings selbst nicht locker und entlarvte zwei Tage später auf der nächsten Pressekonferenz die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer als rechthaberische Servierdame von "Fake News":

"... am Montag wollte ich noch wissen, wie viele Rüstungsexportgenehmigungen letztes Jahr abgelehnt wurden. Da hatte Herr Seibert so getan, als ob das geheim sei. Jetzt schreiben Sie heute selbst davon, daß letztes Jahr 88 Anträge auf das Ausführen von Rüstungsgütern abgelehnt wurden, was einem Wert von 39,43 Millionen Euro entsprochen habe. Gleichzeitig hat man letztes Jahr Rüstungsgüter im Wert von 4,8 Milliarden Euro ausgeführt. ... Da steht: Es gab 11.100 positive Genehmigungen. ... 0,8 Prozent der Anträge auf Rüstungsexporte werden also von der Bundesregierung abgelehnt.

Jetzt sagen Sie ja immer wieder, daß Sie eine restriktive Rüstungspolitik machen. ... Herr Seibert sagte hier noch am Montag: 'Wenn man jeden Antrag genehmigte, könnte man kaum von einer restriktiven Politik sprechen.' Das haben wir doch! Sie genehmigen 99,2 Prozent aller Rüstungsexporte. ... Wenn Sie 99,2 Prozent aller Sachen akzeptieren: Das ist doch nicht restriktiv! (ebd., ab 44:17)."

Auch aus dieser brisanten Phase einer Bundespressekonferenz ließ die ARD-aktuell kein Wort an die Öffentlichkeit gelangen. Ausführlich berichtete sie hingegen aus der Veranstaltung, daß dort über die geplanten Änderungen der Grundsteuer keine Informationen gegeben worden seien. Eine Nullnummer.

Derartige Nachrichten-Gewichtung belegt journalistische Ignoranz und Inkompetenz. Sie ist Betrug am Informationsanspruch der Öffentlichkeit. Der Betrugsvorwurf ist angebracht, schließlich zahlt diese Öffentlichkeit die Rundfunkgebühr nicht in der Absicht, sich mit Informationsluschen abfertigen zu lassen.

Das Internet-Angebot des ARD-Faktenfinder schauen sich kaum 20.000 Besucher auf tageschau.de an, während die Zahl der an Jung & Naiv-Interessierten locker die 70.000-Marke überschreitet. Dr. Gniffke, seine Mitverantwortlichen in der Redaktion, seine Vorgesetzten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen aufsichtführende Rundfunkräte, allesamt Siegelbewahrer des deutschen Qualitätsjournalismus, finden die Zweitrangigkeit des "Faktenfinder" offenbar nicht mal peinlich.

So verdienstvoll Jung & Naiv sich oft in der BPK schlägt, so fragwürdig ist manchmal die Rolle, die der Herausgeber Tilo Jung an anderer Stelle spielt: Er schämt sich nicht, einem kritischen Kollegen in den Rücken zu fallen.

Florian Warweg vom russischen Fernsender RT Deutsch sprach die Vertreter der Bundesregierung in der BPK am 6. November 2018 auf die Roßtäuscherei mit den sogenannten "Weißhelmen" an, vorgeblich eine syrische Zivilschutzorganisation, erwiesenermaßen jedoch Handlanger von Terroristenbanden, vom Westen unterstützte Kriegspropagandisten, die sich ausschließlich in den von Söldnern und Dschihadisten besetzten Gebieten in Szene setzen. Die Regierungssprecher - Christopher Burger, Außenministerium, Sören Schmidt, Innenministerium - verstrickten sich bei der Beantwortung prompt in Widersprüche.

Ohne erkennbaren Grund sprang ihnen schließlich Tilo Jung zur Seite und betätigte sich als Stichwortgeber. Ganz und gar nicht "jung und naiv", sondern reichlich hinterlistig fragte er den Außenamtssprecher:

Herr Burger, wie bewertet die Bundesregierung die russischen Propagandamaßnahmen gegenüber den Weißhelmen?

Burger, hocherfreut über die unerwartete Steilvorlage, präsentierte sofort die bekannte Propaganda-Schablone: Rußland sei bemüht, die "Weißhelme" trotz deren "unbestreitbarer humanitärer Verdienste" zu diskreditieren.

Die Kolleginnen und Kollegen der deutschsprachigen russischen Medien haben wegen der gehässig und dummdreist hochgetriebenen Russophobie hierzulande ohnehin keinen leichten Stand. Daß ihnen auch ein vermeintlich kritischer Journalist wie Tilo Jung so elementar die kollegiale Solidarität verweigert, ihnen sogar in den Rücken fällt, sagt eine Menge über ihn selbst und über seinen Charakter aus. Er war bereit zur Liebedienerei, und zwar unter Verletzung seiner beruflichen Pflicht, unabhängig vom Fragesteller alle aufschlußreichen Informationen aufzunehmen. Der Fall zeigt die (selbstverschuldete) Begrenztheit journalistischer Arbeitsweise in Deutschland.

Auch ein bekannter Medienkritiker wie Stefan Niggemeier gibt sich solche Blößen. In einem an sich lesenswerten Beitrag über die BPK setzt er sich zwar angemessen mit dem unprofessionellen Gebaren eines WELT-Journalisten auseinander und kritisiert die antirussische Attitüde des Mannes. Zugleich aber verkniff er es sich nicht, ebenfalls über die Kollegen der deutsch-russischen Medien herzuziehen:

Daß auch mich die meisten Wortmeldungen von Sputnik und RT Deutsch nerven, tut nichts zur Sache. Daß sie Fragen stellen, die mich nicht interessieren oder meinem Verständnis der Lage nicht oder oft überhaupt nicht entsprechen: geschenkt. Daß sich viele ihrer Fragen wie Kommentare aus der YouTube-Kommentarspalte anhören, sagt eher was über ihr journalistisches Niveau aus als über ihre Gefährlichkeit ..."

Daß auch seine Erhabenheit, der "Papst der Medienkritik" Niggemeier, seinem Affen Zucker gibt, Pfauenräder schlägt und sich selbst voller Selbstgefälligkeit für überlegen hält: ebenfalls geschenkt.

Wesentlicher ist anderes: Wir steuerzahlende Bundesbürger alimentieren beamtete Regierungspropagandisten und Faktenverdreher wie Seibert, Burger oder Schmidt dafür, daß sie uns faulen Zauber servieren, mit Jahresgehältern bis zu 180.000 Euro und dem Anspruch auf eine Rente von mehr als 120.000 Euro. An die 80.000 Euro jährlich streichen qualitätsjournalistische Pappnasen ein, die den Schmarren aus solchen Hohlräumen wie der BPK durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkkanäle zu uns durchschieben; ihre Gehälter werden aus unseren Rundfunkbeiträgen erbracht. Wir löhnen also indirekt gleich zweimal dafür, daß wir nach Strich und Faden angeschmiert werden.

Wenn es schon sein muß, hochverehrtes Publikum: Wo ist unsere Republik tatsächlich angekommen? Könnten wir uns nicht ohne diese Leute auch selbst verarschen, notabene kostenlos?

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 im NDR, zunächst in der Tageschau, von 1985 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehr- und Forschungsauftrag an der Fu-Jen-Uni in Taipeh.

Dieser Beitrag erschien am 25.06.2019 bei RT-Deutsch.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 31. Juli 2019 folgender Bericht über die deutsche "Scheindemokratie" (x1.014/...):
>>STANDPUNKTE - Die "Einsäulengewaltenteilung" oder warum Deutschland keine Demokratie, sondern eine Parteienoligarchie ist

Ein Standpunkt von *Jochen Mitschka*

Seit der Aufklärung wissen wir, daß ein moderner Staat mindestens von drei Säulen der Macht kontrolliert werden muß, von denen jede Säule unabhängig von den anderen ist. Dadurch soll eine gegenseitige Kontrolle ermöglicht werden, damit nicht eine Macht die absolute Kontrolle des Staates in die Hände bekommt. Besonders in Deutschland, nach dem Durchmarsch der Nazis durch die Institutionen der Weimarer Republik, wurde auf Gewaltenteilung bei der Erstellung des Grundgesetzes besondere Rücksicht genommen.

Leider blieb davon aber lediglich die föderale Struktur und die Aufteilung Deutschlands in Bundesländer übrig. Tatsächlich gibt es in Deutschland weder drei, noch mit den Medien vier Säulen der Macht, sondern nur eine einzige. Und diese Säule ist der Parteienkonsens mit dem der Wille des Wählers für unwesentlich, und das "Primat der Politik" zum eigentlichen Souverän wurde. Schauen wir uns die theoretischen Säulen der Macht näher an.

Säule 1 - Die Exekutive.

Das ist also die Regierung. Die Regierung sollte von den Wählern gewählt werden, damit diese die Gesetze, welche von der Legislative, also dem Bundestag, beschlossen werden, in der Praxis durchsetzen. Man sagte, daß die Regierung natürlich nicht Teil der Legislative sein darf, damit sie nicht die Gesetze so formt, wie sie gerne hätte, und auch, damit das Parlament eine wirksame Kontrolle ausüben kann. Und die Regierung müsse direkt vom Volk gewählt werden, sagte man.

Diese "gewählte Regierung" durchzusetzen, dauerte noch etwas in der Geschichte. Denn die Monarchen sahen die Regierung und den Premierminister bzw. Kanzler zu Beginn hauptsächlich als nützlichen Blitzableiter. Die Regierungsmitglieder mußten vom Monarchen bestätigt werden. Reste erkennt man heute noch an der Ernennung durch den Bundespräsidenten. Wenn etwas schief lief in der Regierung, wurde mit Einführung der von einem Premierminister geführte Regierung nicht mehr der Monarch, sondern der Premierminister für schuldig erklärt, und gefeuert.

Das erlaubte den Monarchen zu überleben und bis heute eine Rolle in vielen Staaten zu spielen, auch wenn sie im Laufe der Jahrhunderte den größten Teil ihrer Macht eingebüßt haben. Inzwischen wird in vielen Ländern, die behaupten Demokratien zu sein, der Regierungschef direkt von den Wählern bestimmt. Allerdings in den meisten Fällen erst nach einem sorgfältigen Auswahlprozeß der Bewerber innerhalb der politischen Parteien. (Wer kennt nicht die Vorwahlspektakel in den USA.)

Leider wurde in der Bundesrepublik Deutschland diese Direktwahl der Regierungschefs nie eingeführt. Vielmehr traut man dem deutschen Volk einfach nicht zu, eine so wichtige Entscheidung treffen zu können. Und so verlagerte man die Entscheidung auf die politischen Parteien in die sogenannten Koalitionsgespräche nach einer Wahl.

Das heißt der Wähler hat keine Ahnung, was und wer nach der Wahl die Regierung stellen wird. Was nun in Deutschland unerheblich ist, weil sich die Parteien lediglich in Kleinigkeiten unterscheiden, ähnlich wie die verschiedenen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas oder Vietnams. Wobei ... in Vietnam gibt es immer mehr unabhängige Abgeordnete, die durch ein in der Verfassung vorgesehenes Verfahren auch ohne Parteimitgliedschaft gewählt werden dürfen.

Laut Wikipedia waren nach der Wahl von 2016 immerhin 21 Sitze an Parteilose vergeben worden. Und ich habe persönlich in Vietnam erlebt, wie sehr die Partei bemüht ist, den Erwartungen der Massen gerecht zu werden, um die unabhängigen Bewerber nicht überhand nehmen zu lassen. Wie viele Abgeordnete ohne Parteimitgliedschaft gibt es in Deutschland? Hier sind es fast immer solche Abgeordnete, die nach der Wahl, aus der die Wahl möglich machenden Partei ausgetreten waren. Damit wären wir bei der Säule Nr. 2, der Legislative.

Säule 2 - Die Legislative.

Die Legislative oder "gesetzgebende Versammlung" ist in Deutschland der Bundestag. Als solche Parlamente eingeführt wurden, um dem Bürgertum, den Ständen oder "dem Volk" mehr Mitbestimmung bei der Formung von Gesetzen zu geben, waren die Monarchen natürlich bemüht, die freie Wahl zu umgehen, indem sie die Kandidatur von ihrer Zustimmung abhängig machten.

Das gleiche galt natürlich für die Gesetze, die vom Parlament beschlossen wurden. Auch heute noch müssen vom Parlament beschlossene Gesetze vom Bundespräsidenten bestätigt werden. Nur daß heute der gesamte Prozeß durch den Parteienkonsens kontrolliert wird, und nicht

von einer echten Gewaltenteilung. Denn sowohl die Abgeordneten, als auch die Regierung, die von den Abgeordneten eingesetzt wird, als auch der Bundespräsident, werden von den Parteien bestimmt.

Der Bundespräsident wird zwar offiziell von der Bundesversammlung gewählt, aber in der Praxis durch den Parteienkonsens in Hinterzimmergesprächen vereinbart. Und natürlich ist es ein Politiker. Ausnahmen haben sich als nicht dem Parteienkonsens dienlich erwiesen und dürften daher kaum noch zum Tragen kommen.

Da gibt es in Deutschland zunächst die Bundestags-Direktkandidaten für einen Wahlkreis. Und natürlich treffen die Parteien die Vorauswahl. Das hat zur Folge, daß zum Beispiel in "sicheren Wahlkreisen", die Ernennung des Kandidaten ganz einfach die Bestimmung des Abgeordneten wird. Und wer jetzt erklärt, daß diese Direktkandidaten ja aber von den Parteimitgliedern gewählt würden, dem würde ich mit einem gewissen Hüsteln entgegen: Sicher tun sie das, aber wie kamen sie zu der Kandidatur, und wie sind ihre Aussichten, wenn sie nicht vom Parteiestablishment unterstützt werden?

Nun werden aber die meisten Abgeordnetensitze über die Parteilisten vergeben. Das heißt, der Wähler weiß gar nicht, wen er wählt, denn er wählt ja nur eine "Liste". Also auch hier treffen die Parteien eine Vorauswahl. Und nur wer die Unterstützung einer Handvoll einflußreicher Mitgliedern des Parteikaders sicher hat, kann damit rechnen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu werden. Tatsächlich werden Listenplätze gerne auch für besondere Verdienste vergeben, oder durch Auswahl von ethnischen oder anderen Merkmalen, um bestimmte Wählergruppen zur Stimmabgabe zu bewegen. Mit der eigentlichen Person hat das oft wenig zu tun.

Mit anderen Worten: Was früher die Fürsten, die Aristokratie und der Monarch taten, diese Aufgabe haben nun die Partei-Führungen übernommen. Und wenn man nun sagt, es gibt ja auch Parteibefragungen. Dann sollte man sich anschauen, welche personellen Alternativen, und ob es überhaupt Alternativen sind, der Parteibasis vorgeschlagen werden.

Säule 3 - Die Justiz.

Eigentlich soll die Justiz den Bürger vor der Willkür der Regierung schützen. D.h. die Justiz soll aufpassen, daß die Regierung die Gesetze einhält, die von der Legislative, also dem Bundestag, durch die Vertreter des Volkes, bestimmt wurden. Leider aber ist die Justiz in keiner Weise unabhängig von der Regierung. Staatsanwaltschaften, also jene, die Anklage erheben dürfen, sind weisungsgebunden. Das heißt, die zuständigen Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte tun und lassen. Schön zu sehen, welche Folgen das hat, im CumEx-Skandal oder früher in der Contergan-Affäre.

Und die deutschen Parteien ignorieren ganz einfach den Europarat, der die BRD schon im Jahr 2009 aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen, und die Staatsanwaltschaften unabhängig von den Justizministern zu machen. Was natürlich ebenfalls vom Parteienkonsens ignoriert wurde und nun dazu führte, daß Staatsanwälte keinen EU-Haftbefehl ausstellen dürfen.

Kommen wir zu den Richtern, die dann über Anklagen entscheiden, die von den Parteien bzw. den von den Justizministern bestimmten Staatsanwälten eingereicht, oder eben nicht eingereicht werden. Nun Richterernennungen sind hochpolitische Angelegenheiten, und kein Richter wird in sein Amt kommen, wenn er nicht die richtige Neigung oder gleich das passende Parteibuch in der Tasche hat.

Das gilt sogar für das oberste aller Gerichte, das Verfassungsgericht. Dort ist der Einfluß der Parteien sogar so kraß, daß man dort lieber direkt Politiker als Richter einsetzt, statt sich "nur" auf das Parteibuch oder eine politische Neigung zu verlassen. Selbst die staatstragende "Die Zeit" stellt die Frage "Politiker als Richter?"

"Der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger zweifeln daran, ob jemand so schnell vom parteiischen Politiker zum unparteiischen

Richter werden kann. Der Rechtswissenschaftler Volker Böhme-Neßler kann den Argwohn nachvollziehen. Im Gastbeitrag erklärt er, warum so ein Wechsel kritisch für die Demokratie und den Rechtsstaat ist."

Der Wikipedia-Eintrag der höchsten Richter Deutschlands stellt freundlicherweise auch gleich bereit, welche Partei den entsprechenden Richter vorgeschlagen hatte.

Schauen wir uns die Liste der Richter von Oben nach Unten ein wenig an, nachdem wir die Liste nach "Beginn der Amtszeit" sortiert haben. Als erster d.h. zuletzt ernannter Richter taucht der bereits erwähnte Stephan Harbarth auf. Dann sieht man dort als zweiten Eintrag den von Henning Radtke. Er hat keine politische, sondern lediglich eine juristische Karriere hinter sich.

Der nächste Eintrag ist der von Josef Christ. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeskanzleramt tätig gewesen, und im Staatsministerium Baden-Württemberg. Er hatte dort als Berater für Ministerpräsident Günther Oettinger gearbeitet *"was ihm eine enge Vernetzung in die Politik einbrachte"*, wie Wikipedia zutreffend schildert. Dort liest man auch *"Bei der überraschend schnellen Beförderung sollen ihm seine Kontakte in die Politik geholfen haben."*

Der nächste Eintrag ist der von Yvonne Ott. Sie hatte im Hessischen Ministerium der Finanzen gearbeitet und war von welcher Partei vorgeschlagen worden? Richtig, der SPD. Der nächste Eintrag ist der von Christine Langenfeld. Sie ist die Tochter des CDU-Politikers und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner. Sie war die Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, welche von den wichtigsten deutschen Familienstiftungen finanziert wird, die Deutschland aufzuweisen hat.

Gehen Sie doch mal selbst weiter auf Suche nach den Lebensdaten der obersten Richter Deutschlands, welche die Bürger gegen die Regierung beschützen sollen, weil mehr Recherche dieses Format sprengen würde. Und überlegen Sie dann, ob diese Richter vollkommen unabhängig sind, und die Regierungen im Auftrag der Wähler kontrollieren, daß diese die Gesetze einhalten.

Sie können allerdings auch auf die Seite www.gewaltenteilung.de gehen und sich anschauen, was der ehemalige Richter Udo Hochschild über die Gewaltenteilung schreibt:

"Die Gewaltenteilung in Deutschland erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab."

Allerdings macht Udo Hochschild einen kleinen Fehler, wenn er schreibt *"Deutschland kennt nur zwei organisatorisch voneinander unabhängige Träger der Staatsgewalt, die Legislative und die Exekutive."* Denn es gibt keine zwei Säulen. Und hier die Begründung:

Die Regierung wird NICHT vom Volk direkt gewählt. Sie wird von der Legislative, dem Bundestag, in Parteiengesprächen ausgekungelt. Die so entstehende Koalition wird durch den Bundestag eingesetzt, nicht durch den Wähler. Und so wird die Mehrheit des Bundestages wohl kaum eine kritische Kontrolle über etwas ausüben, was sie selbst an die Macht gebracht hat. Wie wir ja auch an der "stabilen" politischen Lage in Deutschland ausgiebig beobachten können, oder an dem Bericht des Abgeordneten Bülow über Fraktionszwang, oder wie Gesetze, sogar solche über Krieg und Frieden, zustande kommen. Von einer *"Kontrolle der Regierung durch das Parlament"* zu reden ist einfach lächerlich.

Außerdem werden die Gesetze nicht vom Parlament, sondern von der Regierung, böse Zungen behaupten, von Lobbygruppen und US-Beraterfirmen, geschrieben. Was auch nicht dem ursprünglichen Sinn der Gewaltenteilung entspricht. Weil die Regierung sich die Gesetze nun so gestalten kann, wie sie sie gerne hätte, und nicht, wie die "Vertreter des Volkes" sie definieren, damit sie von der Regierung eingehalten werden. Natürlich können Parlamentarier Gesetzentwürfe einbringen, aber da die Fraktionen, welche die Regierung gewählt haben, das Parlament bestimmen, haben diese Gesetze keine Aussicht auf Erfolg.

Aber das ist noch nicht Alles. Die parlamentarischen Staatssekretäre, Minister und andere politischen Beamte der Regierung dürfen Mitglieder des Bundestages sein. Das heißt, sie sind Kontrolleure und Kontrollierte in Personalunion. Daß dies nicht nur gegen den gesunden Menschenverstand, sondern auch die Verfassung bzw. das Grundgesetz verstößt ist offensichtlich, darf aber nicht offen ausgesprochen werden. Juristen, die das vertreten geraten dann schnell in Gefahr, aus dem Justizbetrieb ausgeschieden zu werden. Alternativ könnte man als "Reichsbürger" verunglimpft werden, wenn man auf das Tillesen Urteil hinweist, indem dargestellt wird, daß alle deutschen Gesetze eigentlich rechtswidrig entstanden, weil es keine Trennung zwischen Parlament und Regierung in Deutschland gibt.

Dem Tillessen Urteil des "Tribunal Général in Rastatt", also eines von der französischen Besatzungsbehörde dominierten Tribunals, erklärte zu den deutschen Gesetzen, daß sie *"entgegen der Behauptung, daß es der Verfassung entspreche, in Wirklichkeit von einem Parlament erlassen worden ist, das (infolge der Personalunion von Regierung und Gesetzgebung) eine gesetzwidrige Zusammensetzung hatte, und daß es (durch die Vereinigung der gesetzgebenden Gewalt mit der vollziehenden in der Hand des Bundeskanzlers, Ministerpräsidenten, ihrer Minister und parlamentarischen Staatssekretäre) alle wesentlichen Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen und normalen Rechtsgrundsätzen (insbesondere dem Gewaltentrennungsgebot, Art. 20 (2) GG) entsprechenden Regierung verletzt."*

Aber wir wollen ja sicher nicht behaupten, daß alle Gesetze, die in der Bundesrepublik erlassen wurden, wegen der Mißachtung von Art. 20 GG unwirksam sind. Vielmehr ist durch den stillschweigenden Konsens der politischen Parteien eine nicht kodifizierte Änderung des Grundgesetzes erfolgt. Was übrigens nicht nur für den Art. 20 gilt, sondern ebenso für das verfassungsmäßige Verbot von Angriffskriegen, die Achtung der Privatsphäre der Bürger bzw. des Briefgeheimnisses und andere Kleinigkeiten.

Also noch einmal das Fazit der Untersuchung der angeblichen drei Säulen des deutschen Staates:

Es gibt nur eine Säule, nämlich die des Parteienkonsens bzw. der Parteienkoalition, welche die Regierung stellt, und welche zusammen mit den anderen Parteien, die auch gerne in der Regierung mitarbeiten würden, die Verwaltung der Oligarchie in Deutschland darstellen.

Deutschland mangelt es grundsätzlich an strafrechtlichen Regelungen der im Grundgesetz vorgesehenen Verbote bzw. Einschränkungen. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben die Parteien im stillschweigenden Einverständnis die Umsetzung von grundgesetzlichen Geboten und Verboten in Strafrecht unterlassen.

Eine der letzten strafrechtlichen Bestimmungen, welche das Grundgesetz schützen sollten, war der § 80 StGB. Er wurde zum 1.1.2017 gelöscht. Als Begründung wurde die "Harmonisierung mit EU-Recht" angegeben. Und der Parteienkonsens war sich einig, daß das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht mehr zeitgemäß war. Die "Harmonisierung" ist natürlich kein vollwertiger Ersatz, da das Völkerrecht die Bestimmung des Grundgesetzes über Angriffskriege in der für Deutschland entscheidenden Form nicht kennt. Aber immerhin hat der Generalstaatsanwalt jetzt weniger Arbeit, die Anzeigen von besorgten Bürgern wegen der Angriffskriege, an denen Deutschland teilnimmt, abzulehnen.

Was ist aber nun mit der vierten Säule? Den Medien?

Nun in Deutschland gibt es ein Gesetz für "*Tendenzbetriebe*", wozu Medien gehören. Dieses Gesetz schreibt ausdrücklich fest, daß der Eigentümer dieser Betriebe den Mitarbeitern Vorgaben machen darf, welche die Meinungsfreiheit der Mitarbeiter drastisch einschränkt. Das berühmteste Beispiel ist wohl die arbeitsvertragliche Regelung des Springer-Konzerns, nach der Kritik an der Politik Israels und den USA zu unterlassen ist.

Das Gesetz stammt aus einer Zeit, als man die Vielfalt der Meinungen erhalten wollte. Nur gibt es diese Vielfalt nicht mehr. Die stimmgebenden Medien in Deutschland gehören einer handvoll Familien und einigen wenigen internationalen Konzernen. Die in den westlichen

Ländern maßgebenden Medien können auf ganz wenige Eigentümer reduziert werden. Und diese haben eine eindeutige gemeinsame Zielrichtung: Neoliberalismus weltweit durchzusetzen, und damit das Vermögen vom Staat und vom Mittelstand auf einige Wenige zu verlagern.

Daß sie diesem Ziel immer näher kommen, und das insbesondere in den sogenannten "Demokratien", wird jährlich wieder "bedauernd" festgestellt. Aber da es die Wähler in den Demokratien ja so wollen, meint man, muß es wohl damit seine Richtigkeit haben. Jede andere Annahme wäre ja ein Bestreiten der Tatsache, daß es Demokratien sind.

Um dieser Gefahr der einseitigen Medienbeeinflussung der Wähler entgegen zu treten, hatten kluge Menschen in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Medien ins Spiel gebracht. Sie sollten einen "*Marktplatz der Meinungen*" widerspiegeln und eine pluralistische und demokratische Meinungsbildung, als Gegengewicht gegen die "Tendenzbetriebe" ermöglichen. Nun hat das einen Haken, denn man machte die Ministerpräsidenten der Länder zu wichtigen Kontrolleuren und Regelerstellern. Und diese wiederum werden durch die Parteien bestimmt. Man ahnt, was kommt: Die öffentlich-rechtlichen Medien bilden keinen Marktplatz der Meinungen ab, sondern vertreten die Meinung der Parteien. Eine sehenswerte Sendung, die etwas Einblick in das Thema gibt, ist die Geschichte Nr. 26 aus Wikihausen über die Rufmordkampagne gegen Uwe Steimle.

Nun gibt es also die privaten "*Tendenzbetriebe*" welche eine gewisse gesellschaftliche Zielrichtung verfolgen, und die öffentlich rechtlichen Medien, welche die Position der Parteien vertreten. Wenn es nun einen Konflikt zwischen den beiden Meinungen geben würde, könnte es sogar zu einem ernsthaften Diskurs kommen. Nur ... leider gibt es nur marginale Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Zielen der inzwischen dem System angepaßten Parteien, und den gesellschaftlichen Zielen der privaten Medienkonzerne. Beide sind natürlich nur dem Wohle der Allgemeinheit zugeneigt.

Mit anderen Worten: Was für die Wenigen, die immer reicher werden gut ist, ist auch für die Allgemeinheit gut. Das nennt man "trickle down-Effekt". Und wurde wissenschaftlich schon mehrfach widerlegt. Aber wen interessiert schon was Wissenschaftler sagen, wenn das nicht dem Narrativ des Mainstreams entspricht.

Und natürlich dienen Ausnahmen dazu, zu suggerieren, daß es doch einen Marktplatz der Meinungen gäbe. So werden ab und zu politische Bauernopfer gebracht (tut mir leid, ich will die Bauern nicht beleidigen, deren Arbeit ich höher einschätze als die mancher Politiker, sondern beziehe mich auf das Schachspiel), Scheingefechte gefochten, oder über Kleinigkeiten ein scheinbar verbitterter Streit ausgetragen. Ganz im Sinne einer unterhaltsamen Volksbühnenvorstellung. Und in den Medien dürfen ab und zu auch Stimmen laut werden, die sogar bis zur Systemkritik reichen. Die dann aber gleich mit zigfacher "Lautstärke" übertönt und relativiert werden.

Mit anderen Worten: Es gibt keine vierte Säule der Gewaltenteilung, es gibt keine vierte Säule der Macht im Staat Deutschland. Und die Parteien tun alles in ihrer Macht Stehende, um diesen Status zu erhalten. Dazu gehört auch die Verweigerung, Deutsche über ihre Verfassung selbst bestimmen zu lassen. Während sogar in der angeblichen "Mullahdiktatur" des Iran die Verfassung und sogar jede Änderung daran durch ein Referendum bestätigt werden muß, wird das Grundgesetz in Deutschland im stillen Konsens der Parteien geändert und ausgehöhlt, und der Wähler hat keinerlei Einfluß darauf. Und damit sich an dieser Macht nichts ändert, darf es keine Diskussion über eine Verfassung geben.

Fazit

Wenn nach der EU-Wahl (es war keine Europa Wahl, weil nur der kleinere Teil Europas in der EU organisiert ist), von der Leyen, als eine Politikerin die wichtigste Position der EU-Verwaltung bekleidet, die überhaupt nicht zur Wahl stand, und angeblich auch nie für EU-Politik vorgesehen war, ist dies keine Ausnahme oder seltener Mißgriff, sondern der Beweis,

daß die Wähler in keiner Hinsicht irgendeinen Einfluß auf die Politik Deutschlands haben. Noch weniger Einfluß, was in der EU beschlossen wird, und dann "leider in deutsches Recht übertragen werden muß", wie anschließend die deutschen Politiker behaupten.

Und das wird ja auch ganz offiziell von Angela Merkel als positiv bewertet. Nicht umsonst stellte sie in einer Rede fest, daß alle wichtigen Entscheidungen in Deutschland gegen den Willen der Mehrheit gefällt wurden, und daß dieses Primat der Politik auch gut und richtig wäre.

Möglich ist das Regieren gegen den Willen der Mehrheit, weil die Medien nach den Wahlen Jahre Zeit haben, um die Menschen zu indoktrinieren, daß doch alles zu ihrem Besten entschieden worden wäre. Ja, es gäbe hier und da Korrekturmöglichkeiten, deshalb solle man doch wieder wählen, aber bei den wichtigen Entscheidungen wäre doch in der tollen Demokratie Deutschland alles gut gelaufen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, die politischen Parteien zu zwingen, dem Wähler mehr Macht einzuräumen und plebiszitäre Elemente zuzulassen: Indem der Wähler durch Wahlenthaltung die Legitimation des Systems bestreitet. Deshalb wäre eigentlich der richtige Name für Menschen die nicht wählen "Delegitimatoren", nicht "Nichtwähler".

Denn dieses Wählen hat, bewußt oder unbewußt, eine Funktion. Sie erlaubt den Parteien zu behaupten, daß sie den Willen der Menschen vertreten. Wenn sie niemand mehr wählt, bricht dieses potemkinsche Dorf zusammen. Aber da vor jeder Wahl Politik und Medien unisono erklären, wie wichtig Wählen ist, oder daß es sogar eine Pflicht wäre, oder wenn behauptet wird, man müsse das "kleinere Übel" stärken, werden weiter politische Parteien die Politik bestimmen, ohne daß der Wähler irgendeinen Einfluß darauf hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2019 berichtete im August 2019: >>**Die Demokratiesimulation hakt**

_ von Martin Sellner

Meinungsterror in Absurdistan: Je stärker die Herrschenden die Zügel anziehen, desto mehr offenbaren sie ihre totalitäre Fratze. Darin liegt eine Chance für freiheitliche Patrioten.

In den letzten 14 Monaten fanden bei mir drei Hausdurchsuchungen statt. Jedes Mal drang die Staatsmacht in meine Wohnung ein und nahm mir alle elektronischen Geräte - auch mein Handy - ab. ...

Der oberösterreichische Polizeichef sekundierte in der Kronen-Zeitung: "Pures Strafrecht hat bisher noch nicht gegriffen." Daher müsse man sich andere Wege gegen die "Einnistung" der Identitären überlegen. Damit bediente sich der Mann fast haargenau der Wortwahl, die das frühere DDR-Ministerium für Staatssicherheit in ihrer "Richtlinie zur Zersetzung" verwendete.

Die Diktatur der Clowns

Unterdessen feiert das Feuilleton die Gesetzesbrecherin Carola Rackete, der in Italien zu Recht der Prozeß wegen Schlepperei gemacht werden soll. Asylanten dürfen nicht als "Goldstücke", Deutsche aber als "Kötterrasse" bezeichnet werden. Hakenkreuzschmierereien auf AfD-Büros gelten als rechte Straftaten, die CDU ruft dazu auf, Rechten die Grundrechte zu entziehen. Und der Grapscher und syrische Migrant Aras Bacho verkündet auf Twitter, "Urlaub in Syrien" machen zu wollen, um seinen "Kopf freizukriegen".

Deswegen wird unsere Gegenwart von zynischen Stimmen als "Clown World" bezeichnet - eine surreale Clown-Welt, in der alles möglich ist und der Wahnsinn Methode hat. Inmitten von Klima-Greta, viralen Rezo-Videos, Kinder-Drag-Queens, Abtreibungspartys, Massenvergewaltigungen, Internetzensurgesetzen und antipatriotischen Algorithmen fällt es manchmal schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Man fühlt sich machtlos, überwältigt von Wahnsinn, Frechheit, Gemeinheit und Heuchelei unserer Gegner.

Jedes System muß seinen Totalitarismus verstecken und leugnen, daß es eine echte Oppositi-

on gibt. Nur so kann die Zone der Gleichgültigkeit aufrechterhalten werden, die die Säule einer jeden Diktatur ist. Es ist der Raum der Demokratiesimulation, in der jeder Bürger gemächlich vor sich hin leben kann, ohne etwas von Widerstand und Repression mitzubekommen. Deswegen lief sowohl im NS- als auch im Sowjetreich die Kino-Industrie auf Hochtouren - noch bis kurz vor dem Untergang. Gedreht wurden nicht nur Propagandaschinken, sondern auch unpolitisch wirkende Unterhaltungsfilme.

Heute schwindet diese Zone der Gleichgültigkeit Tag für Tag und macht Platz für die wahnwitzige Clown-Welt. Unseren Gegnern wird aber die Dialektik von Autorität und Sanktion auf die Füße fallen: Je mehr sie an der Repressionsschraube drehen, desto weniger Arbeitsspeicher bleibt für die Demokratiesimulation übrig. ...

Martin Sellner ist Kopf der Identitären Bewegung Österreich. 2017 erschien sein Buch "Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (Verlag Antaios) ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2019 berichtete im Oktober 2019:

>>**Demokratie ohne Volk**

_von Daniell Pföhringer

... **Berliner Scheindemokratie**

In jüngerer Zeit ist es vor allem der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der sich als Parteienkritiker einen Namen gemacht hat. ...

In seinem Werk *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun* (2008) kommt er zu dem erschreckenden Befund, daß sowohl der Regierung als auch dem Parlament über weite Strecken die demokratische Legitimation fehlen. Letzteres komme seiner Funktion als Kontrollinstanz nur ungenügend nach, das freie Mandat sei "nur noch schöner Schein", die Volkssouveränität "eine Fiktion zur Ruhigstellung" der Bürger, die Wahlen eine Veranstaltung "politischer Kartelle".

Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers hätten sich die großen Parteien den Staat zur Beute gemacht, betrachteten ihn als Selbstbedienungsladen und überlagerten - obwohl sie laut Grundgesetz zwar an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, diese jedoch nicht allein bestimmen dürfen - alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der gebürtige Darmstädter findet es gut, daß ein neuer Akteur auf den Plan getreten ist, der unabhängig vom Polit-Establishment agiert. "Daß es die AfD gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie", so von Arnim in einem Interview mit der Welt. ...

Mehr Macht dem Bürger

Man sollte jedenfalls nicht allein auf das Instrument Partei setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thorsten Polleit sieht den Ausweg aus der Sackgasse sogar nur "in einer rigorosen Machtbeschneidung der Parteien" durch die Einführung von Volksentscheiden und Direktwahlen.

"Damit solche Änderungen eine Umsetzungschance haben, bedarf es der Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Demokratie. Sie steht nicht für Herrschaft der Mehrheit, sondern für den Schutz der Minderheit - und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung", mahnt der Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth in einem Essay für die Wirtschaftswoche (im März 2019) an.

Er schreibt: "Wollen wir die Demokratie buchstäblich am Leben erhalten, müssen wir daher mittel- und langfristig größer denken - oder besser gesagt: kleiner. Müssen Absetzbewegungen, Sezessionen, Aufspaltungen - kleineren politischen Einheiten den Weg bereiten." Solche Entitäten seien "offen und friedfertig", sie müßten ihre "Bürger und Unternehmer pfleglich, das heißt, als Citoyen und Leistungserbringer behandeln", um ihren Rückzug oder gar ihre Abwanderung zu verhindern.

Polleit, der sicherlich ein Gemeinwesen wie die Schweiz vor Augen hat, kommt zu dem Schluß: "Politische Kleinheit verspricht nicht nur höheren Wohlstand, sondern auch ein Plus an Identität und unmittelbarer "Staatsnähe". Aber auch räumliche Nähe zwischen Regierten

und Regierenden hilft, Mißstände im Keim zu ersticken und wirksam zu sanktionieren. Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie" würde auch in kleinen Demokratien wirksam bleiben, gewiß. Aber seine Auswirkungen ließen sich leichter adressieren - und direktpolitisch minimieren."

Doch wie sah es Michels selbst? Er schrieb etwas ratlos: "Die immanenten Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden?" Eine Frage, die auch Kritiker des Parteienstaates beantworten müssen.<<

[Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtete im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" \(x362/9-13\): >>Unser Verhältnis zu Freiheit, Eigentum und Recht](#)

Auf die Bürger kommt es an

Bürger - ein stolzes Wort. Denn der bürgerliche Mensch ist Rückgrat und Bollwerk der Republik: Er übernimmt Verantwortung für sich selbst und für andere, ohne die Zuständigkeit auf anonyme Instanzen abzuwälzen. Er fragt zuerst, was er für das Gemeinwesen tun kann, statt darauf zu warten, daß die Allgemeinheit etwas für ihn tun soll. Er hält die Familie hoch, als kleinste Zelle des Gemeinwesens und als Ort der Unabhängigkeit und der freien Rede, und verbittet sich jede übergriffige Einmischung von oben.

Er ist kein Befehlsempfänger und kein Mitläufer; Autorität, die er anerkennt, überzeugt durch Vorbild und Leistung. Freiheit ist für den Bürger nicht die Lizenz zum ungehemmten, rücksichtslosen Egoismus, sondern der notwendige Freiraum, um seine Verantwortung wahrzunehmen und eigene Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne bin ich ein bürgerlicher Mensch und ich bin stolz darauf. In linksgrünen Kreisen ist es Mode geworden, sich selbst für "bürgerlich" zu halten, nachdem man sich in der einst verachteten "bürgerlichen Gesellschaft" inzwischen behaglich eingerichtet hat.

Was für ein Etikettenschwindel! "Links" und "bürgerlich" gehen nämlich nicht zusammen. Entweder man ist links und kollektivistisch eingestellt, oder man ist Bürger und liebt die Freiheit, die republikanische Freiheit vor der Übergriffigkeit eines sich in sämtliche private Lebensbereiche einmischenden Staates.

Die Freiheit ist der große Gedanke, der den bürgerlichen Menschen antreibt. Freiheit ist der Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, der geistigen und kulturellen Weiterentwicklung. Seine Grenzen findet der Freiheitsdrang des Einzelnen in der Freiheit der anderen. Der Staat ist daher der natürliche und ewige Widerpart der Freiheit. Denn ohne gesellschaftliche und staatliche Ordnung und Organisation kann der Mensch, das soziale Wesen, das "Zoon politikon" des Aristoteles, nicht auskommen.

Er braucht die Gesellschaft anderer, um sich geistig, kulturell und wirtschaftlich zu entfalten, und diese Gesellschaft will organisiert sein. Denn der Mensch ist zugleich Mängelwesen. Gerade weil die Evolution ihn nicht auf eine bestimmte, eng umgrenzte ökologische Nische festgelegt hat und er sich auch an den widrigsten Lebensraum anpassen kann, bedarf er der Institutionen, die seine äußeren Lebensumstände ordnen und stabilisieren und ihm den Austausch mit anderen, den "Markt", erst ermöglichen.

John Locke, einer der Gründerväter des neuzeitlichen Liberalismus, definiert Leben, Freiheit und Eigentum als die unveräußerlichen Grundrechte des Menschen. Das Ringen um die Ordnung des Zusammenlebens, die dem Wesen des Menschen am besten gerecht wird, ist das Ringen um einen Staat, der diese unveräußerlichen Grundrechte gewährleistet. Und zwar nicht als huldvoll von oben herab gewährte Gnadenrechte, sondern als unumstößliche Grundlagen und Bedingungen, unter denen die Bürger bereit sind, staatlichen Institutionen Macht und Gewalt auf Zeit zu übertragen.

Der freiheitliche Staat ist deshalb der Staat, dem die Bürger zugleich einen Vertrauensvorschuß einräumen und ihm jederzeit wachsam mißtrauen. Ein Staat, über dessen Handeln die

Bürger maximale Mitsprache und Kontrolle ausüben können. Die wirksamste Kontrolle ist die Kontrolle durch Wahlen und Abstimmungen - am effektivsten durch Volksabstimmungen -, durch die Ämter und Befugnisse samt den Mitteln zu ihrer Erfüllung übertragen und auch wieder zurückgenommen werden.

Deshalb ist der freiheitliche Staat zugleich ein Staat, in dem die Macht bei Gewählten liegt, die sie auf Zeit ausüben, und nicht bei Bürokratien. Diese haben nämlich zu allen Zeiten die Tendenz, sich zu verselbstständigen, ihre indirekte Macht auf Kosten des Souveräns und Steuerzahlers zu erweitern und seiner Kontrolle zu entziehen und damit Lobbyismus und Korruption Tür und Tor zu öffnen.

Die Deutschen und die Freiheit

Uns Deutschen wird oft ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit und mangelhaft ausgeprägte Freiheitsliebe nachgesagt. Der Vorwurf besteht zu Unrecht - und zu Recht. Zu Unrecht, weil die deutsche Nation eine lange und eindrucksvolle Freiheitsgeschichte hat, die sich vor denen anderer Nationen nicht zu verstecken braucht.

In der modernen Geschichte beginnt die deutsche Freiheitserzählung mit den Denkern und Vorkämpfern der Aufklärung und des Idealismus, mit Immanuel Kant und Friedrich Schiller, um nur zwei von ihnen zu nennen. Sie hatte ihre große Stunde in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft, der Geburtsstunde der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung. Ihre Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben des Freikorps Lützow und der Burschenschaft, sind bis heute die Farben des demokratischen Deutschland.

Das Hambacher Fest von 1832, der Vormärz, die deutsche Revolution von 1848 und das Paulskirchen-Parlament sind eindrucksvolle Zeugnisse des deutschen Freiheitswillens, die bis heute fortwirken und den Geist der Weimarer Verfassung und des Grundgesetzes geprägt haben. Die Weimarer Republik und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland setzten unter schwierigsten Bedingungen diese Freiheitsgeschichte fort.

Zu ihr gehört auch der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts, das Heldentum der "Weißen Rose" und der Attentäter des 20. Juli 1944, der Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur in der "DDR" am 17. Juni 1953 und schließlich die friedliche Revolution von 1989 und der Fall von Mauer und Stacheldraht am 9. November.

Das macht die dunklen Kapitel unserer Vergangenheit, die NS-Diktatur und ihre furchtbaren Verbrechen, vor allem den millionenfachen Massenmord an den deutschen und europäischen Juden, nicht ungeschehen und löscht sie auch nicht aus. Aber es ist eine Tradition, auf die die Deutschen mit Stolz zurückblicken können, ohne ihre Verantwortung für im deutschen Namen begangene Untaten vergessen zu müssen.

Im Bewußtsein dieser positiven Traditionen könnte sich die deutsche Nation mit Mut und Freiheitsliebe den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, um ihren wiedergewonnenen staatlichen Rahmen, die deutsche Republik, im Geist der Freiheit zu gestalten.

Doch das Verhältnis der Deutschen zur Freiheit hat zwei Seiten. Auf der Kehrseite steht die unselige Neigung, der herrschenden Obrigkeit länger zu vertrauen, als es guttut; die Augen viel zu lange vor Fehlentwicklungen zu verschließen in der trügerischen Hoffnung, "die da oben" wüßten schon, was sie tun, statt gegen die fortschreitende Entmündigung aufzubegehren.

Dabei haben gerade die Deutschen, als die gebrannten Kinder des 20. Jahrhunderts, allen Grund, ihren Regierungen mit dem steten und gesunden Mißtrauen zu begegnen, das den seiner Freiheit bewußten und sein Eigentum verteidigenden Bürger auszeichnet. In den beiden großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts sind die Deutschen gleich zweimal durch ihre Obrigkeiten, die Disziplin und Opferbereitschaft bis jenseits der Schmerzgrenze mißbrauchten, um die ererbten und mühsam geschaffenen Früchte ihrer Arbeit und ihres Fleißes gebracht worden. Die bürgerliche Mittelschicht hat das besonders schwer getroffen - mit gravierenden Folgen, die bis heute nachwirken.

Die Kosten des verlorenen Ersten Weltkriegs, die vom eigenen Land verursacht wie die von den Siegern auferlegten, bezahlten die Deutschen über die Massenenteignung durch Hyperinflation. Reihenweise wechselten Privathäuser, die ihre Eigentümer nicht mehr halten konnten, mit der Spätfolge in öffentliches Eigentum, daß die Deutschen bis heute ein Volk von Mietern sind, deren Wohneigentumsquote und durchschnittliches Privatvermögen weit unter dem europäischen Standard liegen.

Noch gründlicher hat der Nationalsozialismus, der unsägliches Leid und Elend über Europa gebracht hat, auch das eigene Volk ruiniert: Erst durch sozialistische Defizitfinanzierung, Wirtschaftslenkung und Enteignung, welche die Staatsfinanzen noch in Friedenszeiten völlig zerrüttet hatten, dann durch den verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Krieg, der Millionen Überlebende ausgebombt, verelendet, vertrieben und entwurzelt in einem zerstörten und zerrissenen Land zurückgelassen hat. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 25. September 2020 folgender Bericht über die parlamentarische und repräsentative Demokratie (x1.014/...): >>**Chancen und Risiken einer bundesweiten Verfassungsdebatte**

Ein Standpunkt von *Sean Henschel*

Notgedrungen haben die Corona-Maßnahmen bundesweit eine gesellschaftliche Debatte über das deutsche Grundgesetz entfacht. Es ist ein gutes Zeichen, wenn die Bewohner eines Landes sich intensiver mit den im Grundgesetz verankerten Grundrechten und Prinzipien beschäftigen. Dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit wurde zweifellos besondere Aufmerksamkeit gewidmet, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Demonstrationen, die in Deutschland trotz behördlicher Auflagen stattgefunden haben und in Zukunft stattfinden werden.

Ausgerechnet in Deutschland, dessen Bürger im benachbarten Ausland klischeehaft als obrigkeitshörig und regelkonform beschrieben werden, mehrt sich der öffentliche Widerspruch gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Das Bürgertum politisiert sich wieder, vielleicht aus Angst vor dem sozialen Abstieg und einer Vereinnahmung durch das globale Großkapital; ein deutliches Zeichen für die politische Instabilität in diesem Land. Dies überrascht nicht, wenn man die massive Ungleichverteilung zu beobachten gelernt hat. Die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen bleibt vielen Menschen nicht mehr verborgen.

Ein Vergleich mit dem benachbarten Frankreich zeigt, daß es dort seit der sogenannten Gelbwestenbewegung keine neue außerparlamentarische und starke Widerstandsbewegung mehr gegeben hat. Paris als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes ist längst nicht mehr die europäische Stadt der politisch aktiven Intellektuellen. Der öffentliche Diskussionsraum bleibt vergleichsweise kritisch, eine politische Lethargie hat sich dennoch in den akademischen Kreisen sowie auf der Straße durchgesetzt.

Frankreich wartet immer noch auf eine Renaissance der Intellektualität, eine kulturelle und politische Avantgarde, auf ein Wiederaufkeimen frischer und revolutionärer Ideen. Es ist zur Gewohnheit geworden, sich auf historischen Lorbeeren auszuruhen. "*On ne parle plus de politique*" heißt es des Öfteren in Pariser Cafés. Nichtsdestotrotz wächst die Anzahl derer, die sich über die Konsequenzen der Maßnahmen und der politischen Entscheidungen der letzten Jahre Gedanken machen. Eine Tatsache, die nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, daß es die breite Masse ist und in Zukunft sein wird, die den hohen Preis der Maßnahmen zu zahlen haben werden.

Zweifellos steckt die europäische Union in einer Demokratiekrise, eine Krise die nicht erst mit dem Brexit seine Anfänge nahm. Die europäische Austeritätspolitik in Griechenland, Spanien und Italien hat nach der Finanzkrise dem zerbrechlichen Konstrukt der Europäischen Union ein neues Gesicht verliehen. Unmittelbar folgte in den Mitgliedsstaaten eine Zunahme protektionistischer Forderungen sowie eine Rückbesinnung auf die eigenen nationalen Interessen. Ob ein "Italexit" als nächstes kommt, wird man abwarten müssen; in Italien wird dieses Thema schon länger öffentlich diskutiert.

Die politische Verflechtung der Nationalstaaten und der Europäischen Union führt dazu, daß Krisen auf den jeweiligen Ebenen sich gegenseitig bedingen und nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Eine solche gemeinschaftliche Betrachtung würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen, Fokus soll heute vor allem das deutsche Grundgesetz sein. Wie sieht es mit der Demokratie in Deutschland aus? Wird aus einer Demokratiekrise zugleich auch eine Verfassungskrise?

Was ist eine Demokratie?

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

So steht es in Art. 20 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes. Was aber bildet den Kerngedanken einer Demokratie? Es gibt westliche Verfassungsrechtler die vertreten, daß man von einer Demokratie erst dann sprechen kann, wenn zumindest die universellen Grundfreiheiten und Grundrechte des Menschen garantiert werden und dies in einem System inkorporiert wird, in dem die Herrschaftsausübung in regelmäßigen zeitlichen Abständen zugewiesen und diskutiert wird, nämlich durch die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen.

Zudem kann ein Staat als "moderne" Demokratie bezeichnet werden, wenn er den Regierten die effektive Möglichkeit gibt, die Regierenden auf Zeit auszusuchen, die Regierenden auch die effektive Möglichkeit haben, zu regieren und die Regierenden effektiv für ihr Handeln gegenüber den Regierten zur Verantwortung gezogen werden können. Es geht immer um die Kernfrage, wie Macht in einem Staat zugewiesen und ausgeübt wird. Wer stellvertretend für das Volk als Souverän Macht ausübt, ist ihm zugleich gegenüber verantwortlich.

Die Kontrolle dieser Machtausübung im Staat obliegt vielen verschiedenen Institutionen, dem Parlament als direktes Legitimationsorgan, der Opposition, den unabhängigen Richtern, der freien Presse sowie der außerparlamentarischen Opposition. Das Prinzip der Gewaltenteilung beruht auf der Theorie, daß die verschiedenen Funktionen eines Staates, von verschiedenen sich gegenseitig kontrollierenden Organen ausgeübt werden sollen.

Kein Macht ausübendes Organ soll alle Funktionen des Staates übernehmen können. Ohne Gewaltenteilung lauert die ständige Gefahr, daß es zu einer Identifikation des Macht ausübenden Organs mit der Souveränität des Volkes kommt und die Macht mißbraucht wird. Es waren genau diese Gedanken, die Montesquieu zu diesem berühmten Satz bewegten:

"Es ist eine ewige Erfahrung, daß jeder Mensch, der Macht in Händen hat, geneigt ist, sie zu mißbrauchen. Er geht soweit, bis er Schranken findet."

So die theoretische Grundkonzeption einer modernen parlamentarischen und repräsentativen Demokratie. Wer diese Definition auf Deutschland überträgt, kann umgehend feststellen, daß der deutsche Staat eine moderne Demokratie ist. Der Bürger kann in regelmäßigen Abständen Volksvertreter aus verschiedenen Parteien wählen und somit der Machtausübung in seinem Namen Legitimation verleihen. Nach dieser Demokratievorstellung ist die Macht des Bürgers in regelmäßigen Abständen für kurze Zeit groß und während der Legislaturperiode sehr gering. Die Machtausübung beschränkt sich auf die Idee, in regelmäßigen Abständen einen Wahlzettel auszufüllen.

Deutschland den Status einer modernen Demokratie anzuheften, bedeutet nicht über die Manipulation auf der politischen Ebene hinwegtäuschen zu wollen, die fehlende nationale Souveränität oder die Einflußnahme der Finanzindustrie zu leugnen. Es gibt kein Land, welches das Prinzip der Gewaltenteilung vollumfassend umgesetzt hat oder umsetzen kann.

In Deutschland hat es bis heute zu keinem Zeitpunkt eine vollständige Unabhängigkeit der verschiedenen Gewalten gegeben. Das Parlament ist das Organ mit der höchsten demokratischen Legitimation, da es vom Bürger gewählt wird oder zumindest gewählt werden kann. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß ihm die Aufgabe zukommt, Gesetze zu erlassen. Regie-

rung und Rechtsprechung hingegen sind lediglich mittelbar über das Parlament demokratisch legitimiert.

So gesehen sind die Entscheidungen der höchsten Gerichte, die unmittelbar das geltende Recht beeinflussen, weit weniger demokratisch, als die vom Parlament erlassenen Gesetze. Alle Macht ausübenden Organe schaffen auf ihre Art und Weise Recht. Das Parlament durch die direkte Verabschiedung von Gesetzen, die Rechtsprechung durch Urteile und die Regierung durch die Möglichkeit Rechtsverordnungen zu erlassen. Was die Beziehung der Regierung und des Parlaments betrifft läßt sich schnell feststellen, daß es sich um ein Kooperationsverhältnis und kein ausschließliches Kontrollverhältnis handelt.

Hier spielen Doppelmandate sowie Parteienzugehörigkeit eine entscheidende Rolle. Um diese Verflechtung zu begründen, wird mit der Effektivität staatlichen Handelns argumentiert. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist ein theoretisches Konstrukt, eine Orientierungshilfe geblieben. Die Gewaltenteilung läßt sich nicht getrennt von der politischen Realität, der politischen Kultur begreifen und verstehen.

Um die Komplexität demokratischer Prozeßabläufe und die damit verbundene Souveränität aufzuzeigen, soll folgender Fall vorgestellt werden. In den Ländern A, B und C wird über die gleichgeschlechtliche Ehe diskutiert. In Land A wird die Frage, ob die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt sein soll, mittels Referendum beantwortet. Die in Land A berechtigten Wähler wählen mehrheitlich dagegen. In Land B wird eine Petition mit über 700.000 Unterzeichnungen dem Parlament vorgelegt. Die Verfassung von Land B beinhaltet keine Möglichkeit, eine Petition heranzuziehen, um ein Referendum durchzuführen. Es bleibt also bei einer parlamentarischen Auseinandersetzung, die damit endet, daß die gleichgeschlechtliche Ehe als zulässig erachtet wird.

Die bestehenden Gesetze werden geändert. In Land C gibt es weder eine Petition, noch ein Referendum zu dieser Frage. In Land C wird dem männlichen Bürger X die Eheschließung mit einem anderen Mann durch den Bürgermeister verboten. Bürger X zieht mit seinem Fall bis zum höchsten Bundesgericht. Das Gericht gibt dem Bürger X Recht und entscheidet zu Gunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe. Das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe verstößt gegen das Diskriminierungsverbot. Die Frage die sich unmittelbar stellt lautet: Welches Land ist am demokratischsten? Land A, B oder C?

Wenn aber über eine Gesellschaftsordnung politisch und juristisch diskutiert werden soll, bedarf es vorab einer Festlegung der Herrschaftsform. Bei der Diskussion über den Demokratiezustand, also die Herrschaftsmöglichkeit des Bürgers in Deutschland kommt man sofort auf das Grundgesetz zu sprechen und auf die Frage, was eine Verfassung überhaupt sein soll.

Was ist eine Verfassung?

Diese Frage läßt sich nicht einheitlich beantworten. In der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 heißt es in Art. 16:

"Eine Gesellschaft, in der die Gewährleistung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung."

Art. 16 kann als Orientierung dienen, erklärt aber noch nicht, was eine Verfassung sein soll. Folgende Definition könnte hilfreich sein:

Eine Verfassung ist ein besonderer Akt, der staatliche Macht an Regeln bindet und ihr festgelegte Grenzen setzt, wenn es um die Wahl der Regierung, die Organisation und Funktionsweisen der Institutionen geht. Eine Verfassung regelt die Beziehung zwischen der Staatsmacht und dem Bürger und garantiert ein Mindestmaß an fundamentalen Grundrechten.

Eine Verfassung bildet also ein Regelwerk, hat aber darüber hinaus eine symbolische und philosophische Bedeutung. Sie steht auch für den Beginn einer neuen Zeit, einer neuen Ordnung, eines neuen Staates. Die Verfassung eines Staates soll das Fundament des Gesellschaftsvertrags bilden. Der Begriff "Grundgesetz" beschreibt den Sinn und Zweck einer Verfassung somit ziemlich gut.

Einige Rechtswissenschaftler vergleichen eine Verfassung mit einem Baumstamm, dessen Bundes- oder Landesgesetze die Äste und Blätter sind. Das Bürgerliche Gesetzbuch als zivilrechtlicher Rahmen für die Regelung von privaten rechtlichen Angelegenheiten ist eine Ausformung des Prinzips der Privatautonomie, ein Recht, daß direkt aus der Verfassung abgeleitet werden kann über die Auslegung des Rechts auf Persönlichkeitsentfaltung.

Auch wenn das Grundgesetz Grundgesetz heißt und nicht Verfassung, hat es unmißverständlich dieselbe Funktion. Das Grundgesetz hat eine lange Zeit überlebt und nicht dieselben Strukturprobleme aufgewiesen, wie die damalige Weimarer Reichsverfassung. Warum also dem Grundgesetz seine Verfassungsqualität absprechen?

Auch wenn Verfassung und Staat unmittelbar zusammenhängen, und das eine ohne das andere heutzutage kaum vorstellbar ist, muß ein Staat nicht unbedingt eine schriftlich fixierte Verfassung haben. Das Vereinigte Königreich kennt bis heute keine festgeschriebene Verfassung und existiert dennoch als Staat. Das was im Vereinigten Königreich Verfassungsrecht genannt werden kann, ist eine Kombination aus Präzedenzfällen und alten Traditionen.

Eine vernünftige und zukunftsfähige Verfassungsdebatte, wie sie mittlerweile in Kreisen der außerparlamentarischen Opposition thematisiert wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab und birgt Chancen und Risiken, die einer Erläuterung bedürfen.

Die Idee einer neuen Verfassung

Es sei hier vorweg bemerkt, daß das Grundgesetz sich international messen lassen kann. Die verankerten Grundrechte als Abwehr- oder Leistungsrechte gegen den Staat garantieren zumindest das theoretische Fundament einer liberalen und offenen Gesellschaft. Für die Justiziabilität, also die Durchsetzbarkeit dieser Grundrechte, ist eine mächtige Verfassungsgerichtsbarkeit vorgesehen. Die wirksame Durchsetzbarkeit von individuellen Freiheiten bildet einen der wichtigsten Grundbausteine einer dynamischen und pluralistischen Gesellschaft, die einen wirksamen Minderheitenschutz ermöglicht.

Bürger, die die Legitimation des Grundgesetzes in Frage stellen, werden schnell in pauschalisierender Weise in die rechte Ecke gestellt, lächerlich gemacht und diskreditiert. Über den Inhalt wird selten diskutiert, warum eigentlich? Es stimmt, daß das Grundgesetz nicht in einer Zeit der staatlichen Souveränität entstanden ist und nicht die gesamte deutsche Bevölkerung mittels Referendum darüber entscheiden konnte.

Das Grundgesetz ist als Übergangskonzeption in einer historisch schwierigen Zeit entstanden. Es sollte das Fundament für einen neuen, kapitalistischen deutschen Staat sein, integriert in die US-dominierte westeuropäische Herrschaftssphäre nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurde über direkte Demokratie diskutiert, aber die Angst der Alliierten vor einem vereinten Deutschland war zu groß, so daß man dieses Demokratiekonzept ausschloß. Nach der Wiedervereinigung wurde das Grundgesetz für die Ostdeutschen ebenfalls bindend, ihnen aber nicht zur Abstimmung vorgelegt.

Eine direkte demokratische Legitimierung des deutschen Bürgers über das Grundgesetz hat es somit noch nicht gegeben. Kann man aber deswegen, die Verfassungsqualität des Grundgesetzes verneinen? Das Grundgesetz hat über die Jahre eine derartige gerichtliche Konkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht erfahren, daß die Grundkonzeption des Grundgesetzes in der Lage war, für ein Mindestmaß an politischer Stabilität zu sorgen und ein rechtliches Konzept des Zusammenlebens bereitzustellen, auch in politischen Konfliktsituationen.

Eine gute und durchdachte Verfassung wird nie in der Lage sein, Glückseligkeit für alle Bürger zu garantieren. Eine schlechte Verfassung hingegen, bleibt ein Garant für Chaos und Misere.

Eine Frage, die sich unmittelbar anschließt: Welchen genauen Sinn hätte eine vollständig neue Verfassung? Wenn aber die Ausarbeitung einer vollständig neuen Verfassung tatsächlich im politischen Diskurs der Bürger Einklang finden sollte, müßte man vorab festlegen, wie die Errungenschaften des jetzigen Grundgesetzes gewahrt werden können und wer die verfas-

sunggebende Gewalt innehat, also *"le pouvoir constituant"*. Wenn dies das Volk sein soll, müßte geklärt werden, wie das Volk diese Funktion genau ausüben soll.

Soll eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden? Soll die verfassungsgebende Versammlung lediglich den Verfassungstext herausarbeiten aber selber keine eigenen darüber hinausgehenden Kompetenzen haben? Berühmtes Beispiel einer solchen verfassungsgebenden Versammlung war der Verfassungskonvent der Vereinigten Staaten von 1787, der im Pennsylvania State House in Philadelphia die Verfassung der Vereinigten Staaten entwarf. Wer soll am Ende über die neue Verfassung abstimmen? Das Volk mittels Referendum oder vorab gewählte Volksvertreter?

Es leuchtet ein, daß ein undurchdachtes Konzept Tür und Tor für Mißbrauch öffnet und das Ergebnis mitnichten mehr Freiheit und Schutz bieten wird als das gegenwärtige Grundgesetz. Andererseits gibt es auch positive Beispiele für die Bestätigung einer Verfassungsänderung durch das Volk mittels Referendum. Die Verfassung der Fünften Französischen Republik vom 4. Oktober 1958, initiiert durch Charles de Gaulle, durchlief verschiedenste Kontrollinstanzen, bevor es der französischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Die Verfassung von 1958 fußt auf einer Konzeption einer effizienteren und stärkeren Exekutive, insbesondere des Präsidenten. Die Verfassungsreform fand in einer Zeit statt, in der Frankreich innen- sowie außenpolitisch zerrissen war. Selbst wenn die Reform stark von der Popularität und Persönlichkeit De Gaulles abhing, überdauerte sie zahlreiche Präsidenten und schuf eine Garantie für ein Mindestmaß an politischer Stabilität.

Wer eine neue Verfassung in Deutschland in den Diskussionsraum wirft, muß nur nach Frankreich schauen, um zu sehen, daß dies nicht zwangsläufig mit Chaos enden muß. Wenn aber keine genauen Konzepte und Gründe für ein solches Unternehmen herausgearbeitet werden, überwiegen die Risiken die Vorteile deutlich. Eine Sperrklausel bei Änderungen des bestehenden Grundgesetzes gibt es bereits, verankert in Art. 79 Abs. 3 GG. Wenn es aber um eine ganz neue Verfassung geht, enthält das Grundgesetz kaum eine Regelung. In Art. 146 GG heißt es:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Die Frage, inwieweit Manipulationstechniken, die schon in der repräsentativen Demokratie vorherrschen, im Rahmen direkter Demokratie verhindert oder zumindest minimiert werden könnten, müßte ebenfalls ernsthaft diskutiert werden. Direkte Demokratie bleibt die stärkste Form der Herrschaftslegitimation.

Ob direkte Mitbestimmung immer effizienter ist, bleibt eine Frage die ständig erörtert werden muß. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß politische Mitbestimmung und somit auch politische Verantwortung auf individueller und kollektiver Ebene immer auch eine Frage des eigenen politischen und kulturellen Verständnisses ist. Eine neue Mitbestimmung setzt eine neue politische und soziale Kultur und somit auch ein neues freies Denken voraus. Es bleibt die Frage: Neue Verfassung oder Verfassungsreform?

Das Kernproblem der gegenwärtigen Demokratiekrise liegt möglicherweise nicht in einer groben Fehlkonstruktion individueller Freiheiten, sondern in der Ausgestaltung politischer Teilhabe der Bürger in der Innen- und Außenpolitik. Gewiß gibt es Prinzipien, die man hinzufügen könnte, wie das Prinzip der nationalen Souveränität, das beispielsweise in der Präambel der Französischen Verfassung niedergelegt ist.

Dies hätte beispielsweise direkte politische Konsequenzen auf die Außenpolitik. Reaktionen des Staates auf geopolitische Einflußnahme von Außen könnten an Verfassungsprinzipien gemessen und gegebenenfalls gerichtlich überprüft werden. Das Unterlassen einer geeigneten Reaktion könnte somit unter Umständen als verfassungswidrig eingestuft werden. Diskutieren könnte man auch über eine Ergänzung des Grundrechtekatalogs. Die Themen der Ökologie,

Digitalisierung und Robotisierung aufzunehmen scheint in Zukunft unerlässlich. Es kann nicht die Rolle des Bundesverfassungsgerichts sein, aus den herkömmlichen Grundrechten, über eine erweiterte Auslegung quasi neue Grundrechte zu schaffen.

Dies zeugt zwar von einer großen Improvisationsfähigkeit deutscher Richter, aber gleichzeitig auch von der Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Ausformung der jetzigen Grundrechte und ist ein gutes Beispiel für demokratiedefizitäre Zustände. Auch wenn man die Entscheidungen und die Qualität der Urteile des Bundesverfassungsgerichts mehrheitlich loben mag, hindert dies einen nicht, die demokratische Legitimation in diesem Kontext zu thematisieren.

Eine Erweiterung direkt-demokratischer Teilhabe auf Bundesebene wäre verfassungsrechtlich zulässig. Das Grundgesetz kennt kein Verbot direkt-demokratischer Teilhabe auf Bundesebene. In der Zeit der deutschen Einheit hatte sich die Gemeinsame Verfassungskommission des Bundestags und Bundesrats mit dieser Frage auseinandergesetzt und auch für eine Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheidungen auf Bundesebene ausgesprochen. Es scheiterte jedoch an der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit.

Über das Wesen und Ausgestaltung des Grundgesetzes zu diskutieren bleibt eine dauerhafte Notwendigkeit, insbesondere in Zeiten, in denen Grundrechtseinschränkungen und Machtmissbrauch einen Zuwachs erfahren. Ob eine gesellschaftliche Debatte in allen Kreisen der Gesellschaft erfolgreich wird, hängt davon ab, ob man in der Lage sein wird, ganz konkrete Forderungen und Vorstellungen herauszuarbeiten.

Um politische Krisen zu bewältigen, müssen bestehende Begriffe einer neuen Analyse unterzogen werden. Die Begriffe, die wir benutzen, bilden Konzepte, die wir zur Hand nehmen, um unsere Realität zu erschaffen. Eine politische Veränderung setzt voraus, daß die Begriffe und somit die Konzepte neu definiert oder die Definition erweitert werden. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Der Begriff 'gleich' bedeutete im 19. Jahrhundert nicht dasselbe wie heute. Der Begriff Demokratie ist ständigen Veränderungen unterworfen.

Eine Dekonstruktion der Wörter, der Begriffe, setzt ein neues Bewußtsein, eine neue antiautoritäre Reflexion voraus. Der Wille zur individuellen politischen Emanzipation wird zunächst gesellschaftsfähig werden müssen. Begriffe und darin enthaltene Konzepte in Frage zu stellen, zeugt von einem menschlichen Zweifeln, ein Zweifeln, dessen Wurzeln im Bedürfnis nach Erkenntnis ruhen. Durch das Zweifeln, das Nachdenken, erlangt der Menschen wieder eine neue Freiheit, die ihm ermöglichen wird, neue und evolutionäre Konzepte und Begriffe zu entwickeln.

Dies gilt erst Recht für eine evolutionäre Verfassungsdebatte.<<

Schlußbemerkungen

Die deutsche Bundesregierung hätte spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 eine eigene Bundesverfassung erstellen und durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen müssen. Es wurde damals jedoch keine neue Bundesverfassung vorgelegt und keine Volksabstimmung durchgeführt. Die deutsche Bundesregierung änderte lediglich eigenmächtig die Präambel des bestehenden Grundgesetzes und behauptete dreist, die Deutschen Mittel- und Westdeutschlands hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet".

Die Präambel des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.<<

Ferner fand im Jahre 1990 auch eine Änderung des Artikels 146 statt. Danach galt das geänderte Grundgesetz nach der angeblichen Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk.

Artikel 146 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<

Die eigenmächtige Grundgesetzänderungen der deutschen Bundesregierung, ohne Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung durchzuführen, waren zweifelsfrei undemokratisch und dienten in erster Linie der Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse.<< In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie (Wahl der Volksvertretung), sondern eine Art Parteienherrschaft (Parteiendiktatur), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernommen haben, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen.

In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz keine spezielle Gewaltenteilung vor. Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes.

Einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von

Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Der Artikel 56 des deutschen Grundgesetzes lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 56 ... "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten der deutschen Regierung, durch systematisch eingeleitete Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung, Inszenierung der Corona-Plandemie, Förderung der Masseninvasion von Millionen von Migranten etc., alle wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Strukturen unseres Land zu liquidieren.

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die nicht dem Wohle des deutschen Volkes dienen und bereits gigantische Schäden verursachen, blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" und geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden, und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen wegen "Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch zu prüfen. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, sind alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Das derzeitige Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein Provisorium, da nach der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands keine Volksabstimmung über die Annahme der Bundesverfassung stattfand.

Da das Grundgesetz gemäß Artikel 146 automatisch an dem Tag außer Kraft tritt, an dem eine vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung beschließt, bleibt das gesamte deutsche Volk aufgefordert, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Wenn man den derzeitigen Vasallenstatus Deutschlands beenden und endlich wieder zur Einheit, Recht und Freiheit zurückkehren will, kann angesichts der mehr als tausendjährigen deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur die letzte in freier Art und Weise erlassene

Deutsche Verfassungsordnung von 1871 eine solide Basis bilden.

In der neuen deutschen Verfassung müssen Judikative, Exekutive und Legislative unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht wieder in "einer Hand" gebündelt werden kann. Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Nach dem Schweizer Vorbild sollten zukünftig keine Verfassungsänderungen und keine bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge ohne Zustimmung des Volkes beschlossen werden, damit endlich nach dem Willen des deutschen Volkes, dem souveränen Träger der Staatsgewalt, regiert wird. Wir benötigen angemessene Wahl- und Parteireformen, Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit, damit sich die gewählten Volksvertreter für das Gemeinwohl des Volkes einsetzen, wie es der im neuen Grundgesetz geregelte Amtseid für alle gewählten Volksvertreter vorsehen muß.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampfflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die

traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 35 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x323/79) = Schwarzbuch Angela Merkel, Seite 79.

x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel</u> . Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016.
x362	Weidel, Alice: <u>WIDERWORTE</u> . Gedanken über Deutschland. 3. Auflage. Kulmbach 2019.

Internet

x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016.
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ - Juli 2019
x950	https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-modell-elitendemokratie-ist-historisch-verheerend-gescheitert - November 2019
x951	https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung - November 2019
x952	https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier - November 2019
x954	https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-scheindemokratie-warum-schweigen-die-laemmer - November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ - November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021